

Bayerischer Landtag
Stenographischer Bericht
 6. Wahlperiode

42. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. April 1968, 15 Uhr
 in München

Geschäftliches 2091, 2101, 2132

Tod des zweiten Bürgermeisters der Landeshauptstadt München **Georg Brauchle** 2091

Tod des Pressephotographen **Klaus Frings** und des Studenten **Rüdiger Schreck** 2092

Absturz einer Verkehrsmaschine bei Windhoek 2092

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (Beilage 943)

— Erste Lesung —

Beschluß 2092

Interpellation der Abgeordneten Vöth, Nüssel und Fraktion betreffend die innere Sicherheit des Staates (Beilage 1003)

Vöth (CSU), Interpellant 2092, 2093

Ministerpräsident Dr. Goppel 2093, 2130

Staatsminister Dr. Merk 2093, 2113, 2130

Staatsminister Dr. Huber 2098, 2121

Staatsminister Dr. Held 2099, 2114

von Knoeringen (SPD) 2101

Dr. Seidl (CSU) 2108

Herrmannsdörfer (NPD) 2115

Dr. Böddrich (SPD) 2118

Kiesl (CSU) 2122

Messner (CSU) 2124

Dr. Pöhlmann (NPD) 2127

Dr. Dr. von der Heydt (CSU) 2128

Schöfberger (SPD) 2128

Nächste Sitzung 2132

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 3 Minuten.

Präsident Hanauer: Ich eröffne die 42. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Die Liste der entschuldigten Kolleginnen und Kollegen wird zu Protokoll gegeben.*)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren —
 (Glocke des Präsidenten)

die Sitzung hat begonnen — Hohes Haus! Ich habe die traurige Pflicht, Sie vor Eintritt in die Tagesordnung zu bitten, einiger **Trauerfälle** zu gedenken.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen)

Gestern nachmittag erreichte uns nach Tagen banger Hoffens die befürchtete und dennoch schwer zu fassende Nachricht vom Tode des zweiten Bürgermeisters der Landeshauptstadt München, **Georg Brauchle**.

Auf tragische Weise bei einer Fahrt in einen kurzen Urlaub schwer verunglückt, stellte der 52 Jahre alte schon weit über die Grenzen Münchens hinaus bekannte und hochverdiente Stellvertreter des Oberbürgermeisters den Typ des Kommunalpolitikers dar, der in des Wortes wahrster Bedeutung jederzeit bereit war, die Sache über die Person zu stellen.

Von Beruf Pädagoge, gehörte er dem Münchner Stadtrat seit 1956 an, wurde 1960 von diesem zum zweiten Bürgermeister der Landeshauptstadt gewählt und nach den Gemeindewahlen 1960 in diesem Amt bestätigt.

Ich habe unmittelbar nach Eintreffen der Todesnachricht an die Witwe des Heimgegangenen und an den Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt namens des Bayerischen Landtags und persönlich Beileidstelegramme gerichtet, in denen ich darauf hingewiesen habe, daß die großen Verdienste **Georg Brauchles** um München und sein gesamtes politisches Wirken auch in der bayerischen Volksvertretung dankbare Anerkennung und Erinnerung finden werden.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Läßt uns die Nachricht, daß der Verkehrstod zum soundsovielten Male eine bekannte Persönlichkeit auf dem Höhepunkt ihres Schaffens hinweggerafft hat, jäh erschrecken, so muß das Sterben von **zwei jungen Menschen** als Opfer politischer Unruhen, an denen sie nicht einmal unmittelbar beteiligt waren, um so tragischer erscheinen.

Es ist in diesem Gedenken nicht Raum, den Weg von dem Moment, da sie in der Barerstraße in München unter den Wurfgeschossen zusammen-

*) Nach Artikel 4 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten **Brandner, Dr. Dehner, Dr. Eberhard, Dr. Fuchs, Kiefer, Mack, Rauter, Roß, Dr. Soenning, Sommer, Wacher, Frau Westphal, Frau Zehner.**

(Präsident Hanauer)

brachen, zurückzuverfolgen zu den Ursachen dieser Demonstrationen. Dazu wird sich heute vielleicht noch Gelegenheit bieten.

Hier gilt es, jetzt und gerade für das Parlament, Trauer und Anteilnahme am Tode des Pressephotographen **Klaus Frings** und des Studenten **Rüdiger Schreck** zu bekunden und den Angehörigen dieser beiden unschuldigen Opfer einer verhängnisvollen Kette von Ereignissen unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe gestern abend bei der Kundgebung auf dem Königsplatz davon gesprochen, wie sinnlos den Familienangehörigen der Tod dieser beiden jungen Menschen erscheinen muß und daß das einzig Faßbare an diesem Geschehen in der Tatsache liegt, daß ihr Schicksal fast alle Beteiligten zur Besinnung gemahnt hat.

Wollen wir hoffen, daß diese beiden Toten nicht der Anfang weiterer sinnloser Opfer unverständlicher politischer Auseinandersetzungsmethoden sind.

Als Vertreter des bayerischen Volkes wollen wir uns ernsthaft darum bemühen, das unserer Aufgabe entsprechende dagegen zu tun.

Wenn Bonn nicht Weimar werden soll, dann darf Bayerns Landeshauptstadt auch nicht wieder in den Ruf der ersten Jahre nach 1918 kommen, ein Nährboden für extreme Strömungen und ein geeigneter Schauplatz für gewaltsame Auseinandersetzungen zu sein.

Die Bürger unseres Landes haben ein Recht darauf, daß wir darum besorgt sind, ihr Leben und ihre Gesundheit vor Bedrohungen zu schützen, die aus innenpolitischen Auseinandersetzungen, mögen ihre Motive noch so ehrenwert sein, entstehen.

In diesem Sinne gedenkt der Bayerische Landtag in Ergriffenheit des Todes von Klaus Frings und Rüdiger Schreck.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die dritte Hiobsbotschaft kam aus dem fernen Südwestafrika, wo am vergangenen Samstag einem **Flugzeugunglück** 122 Menschen zum Opfer fielen, darunter auch eine größere Anzahl deutscher Landsleute.

Wir beklagen diesen schweren Unfall der Verkehrsluftfahrt und bekunden unser Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! zum Zeichen Ihrer Anteilnahme und Trauer haben Sie sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bayerische **Rundfunk** und das Bayerische **Fernsehen** haben gebeten, während dieser Vollsitzung **Aufnahmen** im Plenarsaal des Bayerischen Landtags machen zu dürfen. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall; dann darf ich hiermit das Einverständnis feststellen und

dies den darauf wartenden Herren vom Rundfunk und Fernsehen zur Kenntnis bringen.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung enthält zwei Punkte. Gestatten Sie mir bitte, den zweiten Punkt der Tagesordnung kurz vorzuziehen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (Beilage 943)

Es handelt sich um eine Regierungsvorlage. Eine Begründung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die allgemeine Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, diesen Gesetzentwurf zu überweisen dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Es handelt sich in diesem Gesetz lediglich um Kompetenzregelungen. — So beschlossen.

Und nun zum Hauptinhalt unserer heutigen Nachmittagssitzung:

Ich rufe auf den Punkt 1 der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Vöth, Nüssel und Fraktion betreffend die innere Sicherheit des Staates (Beilage 1003)

Ich darf zunächst jemanden aus den Reihen der Interpellanten bitten, die Interpellation zu verlesen.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Vöth.

Vöth (CSU), Interpellant: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Fraktion der Christlich-Sozialen Union darf ich folgende Interpellation einbringen und verlesen:

1. Wie beurteilt die Bayerische Staatsregierung die Tätigkeit und Entwicklung links- und rechtsradikaler Gruppen im Hinblick auf die innere Sicherheit des Staates?
2. Ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, welche weiteren Aktionen von linksextremen Gruppen gegen den demokratischen Rechtsstaat beabsichtigt sind; welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, Ausschreitungen und Straftaten zu verhüten?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Bayerische Staatsregierung, auf die rasche und wirkungsvolle Durchführung von Disziplinarverfahren gegen radikale Studenten zu dringen, die unter Mißbrauch demokratischer Freiheitsrechte den Rechtsstaat untergraben?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, auf eine rasche Aburteilung der im Zusammenhang mit den Unruhen festgestellten Rechtsbrecher hinzuwirken?

Präsident Hanauer: Danke schön! Ich darf zunächst geschäftsordnungsmäßig an die Bayerische Staatsregierung beziehungsweise an den Herrn Ministerpräsidenten die Frage richten, ob und wann die Staatsregierung in der Lage und bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Ministerpräsident Dr. Goppel: Die zuständigen Herren Staatsminister werden die Interpellation sofort beantworten.

Präsident Hanauer: Die Interpellation wird sofort beantwortet. Darf ich jetzt fragen, ob eine Begründung erfolgt, und dann um die Begründung bitten.

Vöth (CSU): Ich möchte keine lange Begründung geben. Wir alle wissen, wie die Ereignisse sind. Wir haben das unmittelbar miterlebt und haben uns auch des öfteren über diese Problematik unterhalten. Wir sind lediglich der Meinung, daß jetzt die Stunde der Bewährung für den demokratischen Staat gekommen ist, wo er beweisen muß, daß er bei aller Wahrung der freiheitlichen Ordnung in der Lage ist, Recht und Gesetz zu wahren und Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Ich darf dann die Staatsregierung um die zugesagte Beantwortung der Interpellation bitten und darf zunächst — ich nehme an, daß es im Sinne der Staatsregierung liegt — um die Beantwortung der Punkte 1 und 2 der Interpellation durch den Herrn Staatsminister des Innern bitten. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Staatsminister Dr. Merk: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Mordanschlag auf den SDS-Ideologen Rudolf Dutschke am 11. April 1968 in Berlin hat in zahlreichen Städten des Bundesgebietes zu **schweren Ausschreitungen** vorwiegend studentischer Gruppen — oder solcher Gruppen, die vorgeben, studentische Gruppen zu sein — geführt und die innere Sicherheit des Staates durch die Anwendung von Gewalt beeinträchtigt.

Über den äußeren Ablauf der Ereignisse haben Presse, Rundfunk und Fernsehen bereits sehr ausführlich berichtet. Ich halte es für meine Pflicht als Innenminister, dem Parlament zunächst eine kurze **chronologische Zusammenfassung** zu geben, weil an diesen Ereignissen weit deutlicher als in theoretisierenden Analysen die verfassungsfeindlichen Tendenzen aufgezeigt werden können, die den ganzen Aktionen zu Grunde liegen.

Am 11. 4. 1968 wurde durch die Abendnachrichten das **Attentat auf Dutschke** bekannt. Das war das Signal für eine Reihe von Aktionen und Provokationen, die man als spontan bezeichnet hat, die aber an sich schon lange beabsichtigt und vorbereitet waren, und die jetzt als Bestandteil des Systems der „**kalkulierten Provokation**“ in Gang gesetzt wurden. Das Attentat war lediglich das auslösende Moment für die Aktionen, die keineswegs

spontan geboren waren, wofür es eine Reihe von Beweisen gibt: Einmal die Tatsache, daß es gleichgerichtete Objekte waren, gegen die die Aktionen geführt wurden, und dann, wie durch Flugblätter, die unter den Demonstranten verteilt wurden, offenkundig wurde, die Tatsache, daß überall, nach gleichen Grundsätzen, mit Lageskizzen noch verdeutlicht und untermauert, die Aktionen im einzelnen generalstabsmäßig nach gleichen Regeln vorbereitet waren, im norddeutschen Raum ebenso wie bei uns in München.

Etwa ab 22.30 Uhr forderten Lautsprecherwagen in Schwabing auf, sich um 23 Uhr vor dem Kaufhaus Hertie zu einer Demonstration zu versammeln. Gegen 23.15 Uhr hatten sich etwa 150 Personen — zum Teil mit Plakaten — dort versammelt. Ab 23.30 Uhr begaben sie sich, angeregt durch mehrere Aufrufe, zur Redaktion der „Bild-Zeitung“ im Buchgewerbehaus in der Schellingstraße. Zwischen 23.45 Uhr und Mitternacht trafen sie dort ein. — Ihre Zahl war inzwischen auf etwa 300—400 angewachsen. Die Stadtpolizei hatte schnell etwa 20 Polizeibeamte dorthinbeordert, also mehrere Überfallkommandos. Die Demonstranten drückten ein verschlossenes Tor ein und drangen gewaltsam in den Gebäudekomplex ein. Zunächst beschränkte sich die Tätigkeit der Demonstranten auf den Packraum, wo sie den Betriebsangehörigen klar machen wollten, ihre Aktionen seien nicht gegen sie, sondern gegen die Bild-Zeitung gerichtet. Von dort aus drangen mehrere in die Redaktionsräume ein, wo Akten und Archivunterlagen herausgerissen, in den Hof geworfen und in den Gängen zerstreut wurden.

Nach dem Eintreffen von zwei Zügen Bereitschaftspolizei wurden die Redaktionsräume von der Polizei geräumt. Die Räumung war gegen 0.45 Uhr abgeschlossen.

Gegen 19 Störer, die am Gründonnerstag in die Redaktion der Zeitung eingedrungen waren, wurde ein **Ermittlungsverfahren** eingeleitet.

Durch verschiedene Äußerungen von Demonstranten wurde im Lauf der Nacht vom Gründonnerstag zum Karfreitag die Absicht bekannt, mit allen Kräften am 12. 4. abends die um 20 Uhr beginnende Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern. Die Stadtpolizei stellte dementsprechend einen **Dauerposten** an das Buchgewerbehaus. Ab 9 Uhr stand außerdem eine **Hundertschaft** der Bereitschaftspolizei im Polizeipräsidium in der Ettstraße als **Einsatzreserve** bereit. Noch in dieser Nacht wurde für alle Standorte der Bereitschaftspolizei Ausgangssperre angeordnet.

Im Lauf des Karfreitag wurden Flugblätter verteilt, in denen aufgerufen wurde, um 20.30 Uhr zum Buchgewerbehaus zu kommen, um die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern. Die Stadt München erhielt auf ihren Antrag eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei vom Standort München, eine Hundertschaft vom Standort Eichstätt, dazu zwei Wasserwerfer. Eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei übernahm den Schutz des Objekts selbst. Die Stadtpolizei alarmierte alle verfügbaren Kräfte, wobei die Belastung des Osterver-

(Staatsminister Dr. Merk)

kehrts und die vielen Verkehrsbeschränkungen wegen der Baustellen eine große Anzahl von Beamten band — eine Schwierigkeit, die bei der Beurteilung der Gesamtktion nicht übersehen werden darf.

Gegen 20.20 Uhr begannen die Demonstranten in der Schelling- und Barerstraße mit **Sprechchören** (z. B. „Springer-Mörder“). Dann häuften sie Steine, Balken und andere Hindernisse vor der Ausfahrt auf. Im Lauf der nächsten Stunde schwankte die Zahl der Demonstranten zwischen 500—1200. Es flogen Steine und andere Gegenstände, **Brennbare Gegenstände** wurden in Brand gesteckt und vor die Ausfahrten gebracht, um mit allen Mitteln die Auslieferung der Zeitung zu verhindern — wie in vielen anderen Städten des Bundesgebietes auch. Der **Widerstand** der Demonstranten und Störer gegen die polizeilichen Maßnahmen war beträchtlich. Die Straßen wurden immer wieder geräumt. Um 21.15 Uhr war noch keine Zeitung ausgeliefert.

Um 21.20 Uhr wurde die **Alarmhundertschaft** Oberbayern der Landpolizei aufgerufen, da es fraglich geworden war, ob die zu diesem Zeitpunkt bereitstehenden Kräfte der Polizei ausreichen würden. Schließlich konnte sich die Polizei jedoch immer mehr und stärker durchsetzen, so daß gegen 22.45 Uhr etwa 25—30 Prozent der Zeitungen ausgeliefert waren. Das ist im übrigen ein Erfolg, der in anderen Städten nicht erreicht werden konnte. Erst gegen Mitternacht flaute die Demonstration, die offensichtlich sehr gut organisiert war, ab. Es gab auf beiden Seiten eine Reihe von Verletzten. 41 Personen wurden vorläufig festgenommen; 35 Ermittlungsverfahren sind eingeleitet.

(Zuruf von der SPD: „Zu wenig!“)

— Ich teile Ihre Meinung, Herr Kollege.

Am **Karsamstag** hielt ich zusammen mit Kollegen Dr. Held im Innenministerium eine **Lagebesprechung** ab, an der u. a. der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt und leitende Polizeibeamte der Stadt und des Staates teilnahmen. Alle Teilnehmer waren sich einig,

a) daß das **Vertrauen der Staatsbürger** in das ordnungsgemäße Funktionieren des Staates erhalten bleiben muß — daß es also kein Nachgeben gegenüber der Gewalt geben darf — und der Bürger sich darauf verlassen können muß, daß die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung nicht dazu mißbraucht werden dürfen, die Pressefreiheit zu beeinträchtigen;

b) daß alle polizeilichen Mittel nach dem **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** einzusetzen sind — das „Wie“ des polizeilichen Einsatzes muß sich nach der Lage im Einzelfall richten; ein generell geltender Grundsatz unseres Polizeirechts — und

c) daß besonderer Nachdruck — und darauf habe ich entscheidenden Wert gelegt (und deswegen auch gerade auf den kurzen Zwischenruf meine volle Zustimmung zu diesem Bedenken) — nicht nur auf die Beseitigung der Störungen und Verhinderung neuer Gewalttaten gelegt, sondern

vor allem auch alles getan werden muß, um Straftäter festzustellen und gegen sie Strafverfahren einzuleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Die Abwehr solcher Aktionen mag im Endergebnis noch so erfolgreich verlaufen — wenn man vor Augen hat, daß die Demonstranten ihr Ziel nicht erreichen konnten; es bleibt dann unbefriedigend — und vor allem für den Staatsbürger unbefriedigend —, wenn dem nicht auch die Strafverfolgung und die Strafe auf dem Fuße folgt.

(Beifall)

Die nächsten großen Störaktionen waren für den Ostermontag, den 15. 4. 1968, angekündigt worden. Im Anschluß an die **Ostermarschveranstaltung** in München sollten von den Veranstaltern alle Marschierer aufgerufen werden, die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern. Daraufhin wurde die Stadtpolizei München erneut durch 3 Hundertschaften der Bereitschaftspolizei verstärkt. Außerdem erhielt sie zum Objektschutz Verstärkung durch die Bayerische Landpolizei. Es war die Alarmhundertschaft von Niederbayern aufgeboten worden. Nach Beendigung des Ostermarsches sammelten sich in den folgenden Stunden um den Gebäudekomplex des Buchgewerbehuses bis zu 2000 Demonstranten an. Sie errichteten in der Theresienstraße und an der Kreuzung Barer-Theresienstraße wieder Sperren. Der Auslieferung der Bild-Zeitung setzten die Demonstranten zum Teil **erheblichen Widerstand** entgegen. Der wiederholte Einsatz der Wasserwerfer war notwendig. Im Einsatz standen rund 1000 Polizeibeamte der Stadt München und des Freistaates Bayern mit 4 Wasserwerfern, mit Drahtsperrn und Sperrgittern. Der **Gebrauch von Schusswaffen** war mit Ausnahme der Notwehr untersagt. Auch der Schlagstock sollte nur zur **Selbstverteidigung** eingesetzt werden.

Bemerkenswert ist, daß die Veranstalter des Ostermarsches dazu **aufgerufen** hatten, die Auslieferung der Zeitung „gewaltlos“ — wie sie sich auszudrücken belieben — zu verhindern. Dabei übersehen sie völlig, daß Verbarrikadieren der Ausfahrten mit Brettern, Bohlen, Schwellen, Fässern, Sauerstoff-Flaschen, Randsteinen, Anlagebänken und anderen Geräten auf jeden Fall Nötigung, also eine spezielle Form der Gewalt ist, von anderen Straftatbeständen wie Landfriedensbruch, Aufruhr usw. gar nicht zu reden.

Die Polizei konnte den Gewaltanwendungen der Demonstranten durch Wegschieben und Wegdrängen und vor allem durch **Herausgreifen der aktiven Demonstranten** und solcher, die erheblichen Widerstand leisteten, begegnen. Der Einsatz des Schlagstockes mußte nicht angeordnet werden. Zur Beseitigung der von den Demonstranten an der Kreuzung Barer-Theresien-Straße und in der Theresienstraße errichteten Barrieren mußten mehrere Ausfälle unternommen werden. Der Widerstand der Demonstranten, die zum Teil, wie in den Vortagen, die Polizei mit Steinen bewarfen, konnte auch nur durch Wasserwerfer gebrochen werden. Bei diesen Ausfällen und beim Sichern

(Staatsminister Dr. Merk)

der Ausfahrten von Lieferfahrzeugen mußten in wenigen Einzelfällen Beamte, die von den Demonstranten abgedrängt worden waren, vom Schlagstock Gebrauch machen.

Die Demonstranten hatten zum Teil **Öl auf die Fahrbahnen** gegossen. Räumungsaufforderungen durch Lautsprecher der Polizei wurden von den Demonstranten mit Ho-Tschi-Minh-Rufen und Aufforderungen zu weiterer Belagerung beantwortet. Ein Großteil der Belagerer waren Teilnehmer des Ostermarsches und Bekannte von den Demonstrationen der Vortage. Der Aufforderung des Veranstalters des Ostermarsches, die Auslieferung der „Bild-Zeitung“ zu verhindern, war also Folge geleistet worden.

Im Laufe des Nachmittags wurden im **Aktionszentrum** der Demonstranten in der Leopoldstraße folgende Gegenstände gefunden, die vermutlich für den „Einsatz Buchgewerbehäuser“ bestimmt waren:

22 Eisenstangen, ca. 1½ Meter lang,

(Hört, hört! bei der CSU)

5 fabrikneue Trockenfeuerlöscher,

2 Plastikbehälter mit Farbe,

1 Fläschchen Nitro-Verdünner,

16 Nagelbretter, die Polizei- und Lieferfahrzeuge fahruntüchtig machen sollten.

Bei dieser Durchsuchung wurden 9 Personen in **Gewahrsam** genommen.

Bei dem Einsatz am Abend wurden **vorläufig festgenommen** 100 Personen wegen Verdachts strafbarer Handlungen (Auflauf, Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand und Gefangenenbefreiung), also nach der Strafprozeßordnung und 10 Personen nach dem Polizeiaufgabengesetz in Sicherheitsgewahrsam, um strafbare Handlungen zu verhüten und zu unterbinden.

Unter den Festgenommenen — auch eine interessante Aufgliederung — befanden sich 8 **weibliche** Personen. Nach Berufen aufgliedert waren es

33 Studenten,

23 Schüler,

51 Angehörige anderer Berufe,

3 ohne Beruf.

Die **Altersstruktur** zeigt folgendes Bild:

65 Personen über 21 Jahre,

28 Personen zwischen 18 und 21 Jahren,

17 Personen unter 18 Jahren.

Rund 100 **Ermittlungsverfahren** sind eingeleitet. Inwieweit es gelingt, durch fotografische Aufnahmen noch weitere Täter festzustellen, bleibt abzuwarten.

Insgesamt wurden an den Ostertagen 27 Polizeibeamte verletzt. Ein Beamter mußte zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden, weil er durch einen Stein im Gesicht erheblich verletzt worden war. Andere Beamte konnten nach ärztlicher Versorgung wieder entlassen werden.

Die Polizei ist bei allen Einsätzen ihrem gesetzlichen Auftrag, strafbare Handlungen nicht nur zu verhindern, sondern sie auch zu verfolgen, die Straftäter festzunehmen und erkennungsdienstlich zu behandeln und ihre Straftaten anklagereif zu ermitteln, ich möchte sagen, mit steigendem Erfolg nachgekommen, wie Sie aus den steigenden Zahlen im Verlauf der Einzelaktionen an den aufeinanderfolgenden Tagen entnehmen können. Sie hat bei diesen Massendelikten naturgemäß — auch das darf nicht verkannt werden — mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Straftäter, die aus dem Dunkeln und aus einer Menschenmenge heraus **todbringende** Gegenstände werfen, sind nur sehr schwer zu ermitteln, wenn zur gleichen Zeit von Vielen Steine geworfen werden. Es muß ja beweiskräftig und beweissicher festgestellt werden, daß es der Stein des betreffenden Mannes war, der das Opfer getroffen hat. Das im konkreten Fall zweifelsfrei festzustellen, ist, wie gesagt, nicht ganz einfach. Die Festnahme von Rädelsführern bei Räumaktionen allein nützt noch nichts. Es muß ihnen **beweissicher** nachgewiesen werden, daß sie in dem Pulk der Demonstranten gewesen sind, daß sie zu strafbaren Handlungen aufgerufen haben und daß sie die treibenden Kräfte waren. Soweit es den Aufruhr anbelangt, muß ebenfalls beweiskräftig nachgewiesen werden, daß sie bei allen drei in diesem Zusammenhang notwendigen Aufforderungen der Polizei anwesend gewesen sind und die drei nacheinander zu stellenden Aufforderungen mitgehört haben und daß sie sich anschließend dessen ungeachtet noch am Ort befunden haben.

Während der ganzen Einsatztage war die Polizei **Herr der Situation**. Obwohl die Stadtpolizei fast jeden Tag auf Verstärkung durch die Bereitschaftspolizei angewiesen war, trat nie eine Situation ein, daß man etwa von einem „**Notstand**“ im Sinne der Bestimmungen des Polizeiorganisationsgesetzes hätte sprechen müssen.

Äußerungen, die Bundesregierung habe sich überlegen müssen, nach Artikel 91 des Grundgesetzes die Polizei anderer Länder ihren Weisungen zu unterstellen, sind abwegig. In **keinem Augenblick** bestand für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder des Landes Bayern eine drohende Gefahr, die das gerechtfertigt hätte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht versäumen, allen Beamten der Polizei **Dank und Anerkennung** für ihren besonnenen und wirksamen Einsatz auszusprechen.

(Allgemeiner starker Beifall)

Sie dürfen sicher sein — und ich sage das ganz betont gerade auch im Hinblick auf Äußerungen in den letzten Tagen auch prominenter Persönlichkeiten —, daß ihr Einsatz getragen war von dem Vertrauen und der Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit unseres ganzen Volkes.

(Sehr richtig! und allgemeiner lebhafter Beifall)

(Staatsminister Dr. Merk)

Meine Damen und Herren! Inhalt, Gegenstand, Ausmaß und Auswirkungen der Sicherheitsstörungen an den Ostertagen haben den bisherigen Rahmen der Tätigkeit extremer Gruppen weit überschritten und deutlich gemacht, daß bestimmte Kräfte unserer Gesellschaft offen darauf ausgehen, die rechtsstaatliche und parlamentarische Verfassungsordnung zu beseitigen. Die antiparlamentarische — nicht außerparlamentarische, meine Damen und Herren —

(Allgemeiner starker Beifall)

— es ist eine hochtrabende Bezeichnung, deren man sich bedient — die antiparlamentarische Organisation des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die den Kern und die Führung bei den Ausschreitungen gestellt hat, hat sich durch die provokativen Gewalthandlungen ihrer Anhänger bewußt außerhalb der staatlichen Ordnung begeben.

(Allgemeiner starker Beifall)

Sie will diese Ordnung letztlich — und sie sagte das deutlich. Ich wundere mich, daß manche Demokraten bei uns immer noch nicht wahrhaben wollen,

(Allgemeiner Beifall)

daß dem so ist!

(Zuruf von der CSU)

— Steht in ihrem Programm; sie verkünden und predigen es draußen auf den Straßen! Sie will diese unsere Ordnung letztlich durch ein System einer **Rätedemokratie** ersetzen. Dieses angestrebte System soll sich an dem Vorbild der maoistischen „**permanenten Revolution**“ orientieren und stark **revolutionär-anarchistische** Züge tragen. Die unverhüllte Berufung auf den Grundsatz der revolutionären Gewalt als Rechtfertigungsgrund für Verstöße gegen die staatliche Ordnung — und das ist gestern abend von Vertretern dieser Gruppe mehr als deutlich wieder betont worden — zeigt deutlich, daß die allgemeinen Grundsätze für ein geordnetes Zusammenleben in unserer staatlichen Gemeinschaft von dieser Gruppe und den mit ihr sympathisierenden anderen Gruppen nicht anerkannt werden.

Die beträchtliche Zahl von **Sympathisanten**, die sich an den Aktionen des SDS beteiligt haben und die nicht alle aus dem studentischen Bereich kamen, wie gerade die Zahlen der Verhafteten und die soziologische Aufgliederung der Verhafteten eindeutig beweisen und auch die Unterstützung, die dem SDS in bestimmten vordergründigen Nahzielen von anderen Organisationen gewährt wird, darf jedoch nicht zu dem Schluß führen, als ob die **überwiegende Mehrheit** der Studentenschaft oder der jungen Generation — auch das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — sich außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung befände und die Grundwerte unserer Verfassung ebenfalls ablehne.

(Sehr richtig! und allgemeiner Beifall)

Selbst die nicht ganz problemlose Veranstaltung des gestrigen Abends hat gezeigt, daß ein großer Teil der dort versammelten Studentenschaft durchaus ansprechbar ist.

Wie ich bereits in meiner Haushaltsrede am 13. Februar 1968 ausführte, wäre es falsch, wenn man hier nicht differenzieren würde zwischen denen, die den revolutionären Umsturz anstreben und den anderen, die nur eine evolutionäre Entwicklung unserer Gesellschaft wollen.

(Abg. Dr. Arnold: Aber wie in der Praxis!)

Pauschalierende und die Emotionalisierung nur verstärkende, abwertende Urteile über „die“ Studenten oder „die“ junge Generation etwa mit dem Ziel, die leider schon bestehende Abneigung in der breiten Öffentlichkeit gegen die Studenten zu vertiefen, wäre genauso falsch und verhängnisvoll wie die diffamierende und das Gesetz von Ursache und Wirkung verkennende Behauptung, unser Staat sei faschistisch, weil ein wirrer Einzeltäter mit abstrusen rechtsextremen Ideen zur Mordwaffe gegen Dutschke gegriffen hat oder ein anderes Beispiel — weil die Polizei unter unmittelbarem Zwang rechtswidrige Gewalthandlungen gegen grundgesetzlich geschützte Güter unterbunden hat. Das ist die Pflicht und Aufgabe der Polizei.

(Allgemeiner Beifall)

Daraus in einer dialektischen Rabulistik einen Vorwurf gegen die Polizei herauskonstruieren zu wollen, ist einfach abwegig und verfehlt.

Es steht außer Frage, daß die schweren Sicherheitsstörungen an den Ostertagen unseren Staat belastet und deutlich gemacht haben, welche latenten Spannungen, insbesondere in den extremen Randbereichen des politischen Lebens vorhanden sind.

Zwar sind in letzter Zeit in erster Linie nur **linksextreme** studentische Gruppen durch Handlungen in Erscheinung getreten, die Recht und Gesetz verletzt. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß auch **andere Organisationen**, wenn auch aus anderen Motiven und mit anderen Zielen, auf eine Störung, Änderung oder Aufhebung unserer verfassungsmäßigen Ordnung hinwirken.

(Zuruf von der NPD: Welche?)

— Ich komme gleich darauf, Herr Kollege! Zwar scheint kein unmittelbarer organisatorischer und ideologischer Zusammenhang zwischen den militanten Gruppen der jungen Generation und z. B. der illegalen KPD zu bestehen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß auch dort unverändert das gleiche Ziel verfolgt wird, die rechtsstaatliche Ordnung durch eine Diktatur zu ersetzen, die allerdings, und das ist der entscheidende Unterschied, nicht wie beim SDS autoritätslos, sondern bürokratisch-hierarchisch etabliert werden soll. Die offene Arbeit der illegalen KPD hat weiter zugenommen, sie wird von zahlreichen Hilfs- und **Tarnorganisationen** unterstützt, die in vielen Veranstaltungen noch versteckt oder schon offen auftreten, weil sie glauben, daß die junge Generation jetzt für ihre Ziele ansprechbar sei. Die teilweise bedenkliche Verharmlosung der Tätigkeit und der Ziele der KPD hat ein übriges dazu beigetragen, die Versuche einer **Infiltration** aller gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes zu unterstützen.

(Staatsminister Dr. Merk)

Im Vergleich zu den Bewegungen im linksextremen Bereich bemüht sich die extreme Rechte, von den ständigen nationalistischen Ergüssen ihrer Presseorgane abgesehen, in der Öffentlichkeit keine Anhaltspunkte für undemokratisches Verhalten zu liefern. Sie meidet weitgehend die Straße. Agitatorisch nutzt sie jedoch die Ausschreitungen und Sicherheitsstörungen vor allem der revolutionär-anarchistischen Gruppen für ihre eigene Werbung in der Hoffnung, mit dem Ruf nach Ruhe und Ordnung in breitere Wählerschichten einbrechen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auf diesen Zusammenhang, auf den Grundsatz der **Konvergenz der Extreme**, in meiner Haushaltsrede schon hingewiesen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt besteht noch mehr Anlaß, an diese Gefahr mit allem Ernst zu erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Zur zweiten Frage

„Ist der Staatsregierung bekannt, welche weiteren Aktionen von linksextremen Gruppen gegen den demokratischen Rechtsstaat beabsichtigt sind? Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, Ausschreitungen und Straftaten zu verhindern?“

darf ich folgendes erwidern: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), auf den diese Frage in erster Linie abstellt, hat auch nach den schweren Zwischenfällen der Ostertage durch seinen Bundesvorsitzenden **öffentlich** erklärt, daß er seine **Aktionen fortsetzen** und sich hierbei auf die sog. revolutionäre Gewalt stützen werde, die er in dialektischer Auslegung als „Gegengewalt“ und „Notwehr“ gegen die staatliche Gewalt beschreibt.

Seine Taktik besteht bekanntlich darin, die Polizei durch sogenannte **gewaltlose Widerstandshandlungen**, d. h. durch Verstöße gegen das Strafbuch, das Versammlungsgesetz u. a. zum Einschreiten zu provozieren und aus den damit möglicherweise verbundenen und gegen ihn gerichteten Sicherheitsmaßnahmen das Recht auf eigene Gewalt abzuleiten, in dieser Phase dann weitere Publizität zu gewinnen und Sympathisanten zu mobilisieren. Das ist das taktische Ziel, das hier verfolgt wird.

(Abg. Dr. Arnold: Sehr gut analysiert!)

Die Aktionen des SDS werden nach den Methoden der **Guerilla-Taktik** seiner Lehrmeister Mao, Guevara, Ho-Tschi-Minh betrieben und gestützt auf die ideologischen Grundsätze von Marx, Lenin und die Philosophie des Professors Herbert Marcuse. Es gelten die Thesen, auch in Westeuropa „**zwei, drei, viele Vietnams**“ zu schaffen. Uns klingt das alles so unglaubwürdig, meine Damen und Herren, uns ist das so fremd. Trotzdem müssen wir uns der Erkenntnis, der zwingenden Erkenntnis eröffnen.

Marcuse, dessen Thesen interessanterweise in dem anderen Teil Deutschlands als „hoffnungsloser

Skeptizismus“ bezeichnet und abgelehnt werden, also sehr deutlich, hat bekanntlich in seiner grundlegenden Schrift „Repressive Toleranz“ behauptet, daß das Fortbestehen der kleinen und ohnmächtigen Gruppen, die gegen das „falsche herrschende Bewußtsein“ kämpfen — und diese kleinen Gruppen sind von einem geradezu fanatischen, missionarischen Eifer erfüllt —, wichtiger sei als die Erhaltung — so Marcuse — „mißbrauchter Rechte und Freiheiten“, als die all das bezeichnet wird, was wir als Grundwerte unserer verfassungsmäßigen Ordnung schätzen und aufrecht erhalten wollen.

Von dieser Basis aus wird mit weiteren Aktionen unter jeweils verschiedenen Schlagworten wie „Vietnam“, „Universitätsreform“, „Notstandsgesetzgebung“, „Ausschaltung aller Autoritäten“, „Machtkonzentration“ und was Sie haben wollen, zu rechnen sein. Es wird also mit **weiteren Aktionen** unter verschiedenen Schlagworten zu rechnen sein, die aber einem ganz anderen taktischen und gesellschaftspolitischen Ziel dienen, als vordergründig in Erscheinung tritt.

Die **Verhütung und Unterbindung** vor weiteren Ausschreitungen und Straftaten kann, wie ich schon in meiner Rede zum Etat der inneren Verwaltung ausgeführt habe, **nicht allein** unter administrativen und exekutiven Gesichtspunkten gesehen werden. Insbesondere wäre es **verfehlt**, die gegenwärtige und die zu erwartende Entwicklung nur vom Standpunkt des Einsatzes von Sicherheitskräften mit unmittelbarem Zwang und Anwendung des Schlagstockes zu sehen.

(Beifall)

Eine **ausschließlich administrative Bekämpfung** extremer, totalitärer und revolutionärer Bewegungen wäre unzureichend und ohne Erfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Es gilt — und die Staatsregierung ist sich dessen bewußt —, präventive, strafverfolgende und reformerische Maßnahmen sinnvoll zu koordinieren. Das setzt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Staatsgewalten und aller staatstragenden Kräfte voraus, wozu alle gehören: die politischen Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen, auch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Alle sind mit aufgerufen!

(Allgemeiner Beifall)

Es wäre unbefriedigend, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn etwa vereinzelt versucht werden sollte, in einer kurzfristigen Wertung der tatsächlichen Ereignisse sich anzubiedern.

(Allgemeiner starker Beifall)

Ob ein **vereinsrechtliches Verbot** gegen die revolutionären Gruppen erwogen werden soll, ein Verbot, dessen formalrechtliche Voraussetzungen nach unserer Verfassung wohl gegeben wären — ich muß das ausdrücklich feststellen —, ist eine Frage der **politischen Zweckmäßigkeit**.

(Abg. Deimer: Ein Verbot ist aber kein Argument, Herr Minister!)

(Staatsminister Dr. Merk)

— Es ist kein Argument, aber das ist eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Wichtiger wird es sein — auch das muß ich betonen —, die Mehrheit der jungen Generation, welche die wesentlichen Grundsätze und Werte unserer freiheitlichen Ordnung bejaht, durch Reformen, durch das ständige Gespräch und das gegenseitige Kennenlernen der Auffassungen für unsere der Zukunft zugewandte soziale, freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung zu gewinnen und zu erhalten. Wir müssen auch vor Augen führen, daß die Studenten Gefahr laufen — sie haben das selbst nicht in genügendem Maß erkannt; sie wenden sich gegen die angeblich manipulierte Gesellschaftsordnung in unserem Staat und merken gar nicht, wie sie selbst Gefahr laufen —, **manipuliert** zu werden.

(Allgemeiner Beifall)

Wir müssen also den Studenten vor Augen führen, daß sie Gefahr laufen, durch die extremen Kräfte manipuliert zu werden, ohne zu wissen, wohin dieser Weg überhaupt führt. Die Anhänger der revolutionären Gewalt schweigen sich über die Verfassung ihrer utopischen Gesellschaftsordnung aus, bei ihnen herrscht einfach die Negation vor. Das ist keine ausreichende Basis für einen neuen Aufbau unseres Staates. Die Staatsregierung ist entschlossen, allen Rechtsbrüchen und Gesetzesverstößen, die unter Mißbrauch der freiheitlichen Grundordnung begangen werden, entschieden, klar und eindeutig entgegenzutreten.

(Beifall, vor allem bei der CSU)

Die Staatsregierung wird die bereits in Aussicht genommene personelle und sachliche Verstärkung der Polizeikräfte beschleunigen; die Verstärkung ist nicht etwa durch diese Aktionen ausgelöst worden. Sie wird sich aber nicht dazu verleiten lassen, etwa die Grundrechte einzuschränken oder zentralistische Tendenzen zu unterstützen. Das **Grundrecht** der Demonstrationsfreiheit wird in dem Rahmen gewährleistet, den ich in meiner Haushaltsrede ausführlich dargestellt habe, worauf ich Bezug nehmen darf, um nicht unnötig Wiederholungen bringen zu müssen. Wer diese staatliche Ordnung jedoch umstürzen will, sich damit außerhalb ihrer Gesetze stellt und Gewalt anwendet, wird unserer Entschlossenheit gegenüberstehen, die Freiheit und die anderen verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtsgüter mit allen Mitteln zu schützen und zu verteidigen. Pflastersteine, Mototowcocktails, Brandstiftungen u. a. sind Werkzeuge, die wir unter keinen Umständen in der politischen Auseinandersetzung dulden können und werden.

(Beifall)

Wir werden die verfassungsmäßige Ordnung gewährleisten, nicht nur, weil wir einen Eid auf die Verfassung geschworen haben und weil es deswegen unsere Pflicht ist, das zu tun, sondern auch, weil wir mit unserem ganzen Herzen für diesen demokratischen Staat eintreten, der bei allen seinen Schwächen immer noch die beste Garantie für Freiheit und Menschenwürde jedes einzelnen bietet.

(Beifall bei CSU und SPD)

Es bleibt zu hoffen, meine Damen und Herren, daß der Tod zweier junger Menschen bei der großen Mehrheit derjenigen, die Gewalt ablehnen, Anlaß zur Besinnung und zur Rückkehr — das ist mein Appell — auf den Boden der staatlichen Ordnung bildet, damit ein neuer Anfang gemacht wird. Wir sind dazu bereit.

(Anhaltender Beifall bei CSU und SPD)

Präsident Hanauer: Zur Beantwortung von Punkt 3 der Interpellation erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Huber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Studierende bayerischer Hochschulen haben sich in den letzten Wochen an strafbaren Handlungen, wie Landfriedensbruch, Aufruhr, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung, beteiligt. Das Kultusministerium hat die Hochschulen aufgefordert, in diesen Fällen das Verhalten der Studierenden unverzüglich **disziplinarrechtlich** zu würdigen und die entsprechenden Verfahren beschleunigt durchzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Sollte dies bei einzelnen Hochschulen auf Schwierigkeiten stoßen, weil sich Studentenvertretungen weigern, an der Arbeit der Disziplinarausschüsse mitzuwirken, wird das Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgrund seiner Rechtsaufsicht über die Hochschulen darauf dringen, daß die Funktionsfähigkeit der Disziplinarausschüsse wiederhergestellt wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir können nicht hinnehmen, daß Studenten durch ihre Weigerung zur Mitarbeit in Disziplinarausschüssen die disziplinarrechtliche Ahndung von schwerwiegenden Straftaten verhindern. Ein Student, der Gewalttaten begeht oder sich als gefährlicher Verfassungsfeind betätigt, muß disziplinarrechtlich belangt werden können. Ich lehne es ab, das Disziplinarrecht auf ein bloßes Hausrecht oder Hausmeisterrecht an unseren Universitäten beschränken zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die Studenten fordern immer mehr Rechte; sie müssen aber auch Pflichten auf sich nehmen. Die Durchführung von Disziplinarverfahren mag künftig für Universitäten unbequem sein. Es kommt aber nicht auf das Bequeme, sondern auf das Notwendige an.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Disziplinarverfahren aufgrund der bisherigen Satzungen nicht funktionieren, müssen neue Satzungen geschaffen werden. Ich würde bedauern, wenn die Universitäten sie nicht schaffen würden. Ich müßte dagegen rechtsaufsichtlich eingreifen, wobei notfalls sogar an eine Ersatzvornahme zu denken wäre.

(Beifall bei der CSU)

Sodann wird dieses Hohe Haus selbst aufgerufen sein, im Rahmen der Hochschulgesetzgebung eine gesetzlich fundierte Ordnung zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

(Staatsminister Dr. Merk)

Präsident Hanauer: Zum Punkt 4 der Interpellation bitte ich den Herrn Staatsminister der Justiz!

Staatsminister Dr. Held: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Erlauben Sie mir, daß ich der Beantwortung der an mein Ressort gerichteten Frage einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicke. Ich weiß, daß die Stimmung im Lande völlig eindeutig ist. In der letzten Zeit habe ich mit weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch mit Studenten, Diskussionen geführt und mich erst am vergangenen Wochenende in einer politischen Versammlung mit der Frage der Demonstrationen und ihrer Ursache auseinandergesetzt. Dabei habe ich feststellen müssen, daß die Probleme häufig aus dem **aktuellen Geschehen** heraus und deswegen oft nicht gründlich genug betrachtet werden. Wir dürfen nicht übersehen, daß die eigentliche Ursache wohl nicht allein in der Konfrontation zwischen Studenten und staatlicher Ordnung in der Bundesrepublik und nicht in erster Linie in der Auflehnung unserer jungen Generation gegen die staatliche Autorität zu suchen ist. In den Organen der öffentlichen Meinungsbildung ist zu recht hervorgehoben worden, daß sich der Unwille der Demonstranten derzeit nicht unmittelbar gegen staatliche Organe oder staatliche Einrichtungen wendet, sondern gegen Erscheinungsformen gesellschafts- und hochschulpolitischer Art. Zu den Fragen der Hochschulpolitik hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus soeben Stellung genommen.

(Frau Abg. Laufer: Na, ja!)

Was die gesellschaftspolitische Seite anbelangt, so ist sie mit dadurch gekennzeichnet, daß wir auch für sicherlich untragbare Zustände außerhalb Europas verantwortlich gemacht werden. Aus dieser Sicht sind die Angriffe gegen Verhältnisse im Verlagswesen sicher subsidiärer Natur. Dieser Ausgangspunkt ändert nichts daran, daß unsere rechtsstaatliche Ordnung, die dem Schutz unserer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie dient, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten werden muß. Welche präventiven Maßnahmen dazu notwendig sind, hat der Herr Staatsminister des Innern dargelegt.

Als Justizminister werde ich dafür Sorge tragen, daß begangene **strafbare Handlungen schnell und wirksam** verfolgt werden. Allerdings muß ich darauf hinweisen, daß uns die gegenwärtige Rechtslage nicht unerhebliche Grenzen setzt.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Als am Dienstag der vergangenen Woche ein junger Mann in München abgeurteilt wurde, der sich am Abend zuvor anlässlich einer Demonstration des Aufruhrs und des Auflaufs schuldig gemacht hatte, mag sich mancher im Lande gedacht haben: Warum geht das bei der Justiz nicht immer so schnell? Weshalb stellt man nicht grundsätzlich Demonstranten, die Gewalttätigkeiten begangen haben, unmittelbar nach dem Geschehen vor Gericht? Aus zwingenden gesetzlichen Gründen ist das in vielen Fällen

nicht möglich. Das sogenannte **beschleunigte Verfahren** nach § 212 der Strafprozeßordnung kann nur angewendet werden, wenn der Sachverhalt einfach gelagert und die sofortige Aburteilung möglich ist. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet das unabhängige Gericht nach Lage des Einzelfalles. Von vornherein scheidet diese Verfahrensart aus gesetzlichen Gründen gegen Jugendliche und gegen solche Täter aus, bei denen eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr zu erwarten ist. Das beschleunigte Verfahren setzt insbesondere voraus, daß die **Beweismittel** sofort zur Verfügung stehen. Das ist bei Verfahren, die sich gegen Demonstrationstäter richten, häufig nicht der Fall. Die meisten beschuldigten Demonstranten verweigern nämlich vor der Polizei jede Aussage. Es bedarf deshalb oft erst umfangreicher, zeitraubender Ermittlungen, weil die öffentliche Anklage nur erhoben werden kann, wenn der Beschuldigte aufgrund des Ermittlungsergebnisses und der Beweislage einer strafbaren Handlung hinreichend verdächtig erscheint. Ohne genaue Feststellung der für den einzelnen Straftatbestand unerläßlichen Tatsachen, ist eine Bestrafung nicht möglich. Die Polizei, die bei einer Demonstration primär Störungen vorbeugen und eingetretene Störungen beheben muß, hat es jedoch sehr schwer, neben dieser ihrer Hauptaufgabe strafbare Handlungen beweismäßig festzuhalten. Das beschleunigte Verfahren kommt daher oft nicht in Betracht. Es konnte in jüngster Zeit in Bayern in zwei Fällen gegen zwei Demonstrationstäter angewendet werden, die allerdings voll geständig waren. Soweit übersehbar, waren diese beiden Schnellverfahren bisher auch die einzigen in der Bundesrepublik.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Als die ersten Ausschreitungen größeren Ausmaßes bei Demonstrationen bekannt geworden waren, habe ich die bayerischen Staatsanwaltschaften angewiesen,

1. Anträge auf beschleunigte Aburteilung im oben geschilderten Schnellverfahren in den Fällen zu stellen, die sich hierfür eignen;

2. in allen einschlägigen Fällen dem Justizministerium sofort zu berichten, damit die Sachbehandlung der Strafverfolgungsbehörden von mir überwacht werden kann.

Außerdem habe ich bereits am 6. März dieses Jahres eine Dienstbesprechung mit den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten abgehalten und dabei nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer raschen und wirksamen Verfolgung von einschlägigen Straftaten hingewiesen. Eine **Einflußnahme** auf die Gerichte selbst ist, wie Ihnen allen bekannt, nicht möglich. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß sich unsere Richter der staatspolitischen Verantwortung, die in diesen Tagen insbesondere bei ihnen liegt, bewußt sind.

In diesem Zusammenhang muß ich jedoch noch auf folgendes hinweisen: Auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Junker in der Fragestunde vom 13. Februar dieses Jahres habe ich erklärt, daß die nach der Strafprozeßnovelle von 1964 eingetretenen Änderungen sich nachteilig auf die Be-

(Staatsminister Dr. Held)

schleunigung der Strafverfahren auswirken. Diese Erklärung kann ich heute nur wiederholen.

Einige gewichtige Änderungen, die die **Strafprozeßnovelle** 1964 zur Verbesserung der Stellung des Beschuldigten gebracht hat, verdienen hierbei besondere Beachtung:

1. Jeder Beschuldigte muß nach den neuen Bestimmungen von der Polizei ausdrücklich darüber belehrt werden, daß es ihm freistehe, überhaupt eine Aussage zu machen. Dies führt dazu, daß zahlreiche Beschuldigte vor der Polizei jegliche Aussage verweigern und erst in der Hauptverhandlung mit ihrem Vorbringen und ihren Beweisanträgen hervortreten. Eine Aussetzung und damit eine Verzögerung des Verfahrens ist daher nicht selten die Folge.

2. Das Strafprozeßänderungsgesetz hat für Verfahren, die zum Schöffengericht oder einem Gericht höherer Ordnung angeklagt werden, das sogenannte **Schlußgehör** eingeführt. Obwohl davon nur wenige Beschuldigte Gebrauch machen, ist grundsätzlich eine Verzögerung der Verfahren um 3 bis 4 Wochen nicht ausgeschlossen, weil die Staatsanwaltschaft dem Beschuldigten und seinem Verteidiger den Abschluß der Ermittlungen mitteilen und beide über das Recht belehren muß, das Schlußgehör zu beantragen.

3. Durch die Strafprozeßnovelle von 1964 sind auch, was häufig übersehen wird, vom Gesetzgeber die Möglichkeiten für den **Erlaß eines Haftbefehls** bewußt wesentlich eingeschränkt worden. Nach § 112 Strafprozeßordnung darf die Untersuchungshaft nur mehr angeordnet werden, wenn der Beschuldigte flüchtig ist oder Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr besteht. Wegen Verdunklungsgefahr darf Untersuchungshaft nicht angeordnet werden, wenn die Tat nur mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, mit Haft oder mit Geldstrafe bedroht ist. In diesen Fällen darf auch Untersuchungshaft wegen Fluchtgefahr nur angeordnet werden, wenn der Beschuldigte sich dem Verfahren bereits einmal entzogen oder Anstalten zur Flucht getroffen hat oder in der Bundesrepublik keinen festen Wohnsitz oder Aufenthalt hat oder sich über seine Person nicht ausweisen kann. Da die meisten der festgenommenen Demonstrationstäter einen festen Wohnsitz haben, ist ein Haftbefehl gesetzlich ausgeschlossen, wenn — und das ist der häufigste Straftatbestand, der in solchen Fällen in Betracht kommt — der Vorwurf des Auflaufs gegeben ist, wobei Auflauf nach § 116 Strafgesetzbuch nur mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bedroht ist. Die Vermutung, der Beschuldigte werde sich bei künftigen Demonstrationen erneut strafbarer Handlungen schuldig machen, reicht für den Erlaß eines Haftbefehls nicht aus. Die Wiederholungsgefahr bildet bei solchen Beschuldigten keinen zusätzlichen Haftgrund.

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß bei den Beratungen des Justizhaushalts in den letzten Jahren verschiedentlich auch in diesem Hohen Haus der Vorwurf erhoben worden ist, es werde

in der bayerischen Justiz zu viel verhaftet. Nun war in der letzten Zeit der gegenteilige Vorwurf zu hören, die Staatsanwaltschaft habe im Zusammenhang mit den Ausschreitungen der letzten Wochen zu wenig Beschuldigte verhaften lassen. Hiezu ist folgendes auszuführen:

Am Gründonnerstag wurde aus einer Demonstrantengruppe von rund 300 Leuten, die über das Buchgewerbehaus in der Schellingstraße hergefallen war, ein einziger Demonstrant von der Polizei vorläufig festgenommen. Da er einen festen Wohnsitz hatte und andere Tatsachen, aus denen sich ein Haftgrund ergeben hätte, nicht vorlagen, verfügte die Staatsanwaltschaft noch in der Nacht seine Freilassung.

(Zuruf: Schade!)

Am Karfreitag wurden in der Schelling-Barerstraße nach Mitteilung der Polizei 35 Personen festgenommen und davon 5 im Laufe der Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Die restlichen 30 Vorgänge wurden am Karsamstag von der Staatsanwaltschaft auf Haftvoraussetzung überprüft. In 7 Fällen wurde Haftbefehl beantragt und erlassen. In den übrigen Fällen wurden hinreichende Tatsachen, aus denen Fluchtgefahr hätte abgeleitet werden können, nicht für vorliegend erachtet. Insbesondere hatten die Beschuldigten einen festen Wohnsitz.

Am Ostermontag wurden bei weiteren Ausschreitungen insgesamt 121 Personen festgenommen. 90 Personen wurden noch im Laufe der Nacht durch die Polizei freigelassen. Die restlichen 31 Vorgänge wurden wiederum der Staatsanwaltschaft zur Prüfung der Haftfrage vorgelegt. Wiederum wurden 7 Anträge auf Erlaß eines Haftbefehls gestellt, denen entsprochen wurde. In 3 Fällen wurde allerdings der Haftbefehl gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt.

In einer Korrespondenz war nun zu lesen, daß das Verhalten der Staatsanwaltschaft wohl darauf zurückzuführen war, daß ich persönlich im Osterurlaub gewesen sei und deshalb die entsprechenden Weisungen habe nicht erteilen können. Hiezu kann ich nur sagen: Ich habe, was der Herr Staatsminister des Innern ja schon vorgetragen hat, mit dem Herrn Kollegen Dr. Merk, dem Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt und mit dem Herrn Polizeipräsidenten Besprechungen zur Bekämpfung der Ausschreitungen geführt und habe mich auch am Ostermontag mit dem Kollegen Dr. Merk persönlich in die Barerstraße begeben, nicht nur um das Geschehen aus nächster Nähe verfolgen zu können, sondern vor allem, um die Verbundenheit zwischen Polizei und Justiz zu zeigen und durch meine persönliche Anwesenheit der Polizei die Anerkennung für ihren unermüdlichen Einsatz zum Schutze unserer Rechtsordnung auch zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, versucht, die Möglichkeiten darzulegen, die für eine beschleunigte Aburteilung von Demonstrationstätern bestehen. Ich habe Ihnen aber

(Staatsminister Dr. Held)

auch die Schwierigkeiten aufgezeigt, die von der Sache und vom Gesetz her unseren Bemühungen Grenzen setzen. Seit 1966 sind in Bayern Ermittlungsverfahren gegen fast 300 Personen wegen strafbarer Handlungen im Zusammenhang mit Demonstrationen und aus ähnlichen Anlässen eingeleitet worden. Davon konnten bisher fast 190 Verfahren durch die Staatsanwaltschaft abgeschlossen werden. 89 Verfahren mußten allerdings eingestellt werden, weil entweder die tatsächlichen Ermittlungen für den hinreichenden Verdacht einer strafbaren Handlung nicht ausreichten oder weil die notwendigen Prozeßvoraussetzungen fehlten. In 90 Fällen wurde Anklage erhoben bzw. Antrag auf Strafbefehl gestellt. In 58 Fällen liegen bereits Urteile erster Instanz vor; 30 Verurteilungen sind rechtskräftig geworden.

Ich selbst und mein Ministerium nehmen alle rechtlichen Möglichkeiten wahr, um eine möglichst rasche und wirksame Bekämpfung einschlägiger Straftaten zu erreichen. Dabei möchte ich jedoch ausdrücklich betonen, daß es sich um keine politische oder gar eine **Rachejustiz** handelt, bei der Anhänger einer anderen politischen Meinung mundtot gemacht werden sollten. Doch auch für Demonstrationstätter gelten wie für alle anderen Straftäter die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung. Vor dem Gesetz sind alle gleich, und es soll niemand glauben, daß er Anspruch auf Nachsicht hat, wenn er Gewalttätigkeiten als geeignetes Mittel für politischen Terror ansieht. Für mich sind Leute, die vor Gewalttätigkeiten gegenüber Leib und Leben und gegenüber dem Eigentum nicht zurückschrecken, nicht politische Überzeugungstätter sondern Kriminelle.

(Beifall bei CSU und SPD)

Präsident Hanauer: Die Interpellation ist in allen Punkten beantwortet.

Die gemäß der Geschäftsordnung zu stellende Frage, ob eine Besprechung gewünscht wird, muß ich nach der mir vorliegenden umfangreichen Liste von Diskussionsrednern nicht mehr stellen. Ich unterstelle diese Tatsache.

Ich erteile als erstem Diskussionsredner das Wort dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen.

Von Knoeringen (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Für die sozialdemokratische Fraktion habe ich folgendes festzustellen.

Die Sozialdemokratische Partei als Partei in Opposition steht voll hinter der Erklärung des Herrn Innenministers.

(Beifall bei CSU und SPD)

Aus zwei Gründen: Erstens bejaht sie den materiellen Inhalt dieser Erklärung; zweitens ist sie der Auffassung, daß die **Sicherung unserer demokratischen Rechtsordnung** und die Abwehr aller Angriffe auf sie, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht nur eine Sache der Exekutive, sondern Auf-

gabe aller demokratischen Kräfte unseres Volkes ist.

(Beifall bei CSU und SPD)

Die sozialdemokratische Partei hat diesen demokratischen Rechtsstaat aus den Trümmern des deutschen Nationalismus mit aufgebaut, sie hat an dem Zustandekommen unseres Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung vollen Anteil, sie steht aus Prinzip und aus tiefster Überzeugung eindeutig auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, für die sie 100 Jahre gekämpft hat, und sie wird für diese Prinzipien eintreten, wann und von wem immer sie in Frage gestellt werden.

(Beifall bei SPD und CSU)

Wir Sozialdemokraten wissen zu gut, daß diese Demokratie nicht vollkommen ist, daß ein oft großes Mißverhältnis zwischen dem hohen Anspruch unserer Verfassungsnorm und der Wirklichkeit unseres sozialen Lebens klafft, und wir bemühen uns mit den Mitteln der demokratischen Aktion, dieses Mißverhältnis zu verringern. Wir bejahen das **Recht auf Widerspruch** und auf Opposition. Wir bejahen das Recht, die demokratisch gesetzte Macht der Regierung demokratisch in Frage zu stellen. Aber wir wissen auch, daß die Freiheit der politischen und geistigen Auseinandersetzung, die ja die Voraussetzung allen kulturellen Fortschritts ist, nur möglich sein kann, wenn und solange die tragenden gesellschaftlichen Kräfte in unserem Volke das **gemeinsame Fundament** auch anerkennen, auf dem die Freiheit unseres Handelns beruht. Wer diese demokratische Rechtsordnung angreift, mit dem Ziel, ihre Basis aufzuheben, stellt sich außerhalb der Spielregeln, deren Anerkennung die Austragung von Gegensätzen erst möglich macht.

(Sehr gut! bei der CSU)

Wer zur Gewaltanwendung aufruft — sei es gegen Personen oder Sachen —, wer mit gesetzlosen Mitteln Politik zu machen versucht, der steht außerhalb der Grenzen, die unsere Demokratie umschließen

(Beifall bei SPD und CSU)

Die Ereignisse auf den deutschen Straßen und die Diskussion, die im Lager der **aggressiven Demonstranten** über das Prinzip der Gewaltanwendung geführt wird, machen klar, daß es Personen und Gruppen gibt, die im Recht auf Demonstration kein Mittel demokratischer Auseinandersetzung sehen, sondern ein Instrument revolutionärer Gewalt, ein Mittel zur Zerstörung dieser Demokratie. Es ist ein teuflisches Spiel, das hier getrieben wird. Die exekutive Macht des Staates soll durch Akte der Provokation gereizt und zu Abwehraktionen gebracht werden, die die Anwendung der Gewalt erzwingen, um dann diese Demokratie als unglaubwürdig und als brutalen Machtstaat erscheinen zu lassen.

Unsere Haltung muß eindeutig sein. Wer seine Sache durch Gesetzlosigkeit und Gewalt zu vertreten sucht, wird nur erreichen, daß sich die demokratischen Parteien um so entschlossener hinter die öffentliche Gewalt stellen.

(Beifall bei CSU und SPD)

(von Knoeringen [SPD])

Nun, meine Damen und Herren, gibt es ein zynisches Wort, das heißt: „Wo gehobelt wird, fallen auch Späne.“ — Wir wollen damit nicht leichtfertig über all die bedauerlichen Vorkommnisse hinweggehen, die sich bei der provozierten Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei abgespielt haben. Aber bei der Lektüre aller Berichte, die uns ja auch die Presse so sensationell — und ich möchte hinzusetzen: widerspruchsvoll — liefert, können wir feststellen: Bei allen Anlässen, die zum Eingreifen der Polizei führten, war das Bemühen erkennbar, nach dem **Prinzip der Verhältnismäßigkeit** der Mittel vorzugehen. Sicher gibt es auch unter Polizisten Menschen, die in einer bestimmten Situation der Erregung und der Spannung ihre Nerven verlieren. Man muß sich einmal ansprechen und mit Steinen bewerfen lassen und dann noch zu erlauben versuchen, was das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel bedeutet.

(Sehr richtig! bei der CSU — Beifall bei CSU und SPD)

Und bei dem für unsere Polizei bisher ungewohnten Geschäft des polizeilichen Masseneinsatzes mag es auch Fehler in der Taktik geben, die erst im Laufe der Zeit durch die Erfahrung ausgeglichen werden können. Aber mit Nachdruck möchte ich auch von hier aus im Namen meiner Fraktion den Männern der staatlichen und kommunalen Polizei für ihren Einsatz danken und für ihre Bereitschaft, Gesetz und Recht und damit diese Demokratie zu sichern.

(Beifall)

Es ist von der **Gefährdung unseres Staates**, ja von einer **Krise** des Staates gesprochen worden. Ich halte dieses Wort für verfehlt. Es käme einer Bankrott-Erklärung der demokratischen Parteien gleich, wenn wir glauben wollten, daß von einigen 10 000 Demonstranten oder von einer anarcho-utopischen Studentengruppe mit Molotow-Cocktails und Eisenstangen dieser Staat ernsthaft gefährdet werden könnte. Andererseits, meine Damen und Herren, bin ich jedoch auch der Meinung, daß das Problem, das mit den sogenannten **Studentenunruhen** vor uns auftaucht, nicht mit den Mitteln der Exekutive und nicht mit der besten Polizei gelöst werden kann.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Der Herr Innenminister hat ja bereits auf den politischen Aspekt und die Verantwortung der politischen Parteien — das sind auch wir als Vertreter dieser Parteien — hingewiesen. Dabei ist uns die Frage gestellt: Was ist denn nun die **Ursache** für das wachsende Unbehagen, das sich nicht nur bei Studenten verbreitet? Vom Unbehagen redet ja schon jeder. Aber bei uns gibt es doch keine materielle Not. Also, nach Marx ist es nicht zu erklären. Mit einer Klassenschicht der Studentenschaft, die jetzt an die Stelle des Proletariats tritt, ist nur wenig zu erklären.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist nachweisbar — nicht durch den Text der

Verfassung allein, sondern durch die Gesetze und die Wirklichkeit —, daß wir den heute freiesten Staat in der deutschen Geschichte haben. Warum also Unbehagen und Protest?

Es gibt eine Reihe von Antworten. Jede hat ein kleines Körnchen Wahrheit; manche Antwort ein ganz kleines, andere wieder haben ein größeres Körnchen. Da gibt es das schöne Wort: Es geht den Studenten eben zu gut; sie bekommen zu viele Stipendien und tun dafür nichts. Es wird ihnen zu langweilig! Sie müßten stärker in die Zucht genommen werden! — Das sind kleine Körnchen von Wahrheit.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich versuchen, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Frage zu machen. Wenn man heute zu den Studenten geht — ich muß sagen, ich tue das nicht mit großer Begeisterung;

(Zuruf von der CSU: Dafür haben wir volles Verständnis!)

aber man muß das tun — und sich dieser Unbehagensbewegung, möchte ich es nennen, nähert und wenn man mit denen diskutiert, die sich in ihr engagiert haben, fällt folgendes auf: Es ist ganz richtig, wie der Herr Innenminister sagt, diese Studenten sind **keine einheitliche Gruppe**. Es ragt zwar der SDS daraus hervor und macht viel von sich reden. Er ist klein an Zahl. Aber es gibt auch andere Gruppen. Jede Partei hat einen ihr nahestehenden Kreis, eine nahestehende Studentengruppe — etwas mehr oder weniger distanziert. Wir alle haben Sorgen mit den Studentengruppen, die uns nahestehen.

(Heiterkeit)

Wir stellen also fest, daß es sich nicht um eine einheitlich organisierte Macht handelt. Man spricht von einem **revolutionären Kern** — siehe SDS — und von einer gewissen Vorraumschicht, die dann jederzeit bis zu 2000 usw. mobilisiert werden kann. Das sind dann die großen Massendemonstrationen.

Dieser revolutionäre Kern, sagen manche, das ist das Übel; denn die anderen sind ja nur mitgerissen, die laufen nur hinterher. Ich frug kürzlich einen mir verwandten Studenten, der aus Hamburg angereist kam — auch ein Stipendiat —: Warum demonstrierst du denn eigentlich? — Na, sagt er, weißt du, bei uns geht das ganze Studentenhaus aus Solidarität mit.

(Heiterkeit)

Das sind die, die mitgerissen werden. Also: Man zerstöre den Kern und die anderen sind führungslos. Aber das ist zu einfach gedacht, meine Damen und Herren; denn die Frage ist doch: Warum werden die anderen von diesem Kern mitgerissen?

Man stellt fest, daß unter diesen Unbehaglichen ein **wirres Durcheinander** von Ansichten und Meinungen besteht, von unrealistischen Vorstellungen, von Emotionen, von Ideologien, von ernster Kritik und oberflächlichen Globalurteilen. Wenn ich mit ihnen diskutiere, bin ich manchmal geneigt, völlig zu resignieren; denn ich habe den Eindruck, die fangen wieder ganz von vorne an, da, wo wir

(von Knoeringer [SPD])

glaubten, schon längst vorbei zu sein. Hier kommen die Ideen wieder, daß der Welt eine neue Ordnung gegeben werden müsse, jetzt und heute und so gleich

(Zuruf: Und von uns!)

Ich habe in den letzten Tagen die Gelegenheit gehabt, in den **Nürnberger Gesprächen** mit jungen Menschen zu diskutieren. Zuerst einmal die Feststellung, meine Damen und Herren: Die jungen Menschen sind da — was bisher nicht der Fall war; ich bitte, auch das zu bedenken — zu Hunderten und zu Tausenden! Sie stehen in den Gängen und warten. Und als die hohe wissenschaftliche Gelehrsamkeit oben auf der Tribüne um 10.15 Uhr — wie das eben bei einem etablierten Organisationsmodus so in Ordnung ist — abgetreten war, da forderten die jungen Zuhörer den Fortgang der Diskussion. Sie setzten sich aufs Podium und diskutierten bis $\frac{1}{2}$ 2 Uhr früh. Ich könnte eine dramatische Darstellung dieser Diskussion liefern, die in gewissen Phasen schauerlich war und in gewissen Phasen erregend; erregend sage ich. Aber die eine Tatsache konnte ich nicht bestreiten: Diese Jugend ist da. Es war nicht so, daß alle Bärte hatten und wilde Haare, wie man es in den Zeitungen sieht, auch nicht Bier trinkend, sondern sie saßen in Gruppen, die offenbar miteinander gar keine Berührung hatten. Sie tranken Sinalco-Flaschen leer, aber sie diskutierten lebhaft und spielten Demokratie; es dauerte eine Viertelstunde, bis die große Entscheidung getroffen war, ob die Diskutanten zwei oder drei Minuten diskutieren durften. Es wurde abgezählt und festgestellt: drei Minuten; und so weiter. Wenn man sich das ansieht, wird man selber etwas unsicher in seinem Urteil. Man trifft unter diesen Menschen junge zornige Männer von höchster Intelligenz. Es trat ein Mädchen auf, hübsch anzusehen. Ich dachte mir: Was wird sie sagen? Dieses Mädchen hat größte Kaliber gegen den Herrn Professor Scheuch angesetzt mit einer Exaktheit der wissenschaftlichen Terminologie, daß ich Schwierigkeiten hatte, ihr überhaupt zu folgen.

(Heiterkeit)

Das spielte nur so zwischen „Oberbau“ und „Unterbau“.

(Zuruf von der CSU: Was bei einer jungen Dame ja verständlich ist! — Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich bitte, diese Diskussion nicht mit Witzen auszustatten. Ich wollte die Vorgänge hier nur etwas lebhafter schildern. Ich stellte unter diesen jungen Leuten solche fest, die die Dialektik geschliffen beherrschten. Sie reden wie die Bücher. Das haben sicher die **politologischen Lehrstühle** geschafft, die wir eingerichtet haben,

(Zuruf von der CSU: Und besetzt haben!)

damit die jungen Akademiker etwas vom Staat und Demokratie lernen. Und nun kommen die jungen Politologen und diskutieren in der Sprache und mit den Begriffen, die sie von ihren Professoren ge-

lernt haben. Es ist kein Bekenntnis von Schwäche — es wird Ihnen, meine Herren der CSU, genau so gehen —, wenn ich sage, daß es Schwierigkeiten macht, gute Leute in eine solche Diskussion zu schicken, die sich mit diesen Politologen und Soziologen, die mit den neuesten Ismen vertraut sind, auseinandersetzen können. Das ist eine Erscheinung, die wir bisher nicht kannten.

Ferner, meine sehr verehrten Damen und Herren, beeindruckte mich die absolute Gewißheit, mit der diese jungen Menschen auftraten. Zweifel, ob das richtig sein könnte, was sie sagen, gibt es bei ihnen offenbar nicht.

(Zuruf von der CSU: Das gehört aber zur Jugend, Herr Kollege!)

Die Lust zur Analyse war festzustellen. Das mächtige Pathos, das früher bei allen Jungstürmern vorhanden war, vermieden sie ängstlich. Sie wollen nüchtern, ohne Aufforderung an Herz und Seele, erscheinen und diese Welt rein wissenschaftlich und rational begreifen. Sie glauben an ihre Mission, diese Welt umstülpen zu müssen. Und sie wollen immer diskutieren; endlos wollen sie diskutieren. Eindeutig ist: ihr Element ist die negative Kritik, ist die Verneinung der bestehenden Ordnung, gefühlsmäßig oder „artikuliert“, wie es so schön heißt.

Man trifft daneben noch viele andere; solche die ihre Verachtung und ihren Haß gegen das **Establishment**, wie man sich ausdrückt, nur in primitiven Formen kundzutun imstande sind, durch die Art ihres Auftretens, durch Pfeifen; durch ihre Kleidung und ihr Benehmen. Kratzt man aber ein wenig an den Vertretern solcher Haltungen, so stellt man oft Verklemmtheit fest.

(Abg. Dr. Eisenmann: Sie sind ein guter Psychologe!)

An den „**Protestmenschen**“ können wir, glaube ich, ein paar übereinstimmende Dinge sehen: Die starke **Ablehnung der Autorität** — „Du kannst mir mit keinem Professor mehr imponieren!“ Der Herr Oberbürgermeister von Nürnberg hat es nicht vermocht, die pfeifende Jugend zu bändigen. Aber dann kam Herr Professor Horkheimer, es kam die Würde des Alters. Professor Horkheimer hat mit leiser Stimme gesprochen. Der Würde des Alters zollte man eine gewisse Aufmerksamkeit, weniger dem, was er sagte; denn das war nicht der Weisheit letzter Schluß. Immer aber, meine Damen und Herren, zeigte sich deutlich, daß das, was man vielleicht verschiedentlich noch versuchen wollte, der Jugend bei uns mit Autorität gegenüberzutreten, völlig daneben geht, weil sie von Autorität grundsätzlich nichts hält.

Zweitens war festzustellen die **Ablehnung der „etablierten Ordnung“**, wie sie sagen. Alles was an System und Ordnung von oben her kommt, beignet ihrem größten Mißtrauen.

Drittens ist ein Maß von **Irritation** zu bemerken, die starke irrationale Züge trägt. Ich möchte dieses Wort „Irritation“ im Sinne von „irritation“, wie im Englischen, verwenden. Es ist eine Unsicherheit, eine Gereiztheit, eine ständige Bewegung, etwas

(von Knoeringer [SPD])

Unklares. Es ist ein Erregungszustand, ein gewisser Fieberzustand festzustellen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das **Generationsproblem** nennen — vorhin wurde ein diesbezüglicher Zwischenruf gemacht —, so erklärt das die Dinge nicht. Wenn man sagt, es sei natürlich, daß die Jugend selbst den Vater in Frage stellt, so reicht das in keiner Weise aus. Die Frage der **Universitätsreform** reicht noch viel weniger aus. Sie ist längst in den Hintergrund getreten. Wenn Sie sich heute bemühen, mit Studenten zusammen die Universitätsreform konkret zu diskutieren, so bekommen Sie nur wenige zusammen.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Ich möchte mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ein Zitat zwischenschalten, das von George Kennan stammt, einem der bedeutendsten lebenden Amerikaner, einem Mann der Politik, einem Wissenschaftler, der Weisheit hat. Er hat zu diesen Problemen eine Rede gehalten, die im „Monat“ abgedruckt ist. Ich möchte nur ein paar Sätze daraus verlesen:

„Ich habe erfahren, daß jene, die im Namen irgendwelcher Utopien die Bastionen zu stürmen versuchten, um alles Übel auszurotten und das „Goldene Zeitalter“ noch zu ihren Lebzeiten zu verwirklichen, mehr Leid in die Welt gebracht haben, als alle die bescheidenen Anstrengungen derjenigen, die versuchten, ein bißchen Ordnung und Freundlichkeit und Zuneigung innerhalb ihres eigenen Umkreises zu schaffen, selbst wenn sie dabei ein beträchtliches Maß an Übeln im Bereich der öffentlichen Angelegenheiten tolerieren mußten. Hinter dieser Bescheidenheit stand immer die Anerkennung einer lebenswichtigen Wahrheit, einer Wahrheit, die beispielsweise die Marxisten niemals anerkennen wollten, nämlich: daß der Grund allen Übels in der Welt nicht in den gesellschaftlichen und politischen Institutionen, ja nicht einmal — jedenfalls nicht in der Regel — in der Böswilligkeit und den Sünden der Staatsmänner zu suchen ist, sondern ganz einfach in der Schwäche und Unzulänglichkeit der Menschen. Und damit meine ich jedes einzelnen Menschen, einschließlich meiner selbst und der militanten Studenten, die an unseren Pforten hämmern.“

Meine Damen und Herren, das ist aus der Weisheit und aus geschichtlicher Erfahrung heraus gesprochen. Damit kommen wir dem Problem näher, besonders, wenn wir bedenken, daß diese Irritation unter den Studenten eine weltweite Erscheinung ist und nicht ein Produkt unserer spezifisch deutschen Entwicklung, wenn sie sich auch in verschiedenen Ländern differenziert äußert — verschiedene Kampfziele aufstellt.

Die wahre Herausforderung unserer Ordnung, meine Damen und Herren, das sind nicht diese jungen Menschen. Sie sind das Produkt von Verhältnissen. Sie sind die oberflächliche Erscheinung

tieferliegender Ursachen. Den tieferen Grund und wirklichen „Provokateur“ für das, was sich bei uns entwickelt, sehe ich in den **Strukturveränderungen unserer Industriegesellschaft**, in der Änderung der Produktionsverhältnisse, in den Auswirkungen, die die **technologische Revolution** auf das Gefüge unserer gesellschaftlichen Ordnung hat und damit auch auf das Fühlen und Denken der Menschen haben muß. Die Studenten sind Teil der **Intelligenzschichten**, die diese Veränderung zuerst empfinden müssen. Denn sie müssen heute ein anderes Wissen lernen als das, das wir noch beigebracht bekamen. Wir wissen heute, daß das Wissen in immer kürzeren Zeiträumen sich umwälzt und verändert. Was der Vater noch als eine wissenschaftliche Wahrheit lernte, führt der Sohn heute ad absurdum mit seinem einfachen Physikbuch. Ganz neue Lebensprobleme stellen sich. Tabus werden gebrochen. Der Mensch, der forschende Mensch liefert heute durch seine Einsicht in die menschliche Natur der Reklame und der Propaganda die Mittel an die Hand, den Menschen aufzuzwühlen. So haben wir heute über Fernsehen, Rundfunk eine enorme Einwirkung auf den Menschen in seinen innersten, tiefsten Motiven. Dabei hat man z. B. auch die Sexualität entdeckt. Weil die Menschen natürlich sexuell veranlagt sind, und weil man das wissenschaftlich erforscht hat, darum können wir heute jede Woche auf den Illustrierten ein fast nacktes Mädchen betrachten. Damit lockern sich die Tabus der Sexualität. Was damit gerade bei der Jugend an inneren Veränderungen vor sich geht, hat noch niemand zu erforschen vermocht, aber es geht vor sich. Die **Autoritätsgehalte** schwinden, überlebte Wertordnungen verändern sich. Die Frage: Was können denn die Alten uns schon sagen? ist geläufig. Das Mißverständnis und Mißverhältnis von Schein und Wirklichkeit wird immer deutlicher. Junge, gläubige Menschen, die wirklich nach der Wahrheit streben, stellen solche Dinge fest, stellen uns Fragen: Was tut ihr, um die Welt wirklich schön und wahr zu machen?

Ich möchte ein Bild gebrauchen: Auf uns, der heute etablierten Generation, wenn ich so sagen darf, auf uns liegen noch verstärkt die **Schatten der Vergangenheit**. Auf diese Jugend aber, meine Damen und Herren, fallen immer stärker die **Schatten der Zukunft**. In der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, was können wir dieser Generation mitgeben auf dem Weg in eine Welt, die niemand wirklich kennt? Früher war das nicht schwierig. Der Vater sagte seinem Sohne: „Üb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab!“ usw. Das ging durch Jahrhunderte. Man konnte annehmen, daß der Vater das wieder seinem Sohne sagte, weil sich die Dinge nicht geändert haben. Heute geht das nicht mehr, wenn der Junge fragt: Was soll ich denn tun in dieser neuen Welt? Was können wir ihm dann darauf mit bestem Willen antworten? Sehen Sie, meine Damen und Herren, in dieser Entwicklung sehe ich die große Herausforderung an uns selbst, eine vielleicht unbequeme Herausforderung. Sie drückt sich heute in der Unruhe unter den Studenten aus. Sie wird sich morgen vielfältig ausdrücken, je nachdem, wie das

(von Knoeringen [SPD])

Bewußtsein der Menschen, von der Unheimlichkeit des Umbruchs unserer gesellschaftlichen Struktur berührt wird. Solche, die noch nicht berührt wurden, mögen noch immer ruhig auf ihren Bastionen sitzen, aber die, die hineingestellt sind in den Strudel der Zeit und die gezwungen sind, sich zu behaupten, werden irritiert. Wir werden daher zunehmend unsere **Ordnungsform** in Frage gestellt sehen, unser demokratisches System, unsere parlamentarische Ordnung. Wir spüren doch alle selbst, meine sehr verehrten Kollegen, wie wir Schwierigkeiten haben, das, was einmal die große Idee des Parlaments war, in unserer Zeit lebendig zu erhalten, wie wir manchmal um Dinge diskutieren, von denen wir wissen, daß sie morgen ein Computer mit absoluter Exaktheit entscheiden wird und heute — —

(Abg. Dr. Arnold: Es kommt darauf an, was man in den Computer einspeist!)

— Ja, darauf kommt es an, was man einspeist, aber wenn Sie hören, was man alles einspeist: Die ganze Bayerische Staatsbibliothek können Sie einspeisen und sich jede Seite daraus — —

(Abg. Dr. Arnold: Aber Gewissensentscheidungen können Sie nicht einspeisen!)

— Richtig, man muß diesen Apparaturen Wertordnungen vorgeben; das ist ganz klar. Aber die Tatsache ist doch nicht zu bestreiten, meine Damen und Herren, daß mehr und mehr Sachfragen, die heute noch Gegenstand heftiger politischer Meinungskämpfe sind, morgen als Sachentscheidungen von der Verwaltung gelöst werden. Die Verwaltung bringt das Ergebnis fertig in den Landtag und es hat keinen Sinn mehr zu sagen: Ich meine, es könnte doch anders sein. Es ist nicht anders; hier steht es schwarz auf weiß. Mehr und mehr dieser Dinge werden wir faktisch machbar vor uns haben. Es ist die Frage, inwieweit wir in der Lage sind, jene **Wertnormen** vorzugeben, nach denen solche Apparate das optimal Mögliche entwickeln können.

Diese Dinge brechen mit enormer Gewalt herein. Wir tragen dazu bei. Wir freuen uns über jede Produktivitätssteigerung: 3 Prozent — 5 Prozent ist es dieses Jahr, und das geht so weiter. Die Prozente wachsen von Jahr zu Jahr. Sie zeigen die Veränderung in den Produktionsformen der Gesellschaft. Wir haben heute das Problem der „**informierten Gesellschaft**“ — erst waren wir bei der „**formierten Gesellschaft**“; die ist wieder etwas in den Hintergrund gerückt. Wir sind heute bei der „**informierten Gesellschaft**“. Es wird festgestellt, daß eine ganze Informationswelle über die Menschheit hereinbricht. Was die Konsequenz ihres Einflusses auf das Bewußtsein der Menschen ist, weiß heute niemand zu sagen. Die Zukunftsforschung bringt uns Perspektiven, die im Vagen liegen müssen aber die Konturen zeigen, sie liegen in der Richtung einer „**programmierten Gesellschaft**“.

Was ist da zu tun? Wir sind fortgerissen in einem sich ständig beschleunigenden geschichtlichen Prozeß, geradezu in einer Strömung hinge-

rissen. Die fernen Häfen kennen wir nicht. Wir müssen handeln in dieser Zeit ohne die Sichtmarken zu haben, nach denen man früher handeln konnte. Diese Beschleunigung des geschichtlichen Prozesses ist ja das Beunruhigende. Ich hoffe, daß Sie mir nicht böse sind; ich meine das nicht kritisch, nicht wahlpropagandistisch. Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen von der CSU: Eine Formel, wie z. B. „Keine Experimente“ wurde über Jahre hinaus gepredigt. Sie hatte die Folge einer gewissen Täuschung und Beruhigung der Menschen. „Keine Experimente!“ — Wer will schon Experimente!

(Abg. Dr. Arnold: Mehr Gerechtigkeit!)

Wir können das alles zur Diskussion stellen, aber ich glaube, meine Damen und Herren, Sie haben heute diese Formel selbst verlassen.

(Abg. Dr. Hoegner: Sittliche Forderung!)

— Ich will hier keine Auseinandersetzungen, ich will nur sagen: wir alle sind in dem **größten Experiment** der Menschheit begriffen. Niemand weiß, wie es ausgeht. Die wichtigste Verhaltensform ist: flexibel zu sein,

(Allgemeiner Beifall)

die **Flexibilität**, die Offenheit gegenüber den Problemen, aufgeschlossen sein gegenüber dem, was da kommt, und sich zu den Suchenden bekennen. Jeder, der heute mit dem Anspruch des Absoluten auftritt, meine Damen und Herren, ist für uns eine Gefahr.

(Allgemeiner Beifall)

Denn Absolutes gibt es nicht. Aus dem Anspruch des Absoluten sind die größten Verheerungen in der Geschichte der Menschheit erwachsen. Darum werden wir in Konflikt stehen zu denen, die mit **anarcho-utopischen Ideologien** wieder ausziehen wollen, um nun endlich durch rationale Bewußtseinsbildung die Selbstentfremdung des Menschen aufzuheben und seine Erlösung zu sichern. Wir müssen uns auseinandersetzen — das ist meine Meinung — mit den gefährlichen Denkansätzen, die von **Erlösungs-ideologien** a la Herbert Markuse in die internationale Studentenschaft gestreut werden. Als ich das zuerst las „Der eindimensionale Mensch“ und alle diese Dinge, habe ich gedacht, das sei so komisch, so anspruchsvoll, daß es kein Wirkung habe. Falsch! Falsch! Die Jugend, diese anti-ideologisch programmierte Jugend sucht nach einer Ideologie, sucht nach einem Glauben, und bei uns findet sie nur sachgerechte Lösungen, Auseinandersetzungen mit Gesetzentwürfen, Steigerung der Produktivität, Erhöhung des Volkseinkommens usw. Das ist nicht das Problem dieser Jugend. Sie weiß, wenn sie Ingenieur, wenn sie Techniker wird, wird das bezahlt. Das ist nicht mehr die Frage ihrer sozialen Existenz. Das Problem, das heute an die Stelle des Materiellen, des Sozialen getreten ist, ist die **geistige Not der Menschen**. Sie drückt sich zuerst in dieser Irritation der Jugend aus. Hinter diesem scheinbar rationalen Gebilde steckt **tiefe Irrationalität** und steht die unbewußte Angst junger Menschen vor dem, was da auf sie zukommt, vor der Welt, in die sie gestellt wird, steht diese

(von Knoeringen [SPD])

unrealistische Vorstellung der Utopisten von der Macht der Vernunft, die zum einzigen Bestimmungsgrund — das ist das schöne Wort zum „**ein-stimmigen Bestimmungsgrund**“ menschlichen Handelns gemacht werden müsse, der Traum von einer klassenlosen Gesellschaft erlöster Individuen. Meine Damen und Herren, wer nur die Vernunft im Menschen sieht, der geht am wirklichen Menschen vorbei. Nichts hat in der Geschichte mehr an Katastrophen zur Folge gehabt als das **falsche Bild vom Menschen**. Dieses falsche Bild, das die Männer der Macht ihrem Handeln zugrunde gelegt haben. Jeder Vorstellung von Politik oder von Gesellschaftsordnung liegt eine Vorstellung von der Natur des Menschen zugrunde. Das können Sie genau nachprüfen. Wenn Sie glauben, der Mensch ist ein Idiot, der nicht gebildet werden kann, müssen Sie Instrumente schaffen, ihn zu dirigieren. Wenn Sie aber glauben, daß er gebildet werden kann, müssen Sie eine andere gesellschaftliche Ordnung schaffen. Wenn Sie glauben, daß nur ein gewisser Grad der Bildung erreicht werden kann oder nur gewisse Gruppen dieser Bildung zugeführt werden können, werden Sie wieder ein anderes Bildungssystem schaffen.

Ich glaube fast — ich möchte darauf nicht näher eingehen —, daß unsere Demokratie noch vielfach in ihrer **Grundkonstruktion** die heute überwundenen Ideen der Aufklärung mit sich trägt, nämlich daß es möglich sei, alle Menschen zu reifen, zu reif entscheidenden Staatsbürgern heranzubilden, wenn man sie auf die Gymnasien schickt. Viele dieser Menschen werden nie auf Gymnasien sein; sie sind ihrer Natur nach gar nicht auf Gymnasien eingestellt und angelegt, sondern auf ganz andere Eigenschaften und Fähigkeiten. Der **anthropologische Aspekt** also ist es, meine Damen und Herren, der die Zukunft der Gesellschaftspolitik stärker und stärker bestimmen wird. Die Demokraten sollten sich diesen Erkenntnissen öffnen.

Aus all diesen Gründen und aus noch vielen anderen Gründen, die ich hier nicht aufführen kann, müssen wir die Herausforderung annehmen, die aus dem Raum dieser utopischen Ideologie gegen uns gerichtet wird. Unterschätzen wir sie nicht! Glauben wir nicht, daß ein Verbot des SDS uns dabei helfen würde. Diese Utopisten würden wie Heroen in die Gefängnisse gehen, wo sie von uns dann natürlich ordentlich und anständig behandelt werden müßten. Sie würden, wenn sie herauskommen, mit Triumphzügen empfangen werden, und die Ideologie würde auf andere Verbände wie den SHE oder RCDS überspringen. Man würde die anderen Organisationen ebenfalls verbieten müssen, und der bayerische Staatsapparat müßte eine Abteilung „Verbote“ im Innenministerium schaffen. Wir haben diesen Staat und seine Rechtsordnung zu sichern und zu verteidigen. Wir müssen die Lösung dieser Probleme auf anderen Ebenen, nicht auf der Ebene des Verbots, suchen. Das heißt, daß wir alle, die wir uns zu demokratischen Parteien bekennen, den Dialog suchen müssen, nicht so sehr mit irgendeinem Menschen, sondern mit den Ideen.

Wenn wir hier Schwäche zeigen, wenn wir der Diskussion ausweichen, wenn wir versuchen, uns zu drücken, dann wird bei dieser Jugend der Beweis dafür geführt sein, daß wir alte Männer sind, die sich nicht mehr auseinandersetzen können und die ihre Vorstellungen nicht darzustellen imstande sind.

Diskutieren wir also realistisch mit ihnen, über die Reformen der Universität, über den Bildungsinhalt der neuen Zeit, über die Kontrolle der neuen Mächte, auch über Springer. Ich habe mich zum Beispiel immer bemüht, in der SPD die Frage der Rolle der Macht der **Massenmedien** und ihrer Kontrolle aufzuwerfen; wir sind über kleine Vorentwürfe nicht hinausgekommen. Wir müssen uns den Kopf zerbrechen. Man muß sehen, daß hier Dinge angesprochen worden sind, die ernsthafter Diskussion bedürfen. Im übrigen wäre es ein großer Fehler, jetzt plötzlich nur Springer zu sehen; wir müssen das ganze Problem sehen. Wenn ich den „Stern“ zu diesen Studentenunruhen lese, dann ist das nicht weniger grausam als die Bildzeitung,

(Beifall bei CSU und SPD)

nur von der anderen Seite! Im übrigen möchte ich eines sagen: Springer hätte seine Informationsmacht längst auf Rundfunk und Fernsehen ausgedehnt, wenn nicht etablierte Demokraten das verhindert hätten!

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Diskutieren wir offen, meine Damen und Herren, über die Reform demokratischer Institutionen! Nichts sei uns in dieser Hinsicht heilig, auch nicht dieses Parlament. Wir ruhen zwar auf der Verfassung, auf Gesetz und Recht, das haben wir zu vertreten. Aber in bezug auf die Reform von Gesetzen, in bezug auf die Transformation der Institutionen in neue gesellschaftliche Räume sollten wir offen sein und sollten uns als Suchende empfinden; wir sollten miteinander im Wettbewerb ringen, wer die bessere Lösung findet.

Wir sollten auch — erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein offenes Wort — von dem zum Teil immer noch vorhandenen **Freund-Feind-Verhältnis** abrücken.

(Beifall)

Es heißt ja sehr oft: „Wenn irgendein Einwand von dieser Seite kommt, muß der ja falsch sein, dann muß man sofort untersuchen, welche Wirkungen negativ daraus für den nächsten Wahlkampf entstehen könnten.“ Könnten wir nicht dazu kommen, unter dem Druck dieser Entwicklung — ich meine jetzt nicht bloß die Studenten, sondern überhaupt die „Unbehagensbewegung“, zu der einige von uns sich wahrscheinlich innerlich auch zählen — miteinander ernsthaft zu diskutieren, Formen für eine solche Diskussion zu finden? Ich möchte jetzt keine konkreten Vorschläge machen; das paßt nicht in diese Interpellation. Aber wir sollten uns überlegen, ob wir nicht auch vom Parlament her Formen der Diskussion schaffen, die zwar in unserer Geschäftsordnung nicht drin stehen, die wir aber schaffen könnten, weil wir ja frei sind, durch Mehrheit diese Geschäftsordnung neu zu beschließen.

(von Knoeringen [SPD])

in Neuland vorzustoßen. Es ist so geschrieben, daß es auch ein normaler Abgeordneter verstehen kann.

(Heiterkeit — Zuruf: Gibts denn andere auch?)

Steinbruch schreibt:

„Die gesellschaftlichen Realitäten der Zukunft werden beherrscht durch eine perfekte Technik. Die Energiequellen werden ergiebiger, die Produktionsautomaten wirkungsvoller, die Computer immer intelligenter, die Waffen immer schrecklicher. Durch einen einzigen Einsatz des Menschen werden ungeheuer große Wirkungen ausgelöst. Es wird immer wichtiger, daß dieser Schalthebel Mensch das Richtige will. Das Problem der Wertesysteme wird wohl zum zentralen Problem allen menschlichen Denkens, aller Soziologie, aller Politik und aller Philosophie.“

Meine Damen und Herren! Es wäre gut, wenn wir uns auch in diesem Parlament in Zukunft neben den harten Pflichten des Tageshandwerks mit Haushalten und Gesetzesvorlagen vermehrt mit der Diskussion über den Weg in die Zukunft, über die Werteordnung unterhalten würden, die wir zu setzen haben,

(Beifall bei CSU und SPD — Zuruf: Einverstanden!)

aber auch darüber, wie wir diese Werteordnung verteidigen wollen durch die Organe staatlicher Macht und durch das offene Gespräch mit den bewegenden Kräften unseres Volkes.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und CSU)

Präsident Hanauer: Herr Abgeordneter Dr. Seidl hat das Wort.

Dr. Seidl (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Abgeordnete von Knoeringen hat soeben den Versuch unternommen, die Hintergründe aufzuzeigen, die nach seiner Überzeugung zu der inneren Unruhe mindestens bei einem Teil unserer studentischen Jugend geführt haben. Diese Diskussion zwingt uns als erstes, die Frage zu stellen: Haben wir eine **revolutionäre Situation** in diesem Lande, die es rechtfertigt, gegen die freiheitliche demokratische und rechtsstaatliche Ordnung mit Gewalt und mit Drohung mit Gewalt vorzugehen? Der Herr Abgeordnete von Knoeringen hat selbst gesagt, daß von Notlage nicht die Rede sein könne. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so hat er ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir in diesem Land einen Lebensstandard erreicht haben, wie wir ihn uns vor etwa 20 Jahren auch nicht im entferntesten vorzustellen wagten. Er hat selbst die Frage aufgeworfen: Geht es vielleicht diesen Studenten zu gut, und kommen sie deshalb vielleicht auf Gedanken, die sie notwendigerweise in Widerspruch bringen müssen mit unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung und auch mit unseren Strafgesetzen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich sind auch wir davon überzeugt und natürlich bestreiten auch wir nicht, daß in diesem Staat es nicht so ist, jedenfalls nicht in jeder Beziehung, wie es wünschenswert wäre. Das gilt für die verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens, gleichgültig, ob es sich um wirtschaftspolitische, um sozialpolitische und vielleicht auch um kulturpolitische Fragen handelt.

Es wurde die Frage aufgeworfen: Wie ist es möglich gewesen, daß einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Studenten — und wir sind uns darüber einig, daß es in erster Linie die Mitglieder des SDS, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sind — gelungen ist, in einem solchen Ausmaß den Widerstand gegen die freiheitliche demokratische und auch rechtsstaatliche Ordnung hervorzurufen, ihn zu wecken? Der Herr Kollege von Knoeringen hat gemeint, daß dieser revolutionäre Kern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes eine **geistige Elite** sei, die es verstanden habe, Sympathisanten um sich zu scharen und auch Nichtstudenten gegen diesen Staat in Bewegung zu setzen. Er hat gemeint, daß den revolutionären Mitgliedern dieser Studentenorganisationen eines eigen sei, nämlich die **Ablehnung jeglicher Autorität**. Sehr verehrter Herr Kollege von Knoeringen, hier muß ich Ihnen mit allem Nachdruck widersprechen. Diese Studenten haben auch eine Autorität, und sie anerkennen diese Autorität auch. Die Autorität, die diese Studenten anerkennen, sind Marx, Lenin und Mao tse-Tung.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen, daß ich bei verschiedenen Gelegenheiten den Versuch unternommen habe, auch mit diesen Studenten zu diskutieren. Herr Kollege von Knoeringen, ich war vor eineinhalb Jahren drei Wochen lang in der Volksrepublik China, zur Zeit des ersten Höhepunktes der Kulturrevolution in diesem Lande. Ich habe versucht, in Peking, Schanghai, Nanking, Hengchow und in einer Reihe von anderen Städten mit diesen Studenten zu diskutieren. Unabhängig von den zwangsläufig damit verbundenen Sprachschwierigkeiten war es für mich hochinteressant zu erfahren, von welchen Gedankengängen diese jungen Leute, diese Schüler und Studenten dort bewegt werden und was sie dazu gebracht hat, in den Fabriken und auf den öffentlichen Plätzen, z. B. auf dem Tien-au-men-Platz in Peking, auf dem ungefähr eine Million Menschen Platz haben, über gesellschaftliche Probleme zu diskutieren. Es war nicht nur interessant, sondern auch außerordentlich schwer, weil diese Studenten, wie überhaupt diese Ideologen, mit Begriffen eine Vorstellung und einen Inhalt verbinden, die zum Teil völlig anders sind als die Vorstellungen, die wir mit diesen Begriffen verbinden. Eine Diskussion ist fast unmöglich, wenn Sie nicht gewisse Prämissen ohne weiteres als richtig anerkennen und wenn Sie außerdem nicht bereit sind, die Diskussion auf dem Boden der dialektischen Methode von Lenin, Marx und Mao tse-Tung, und wie alle diese Führer heißen, zu

(von Knoeringer [SPD])

Das wäre eine gute Sache. Diskutieren wir nicht nur mit den gewählten Spitzen der Studentenschaft, sondern diskutieren wir mit dem „Normalverbraucher“ Student, von dem der Herr Minister eben gesagt hat, daß er gutwillig, daß er ansprechbar ist. Sprechen wir selbst! Erwarten wir diese Aussprache nicht vom Innenminister oder von den Vorsitzenden unserer Fraktionen, wie gestern auf dem Königsplatz in München, sondern versuchen wir selber persönlich, wo immer das möglich ist, uns in unserem Bereich auseinanderzusetzen und dort, wo wir nicht imstande sind, die richtige Antwort zu geben, dann in unser Kämmerlein zurückzukehren um nachzudenken, wie die Antwort richtig formuliert werden könnte.

Ich komme zum Ende meiner Betrachtungen. Ich bin kein Pessimist. Ich bemühe mich, auch die positiven Elemente dieser Entwicklung zu sehen. Die Geschichte ist Bewegung. Schlimm wäre es nur, wenn wir die Dinge nicht aufgreifen würden, wenn wir uns hinter die Bannmeile des Landtags zurückziehen und schauen würden, daß das Tor richtig verschließbar ist. Wir dürfen nicht darauf achten, wie wir selbst unangefochten bleiben. Gewiß müssen wir uns auch gegenüber den irrationalen Mächten sichern, auch gegen das Unterwandern solcher Bewegungen. Denn so gut müssen wir den Kommunismus kennen, daß er jeden Versuch macht, um diese Bewegung in seine Hand zu bekommen. Wir konnten es an Ostern erleben, wie die kommunistische Propaganda plötzlich auf Unterstützung der Demonstrationen umgeschwenkt ist.

(Abg. Helmschrott: Das Zonenfernsehen hat tatkräftig mitgemischt!)

Aber hat unsere Demokratie, die als-verhärtete, etablierte Ordnung bezeichnet wird, diese Linkskritiker nicht Lügen gestraft? Wie verhärtet ist denn dieses Establishment?

Die Studenten marschieren, die Parteien reagieren bis oben hinauf, und nicht aus Schwäche. Ich bin lange genug Mitglied des Vorstands meiner Partei und weiß, wie ernst diese Fragen genommen werden. Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU, geht es nicht anders. Es ist völlig falsch, zu sagen, daß diese Demokratie nicht reaktionsfähig sei.

Ich möchte noch einen Punkt herausgreifen: Vor drei Tagen sah ich in der Fernsehsendung „Panorama“ Peter Merseburger, wie er einem mit sehr gut bekannten jungen Wissenschaftler, Dr. Meschkat, interviewte. Er war früher Vorsitzender der deutschen Studentenschaft. Hier erschien er als der **Chefideologe der Räterepublik**. Er setzte uns auseinander, daß wir müde Greise sind und daß dieses System erledigt ist. Er sprach ruhig, mit wissenschaftlicher Diktion. Es war kein Pathos zu bemerken. Am Schluß fragte ihn Peter Merseburger: „Sind Sie bereit, für Ihre Überzeugung ins Gefängnis zu gehen?“ — „Selbstverständlich!“ war seine Antwort. Was soll man da machen? Soll man zum Rundfunkrat gehen und sagen: „Unerhört! Dieser Meschkat hat das ganze Fernsehen zur Ver-

fügung gehabt, Millionen haben jetzt das Gift der Räterepublik eingesaugt. Haben wir es nötig, diesen Burschen das ganze Fernsehen zur Verfügung zu stellen?“ Das ist ein möglicher Standpunkt. Wenn wir ihn aber vom Gesichtspunkt meiner Prinzipien her prüfen, würde ich ihn nicht für richtig halten. Schlimm ist natürlich, daß Herr Meschkat sich als Räterepublikaner produziert und dann ohne Antwort bleibt.

(Beifall)

Was müssen wir tun? Meschkat muß ad absurdum geführt werden!

(Längerer Beifall bei CSU und SPD)

Es muß ihm gezeigt werden, wie unreal, wie abstrakt diese Auffassungen sind und wie weltfremd. Auf welche Beweise wissenschaftlicher Erfahrungen und empirisch-wissenschaftlicher Forschung stützt er sich, wenn er behauptet, eine Räterepublik sei heute möglich, weil jetzt das Bewußtsein der Menschen gehoben sei. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß die Menschen sich mit Räten in Freiheit selber zu verwalten imstande sind. Aber die Probleme tauchen auf — nicht die der Räterepublik, sondern die unserer demokratischen Ordnung. Welche Normen setzen wir, damit der, der an den Apparaten steht, auch das Richtige tut?

Ich darf eine kleine Notiz verlesen, die ich heute früh aus der Zeitung herausgeschnitten habe, eine ganz kleine Notiz:

„In München begann heute unter Beteiligung von etwa 700 deutschen und ausländischen Wissenschaftlern der Kybernetik-Kongreß 1968, auf dem Nachrichtentechniker und Physiologen, Biologen und Biochemiker über gemeinsame Eigenschaften der von ihnen verwendeten Modelle und Wirkungsgefüge diskutierten. Gegenüber früheren Tagungen zeigte sich, daß die Kybernetik als die Wissenschaft von den Steuerungs- und Regelungsvorgängen bei Tier und Maschine mehr und mehr ernst genommen wird. Verhaltensforscher berichteten in München von eindrucksvollen Experimenten des Max-Planck-Instituts in Seewiesen bei Starnberg. Der von der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik einberufene Kongreß dauert bis Freitag. Es folgen Referaten aus der Sowjet-Union und aus verschiedenen Instituten des westlichen Auslands.“

(Zuruf: Das ist alles!)

Meine Damen und Herren! Das ist die Herausforderung! Diese Nachricht ist mir bedeutender wie die drastisch dargestellte Geschichte über eine Studentendemonstration am Königsplatz. Denn die Kybernetik sprengt die gesellschaftliche Erde auf. Als eine Art Nervensystem wird sich der Computer durch das ganze Gefüge unserer Gesellschaft ziehen und neue Entwicklungen möglich machen.

Lassen Sie mich zum Schluß aus dem Buch eines solchen Kybernetikers, das gerade erschienen ist — eines Informationswissenschaftlers —, Professor Steinbruch —, wenige Sätze mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Das Buch heißt: „Falsch programmiert?“ Es ist der Versuch,

(Dr. Seidl [CSU])

führen. Wenn Sie das nicht tun, wird es zu einer fruchtbringenden Diskussion überhaupt nicht kommen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das ist die Schwierigkeit, die natürlich mit dieser Auseinandersetzung verbunden ist. Und eine weitere Schwierigkeit — die wir natürlich auch nicht bestreiten können — liegt darin, daß sich nicht nur die freie westliche Welt in einer machtpolitischen und ideologischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt befindet, sondern daß wir gleichzeitig Zeuge einer faszinierenden ideologischen Auseinandersetzung innerhalb dieses kommunistischen Blockes selber werden.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich bin mit dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen der Auffassung, daß wir uns dieser Auseinandersetzung stellen müssen und daß wir versuchen müssen, die **Motive und Gedankengänge**, von denen diese revolutionäre Gruppe des SDS geleitet wird, zu verstehen und mit ihnen zu einer sachlichen Auseinandersetzung und vielleicht auch zu einer Verständigung zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es ist außerdem noch etwas geschehen, womit wir uns tagtäglich auch auseinandersetzen müssen. Ich habe erhebliche Zweifel, ob es zu den Ausschreitungen in diesem Ausmaß unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt gekommen wäre, wenn nicht gleichzeitig in Ostasien ein Krieg geführt würde, von dem viele, insbesondere aber auch junge Menschen, meines Erachtens mit Recht behaupten können, daß er im Widerspruch steht zu den herkömmlichen überlieferten Vorstellungen von Politik und insbesondere von internationaler Moral.

(Beifall bei der SPD)

Der Interventionskrieg, der in Vietnam geführt wird, hat nach meiner Ansicht überhaupt erst dieser revolutionären Gruppe die Möglichkeit eröffnet, mit einem Schein von Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft gegen die Prinzipien aufzurufen, von denen sie behauptet, daß sie unsere freie westliche Welt nicht in eine bessere Zukunft führen können.

Ich bin der Meinung, daß es die Aufgabe jedes Parlaments — der Bundestag wird sich damit auch noch beschäftigen —, aber auch die Aufgabe jedes einzelnen Politikers, welcher Partei er auch angehören möge, ist, sich mit dieser Sache auseinanderzusetzen, weil es nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine moralische Frage ist. Und wenn die Politik auf der moralischen Ebene nicht glaubwürdig dargestellt werden kann, dann wird es uns schwerfallen, diesen revolutionären Bewegungen mit Überzeugungskraft und mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde gesagt, daß der tiefere Grund für diese Unruhe, insbesondere unter der Studentenschaft, in **Strukturveränderungen unserer Gesellschaft** zu er-

blicken ist. Das ist natürlich richtig und wahr und wird von niemandem bestritten, wenngleich man auch nicht leugnen kann, Herr Kollege von Knoeringen, daß diese Entwicklung nicht erst 1945 begann, sondern schon auf fast 100 Jahre zurückgeht. Ich denke nur an das Ihnen natürlich auch bekannte Schauspiel „Die Weber“ von Gerhard Hauptmann, in dem zum ersten Mal auf der Bühne versucht wurde, mit den Problemen fertig zu werden, die durch die moderne Technik und durch die damit natürlich verbundenen Veränderungen in unserer gesellschaftlichen Struktur entstanden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist aber nicht die Frage, die heute von diesem Landtag zu beraten und zu entscheiden ist. Unsere Verfassung ist nicht so konstruiert, daß sie nicht auch einer vielleicht jetzt noch kleinen revolutionären Gruppe die Möglichkeit eröffnen würde, ihre gesellschaftspolitischen, ihre staatspolitischen, ihre allgemeinpolitischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Es kann doch keine Rede davon sein, daß die Verfassung dieses Landes nicht auch in einer Richtung geändert werden könnte, die sich, wenn auch nicht völlig, mit den Vorstellungen dieser Gruppe deckt, ihnen vielleicht sogar nahekommt. Ich würde sagen, daß sich die Mitglieder und die Ideologen des Sozialistischen Deutschen Studentebundes in den bereits vorhandenen politischen Parteien betätigen sollten, daß sie versuchen sollten, dort für ihre Überzeugung zu werben, und daß sie, wenn sie schon der Überzeugung sind, daß das politische System in diesem Land so schlecht, die freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche Ordnung so bis in die tiefsten Wurzeln verrotten ist, daß sie überhaupt irreparabel ist, sie dann den Weg des **Volksbegehrens** und des **Volksentscheids** gehen sollten.

Heute geht es aber um eine andere Frage in diesem Verhandlungssaal, nämlich ob wir es hinnehmen können, daß mit den **Mitteln der Gewalt** oder **unter Drohung mit Gewalt** die rechtsstaatliche Ordnung in diesem Land beseitigt wird. Das ist die Frage, um die es heute geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete von Knoeringen — und ich bin ihm dafür dankbar — hat auch schon darauf hingewiesen, daß wir in Bayern wahrscheinlich noch zu keiner Zeit eine Herrschaftsform und eine Verfassung hatten, die dem einzelnen Staatsbürger so viel Freiheit einräumte, wie das in diesem Staat der Fall ist. Wir haben — und das gilt darüber hinaus für die ganze Bundesrepublik — noch keinen Staat gehabt, in dem den Grundrechten, den staatsbürgerlichen Freiheiten des einzelnen eine solche Bedeutung zugemessen wurde, wie das bei uns der Fall ist. Wir haben noch keinen Staat gehabt, in dem der einzelne so viele Rechtsbehelfe hatte, um seine subjektiven privaten und auch subjektiven öffentlichen Rechte durchzusetzen, wenn er glaubt, daß diese Rechte von der Staatsgewalt verletzt worden sind. Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine **Verwaltungsgerichtsbarkeit**, die auf dem Grundsatz der Generalklausel aufgebaut ist mit der Folge, daß jeder Verwaltungsakt vor dem Verwaltungsgericht angefoch-

(Dr. Seidl [CSU])

ten werden kann. Wir haben **Verfassungsgerichte**: hier in Bayern den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, im Bund das Bundesverfassungsgericht. Die einschlägigen Gesetze ermöglichen es jedem Staatsbürger, sich mit einer Verfassungsbeschwerde oder mit einer Popularklage an diese Gerichte zu wenden und zu behaupten, daß er von der öffentlichen Gewalt, entweder von der rechtsprechenden Gewalt oder von der Exekutive oder vielleicht sogar vom Gesetzgeber, durch einen Verwaltungsakt oder durch ein Gesetz in seinen verfassungsmäßigen Rechten verletzt worden ist.

(Abg. Zankl: Der Verwaltungsrichter, der urteilssprechende Richter geht dann heim, weil er Angst vor den Studenten hat!)

— Zu dieser Frage werde ich mich später auch noch eingehend äußern. Der Zwischenruf ist nämlich durchaus berechtigt, und auch dazu sollten wir meines Erachtens ganz offen unsere Meinung sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns also die Frage vorlegen, ob es in diesem Staat etwas gibt, das den gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsgewalt rechtfertigen könnte, dann müssen wir doch bei aller Anerkennung der Mängel dieses Staates auf den verschiedensten öffentlichen Gebieten und Bereichen zugeben, daß eine solche revolutionäre Situation nicht besteht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn aber diese revolutionäre Situation nicht besteht, dann ist es in erster Linie die **Aufgabe des Landtags** — er ist ja der Repräsentant des Volkswillens —, sich Gedanken über die Abwehr dieses Angriffs zu machen und zu gegebener Zeit auch **Beschlüsse** zu fassen, die verhindern sollen, daß das Ansehen dieses Staates in breitesten Schichten unserer Bevölkerung gefährdet wird, wie es in der letzten Zeit geschehen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie soll sich der Staat gegen solche Angriffe wehren? Wie soll sich der Staat gegen Gewaltanwendung, gegen die Drohung einer Änderung seiner verfassungsrechtlichen und rechtsstaatlichen Grundlagen wehren? Der Herr Staatsminister des Innern hat eine nach meiner Ansicht überzeugende Darstellung der Ereignisse gegeben. Er hat dargestellt, wie die **Staatsgewalt**, wie die Polizei auf die Herausforderung reagiert hat. Ich meine, daß das, was der Herr Staatsminister des Innern vorgetragen hat, die Zustimmung und die Billigung aller Abgeordneten in diesem Hause finden kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch etwas Grundsätzliches sagen. In weiten Kreisen unseres Volkes, insbesondere aber auch in einem verhältnismäßig großen Teil unserer **Publikationsorgane**, wird leider allzu häufig der Eindruck hervorgerufen, als ob notwendigerweise ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat, ein Verfassungsstaat, gleichzeitig auch ein schwacher Staat sein müsse. Ich bin der Meinung, daß das eine ganz gefährliche, aber auch eine falsche

Theorie und These ist. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß es sich ein demokratischer Rechtsstaat viel weniger als ein autoritärer Staat, der nach der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln reagieren kann, leisten kann, einer Herausforderung ohne Widerspruch und ohne überzeugende Maßnahmen entgegenzutreten.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Staat, der nach der Verfassung und nach den Gesetzen, die der Landtag ihm gegeben hat, ein Rechtsstaat ist, kann nur auf dem **Boden des Gesetzes** und des Rechts verteidigt werden. Jeder Einbruch in die Rechts- und Gesetzessphäre, den wir unwidersprochen und ohne entsprechende Gegenmaßnahmen hinnehmen, muß, auf lange Sicht gesehen, zu einer Gefährdung des zweiten Versuchs führen, in diesem Land einen demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat zu errichten. Daher ist es meines Erachtens nicht nur das Recht, sondern die Pflicht aller zur Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit berufenen Organe, daß sie jeder solchen Herausforderung unverzüglich, auf der Stelle mit den im Gesetz vorgesehenen, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit angewandten Maßnahmen entgegenzutreten.

Der Herr Staatsminister des Innern hat das im einzelnen dargestellt. Er hat darauf hingewiesen, daß es die Pflicht der Polizei ist, einer solchen Herausforderung entgegenzutreten. Ich möchte die Aufmerksamkeit dieses Hohen Hauses auf den Artikel 2 unseres Polizeiaufgabengesetzes lenken, in dem gesagt wird, die Polizei habe die Aufgabe, als Vollzugsorgan der Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen mitzuwirken; im Rahmen dieser Aufgabe hat sie insbesondere die Verfassung und die Grundrechte zu schützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesen Grundrechten gehört auch das Grundrecht der Pressefreiheit.

(Frau Abg. Dr. Haselmayr: Aber nicht der Mißbrauch!)

Natürlich kann man gegen einen Konzern wie gegen den Konzern des Zeitungsherausgebers Axel Springer Einwendungen erheben.

(Zuruf von der SPD: Jawohl, das kann man!)

Natürlich kann man diskutieren und Überlegungen darüber anstellen, ob es nicht vielleicht zweckmäßig wäre, irgendwelche gesetzgeberische Maßnahmen durchzuführen, um einem eventuellen **Mißbrauch der Pressefreiheit** entgegenzuwirken.

(Frau Abg. Dr. Haselmayr: Auch durch die Nationalzeitung! — Zuruf von der NPD: Durch Gewerkschaftszeitungen!)

Ich behaupte nicht, daß ein solcher Mißbrauch der Pressefreiheit durch diese Zeitungen tatsächlich geübt wird. Ich gebe aber zu, daß man selbstver-

(Dr. Seidl [CSU])

ständig auch darüber Erhebungen anstellen kann. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir nicht zugeben können, ist, daß mit Gewalt und mit der Drohung mit Gewalt die Auslieferung von Zeitungen dieses Konzerns verhindert wird.

(Beifall bei CSU und NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde vom Herrn Staatsminister des Innern gesagt, daß die Polizei in Anwendung der von diesem Landtag beschlossenen Gesetze eingeschritten sei. Ich muß in einem Punkt allerdings eine Kritik an den Ausführungen des Herrn Innenministers anbringen. Es ist seine Bemerkung, daß zu keiner Zeit die Polizei nicht in der Lage gewesen wäre, die öffentliche Ordnung und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Ich muß daran erinnern — auch das gehört zu der Auseinandersetzung in diesem Parlament —, daß es mindestens in der Nacht vom Gründonnerstag auf Karfreitag etwa eine Stunde gedauert hat, bis die Polizei in den Redaktionsräumen der Münchner Buchgewerbehaus GmbH an der Barer- und Schellingstraße in München eingeschritten ist, daß es den Demonstranten — nach den Ausführungen des Herrn Staatsministers des Innern waren es 3 bis 400 — mehr oder weniger unter den Augen der Polizei möglich war, Verwüstungen in den Redaktionsräumen dieses Hauses durchzuführen, die die „Neue Züricher Zeitung“ mit Vandalismus bezeichnet hat.

(Abg. Dr. Pöhlmann: Die Polizei war schon vor 24 Uhr wiederholt alarmiert worden!)

— Das scheint auch richtig zu sein. Ich bin der Meinung, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen dürfen. Es kann nicht nur Aufgabe dieses freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates sein, nach Begehung der strafbaren Handlungen die Täter, sofern man sie überhaupt identifizieren und der Tat überführen kann, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, sondern in erster Linie ist es die Aufgabe der Polizei — ich brauche nur noch einmal die Aufmerksamkeit dieses Hauses auf den Artikel 2 des Polizeiaufgabengesetzes zu lenken —, strafbare Handlungen zu verhindern und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei CSU und NPD)

Sollte sich herausstellen, Herr Staatsminister, daß aus irgendwelchen Gründen der Einsatz der Polizei nicht richtig funktioniert hat — wobei ich selbstverständlich davon ausgehe, daß auch der Präsident der Münchner Stadtpolizei willens und entschlossen war, einzugreifen —,

(Abg. Dr. Pöhlmann: Ist gar nicht selbstverständlich!)

daß die **Organisation der Polizei in Bayern Mängel** aufweist, dann sollten wir in diesem Parlament meines Erachtens nicht zögern, diese organisatorischen Mängel zu beseitigen.

(Beifall bei CSU und SPD — Zuruf von der SPD: Ein Vorwort für die POG-Änderung!
— Frau Abg. Dr. Haslmayr: Ja, ja!)

Nun zu einem anderen Fragenkomplex! Der Herr Staatsminister der Justiz hat zu der Frage Stellung genommen, welche Möglichkeiten bestehen, um in stärkerem Maße, als es bisher der Fall war, gegen die Teilnehmer an Vergehen des Aufruhrs, des Landfriedensbruchs, des Hausfriedensbruchs, der Körperverletzung und der Sachbeschädigung einzuschreiten. Er hat einige Ausführungen gemacht, die selbstverständlich ohne weiteres auch die Zustimmung jedes Abgeordneten in diesem Hause finden. Ich pflichte ihm völlig bei, wenn er sagt, daß es nur bei Vorliegen ganz bestimmter Voraussetzungen möglich ist, einen Täter im Schnellverfahren oder im beschleunigten Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung vor Gericht zu stellen und auch abzuurteilen, nämlich dann, wenn der Sachverhalt einfach gelagert und die sofortige Aburteilung möglich ist. Er hat zutreffend auch gesagt, daß die Entscheidung darüber nicht bei der Staatsanwaltschaft liegt, sondern beim Gericht. Trotzdem bin ich der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man von dieser Möglichkeit in verstärktem Umfang Gebrauch machen sollte, allerdings Herr Minister, wirklich nur in den Fällen, in denen das möglich ist, ohne daß die Findung der Wahrheit und die Fällung eines gerechten Urteils beeinträchtigt oder gefährdet wird.

Nun können wir leider nicht bestreiten, daß gerade die Straftaten, die im Zusammenhang mit solchen Ausschreitungen begangen werden, also Aufruhr, Landfriedensbruch und was alles dazu gehört, der polizeilichen und richterlichen Aufklärung erfahrungsgemäß außerordentliche Schwierigkeiten bereiten, und zwar einfach deshalb, weil sich natürlich immer wieder Widersprüche in den Aussagen der Zeugen finden, weil die Richter nur dann verurteilen können, wenn die Schuld des Angeklagten über jeden vernünftigen Zweifel hinaus erwiesen ist. Das ist aber leider bei Straftatbeständen dieser Art außerordentlich schwer festzustellen. Ich meine deshalb, Herr Staatsanwalt

(Heiterkeit)

— Herr Justizminister, beinahe hätte ich diesen Sitzungssaal des Bayerischen Landtags mit einem Schwurgerichtssaal verwechselt —, Sie sollten daher durch entsprechende Anweisungen an die Generalstaatsanwälte und die Oberstaatsanwälte dafür sorgen, daß, wenn schon die Gefahr solcher strafbarer Handlungen besteht — und ich nehme an, daß Ihre Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem Staatsministerium des Innern ausreichend ist, um darüber die notwendigen Erkenntnisse vermittelt zu bekommen —, die Staatsanwaltschaft und die Polizei, insbesondere die Kriminalpolizei von einem Beweismittel in einem stärkeren Maße als bisher Gebrauch macht, nämlich der **Photographie** und des Films. Dieser **Urkundenbeweis** wäre viel mehr wert als 10, 15 oder 20 Zeugen, die sich natürlich zum Teil häufig widersprechen. Ich glaube, man sollte sich dieses Beweismittels in höherem Maße als bisher bedienen.

Nicht übereinstimmen kann ich mit der Kritik, die der Herr Staatsminister der Justiz an der

(Dr. Seidl [CSU])

Strafprozeßnovelle geübt hat, die vor einigen Jahren vom Bundestag verabschiedet wurde. Ich bin der Meinung, daß diese Strafprozeßnovelle vielleicht in dem einen oder anderen Punkt der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei eine Mehrarbeit verursacht, ich bin aber auch der Meinung — und das ist das Entscheidende —, daß diese Strafprozeßnovelle einen überzeugenden Beitrag zu einer Verbesserung unseres gesamten Strafprozeßrechtes geleistet hat. Da müssen wir es in Kauf nehmen, daß vielleicht einmal ein Staatsanwalt, wenn sich ein Beschuldigter nicht rechtzeitig zum Schlußgehör einfindet, mit der Erhebung der Anklage zwei, drei oder vier Tage zuwarten muß. Im Vordergrund muß das Bestreben stehen, der Gerechtigkeit durch richtige Urteile zum Sieg zu verhelfen.

(Abg. Junker: Fiat iustitia pereat res publica!)

Ich kann nicht übereinstimmen mit der Kritik, die an der Änderung des Strafprozeßrechts geübt wurde. Herr Staatsminister der Justiz, ich muß Ihnen sagen, daß die Zahl der Untersuchungsgefangenen seit dem Inkrafttreten der Strafprozeßnovelle im Jahre 1964 nicht etwa zurückgegangen, sondern ganz erheblich in die Höhe gegangen ist. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Justiz, wenn ich so sagen darf, nicht mit dem notwendigen Handwerkszeug ausgerüstet wäre, um einschreiten zu können. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die **Einführung eines weiteren Haftgrundes** neben dem Haftgrund der Verdunklungsgefahr und des Fluchtverdachts notwendig ist, wie zuweilen vorgeschlagen wurde, nämlich die Einführung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr. Ich halte es für ausgeschlossen, einen solchen Haftgrund so eindeutig in seinen Tatbestandsmerkmalen zu bestimmen, daß er wirklich ein zusätzliches rechtsstaatliches Instrument in den Händen der Haftrichter abgibt.

(Zuruf des Abg. Junker)

Etwas ganz anderes ist es — und da komme ich auf Ihren Zwischenruf zurück, Herr Kollege —, wenn wir uns die Frage vorlegen, ob es z. B. sehr opportun und zweckmäßig war, daß vor wenigen Tagen der **Deutsche Richterbund** die Verlautbarung herausgegeben hat, daß er sich nicht zum **Büttel der Demokratie** oder des Staates degradieren lassen wolle.

(Hört, hört!)

Ich will mich nicht zu der Frage äußern, ob dieser Verlautbarung des Deutschen Richterbundes nicht eine Äußerung des Bundeskanzlers zugrundegelegt wurde, die dieser anscheinend überhaupt nicht gemacht hat. Aber selbst wenn er sich in dieser oder einer ähnlichen Weise ausgedrückt haben sollte, wäre das denn dann wirklich etwas, was den Vorstand oder den Sprecher des Deutschen Richterbundes veranlassen könnte, in dieser Weise auf die Barrikaden zu gehen? Es muß zunächst einmal mit aller Deutlichkeit klargelegt werden, daß zur Justiz auch die Staatsanwälte gehören. Die Staatsanwälte sind, jedenfalls in Bayern, genauso Mitglieder des Richterbundes oder des Richtervereins, wie

er bei uns in Bayern heißt, wie die Richter. Der Justizminister hat nicht nur das Recht, er hat unter bestimmten Voraussetzungen auch die **Pflicht, dem Staatsanwalt Weisungen** zu geben. Die Staatsanwaltschaften sind nicht wie die Gerichte unabhängige Behörden, sondern Behörden, die an die Weisungen des Generalstaatsanwalts und des Ministeriums gebunden sind. Die Bevölkerung dieses Landes ist auch nicht an unabhängigen Staatsanwälten interessiert, sondern an unabhängigen Gerichten.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Wenn es der Staatsminister der Justiz für notwendig erachten sollte, meinerwegen genau so wie bei der Strafverfolgung von Verkehrsdelikten auch bei der Verfolgung von strafbaren Handlungen gegen den Staat, den Staatsanwälten Weisungen zu erteilen, natürlich im Rahmen der Gesetze, dann kommt er damit nicht nur einer **Rechtsverpflichtung**, sondern er kommt auch einer staatspolitischen Verpflichtung und Aufgabe nach.

(Beifall bei der CSU)

Aber was mich dazu bringt, auf diese Verlautbarung des Deutschen Richterbundes zu sprechen, ist im Grunde etwas anderes, nachdem niemand die Unabhängigkeit der Gerichte auch nur im entferntesten in Zweifel gezogen hat und nachdem alle verfassungsmäßigen Vorkehrungen getroffen sind, um die Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter zu gewährleisten. Was mich an der Sache bestürzt hat, ist die Befürchtung, daß wahrscheinlich nicht der ganze Richterbund, aber einzelne seiner Sprecher, vielleicht die Überzeugung gewonnen haben könnten, daß sie unabhängig von den übrigen Staatsgewalten eine Einstellung zum Staat zum Ausdruck bringen könnten, die nicht ohne große Bedenken hingenommen werden kann.

(Sehr richtig!)

In diesem Staat geht die **Staatsgewalt** vom Volke aus. Wir haben zwar den Grundsatz der Gewaltenteilung und bei uns ist die rechtsprechende Gewalt getrennt von der vollziehenden Gewalt und auch von der Legislative, aber das bedeutet nicht, daß auch nur eine dieser Gewalten sich der Verantwortung für diesen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat entziehen könnte. Es wurde bereits vom Herrn Staatsminister des Innern und mit Recht auch vom Herrn Kollegen von Knoeringen gesagt, daß alle staatstragenden Schichten in diesem Staate die Verantwortung für die Aufrechterhaltung freiheitlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze zu tragen haben und daß kein Teil der Staatsgewalt, auch nicht die richterliche Gewalt, auch nur im entferntesten den Versuch unternehmen darf, sich von der Verteidigung dieses Staates mehr oder weniger zurückzuziehen. Sollte dieser Eindruck entstehen, dann müßte in der Tat überlegt werden, ob nicht die Gefahr besteht, daß das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung in diesen Rechts- und Verfassungsstaat erschüttert wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch eine ganz kurze Bemerkung zur

(Dr. Seidl [CSU])

dritten Frage der Interpellation machen. Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus hat sich bereits dazu geäußert. Ich bin mit ihm der Meinung, daß, wenn sich jemand außerhalb des Gesetzes gestellt und sich möglicherweise sogar eines Verbrechens des verfassungsrechtlichen Hochverrats oder der Vorbereitung dazu nach den Paragraphen 80 und 81 unseres Strafgesetzbuches schuldig gemacht hat, er nicht für sich in Anspruch nehmen kann, sich nur vor den Strafgerichten verantworten zu müssen und daß er im Rahmen der Universität, der Technischen Hochschule mehr oder weniger frei von jeder Verantwortung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Staat gibt jährlich mehr als **2 Milliarden** für Wissenschaft, Bildung, Forschung usw. aus. Hunderte von Millionen werden ausgegeben, damit die jungen Menschen unseres Volkes an den Universitäten und an den Technischen Hochschulen studieren können. Darunter befinden sich auch die **Steuergrößen** vieler unserer Arbeiter, unserer Angestellten, unserer Gewerbetreibenden, unserer Bauern — vieler kleiner Leute. Ich bin der Meinung, daß die Steuermittel, die man für die Finanzierung dieses Studiums aufgewendet hat und auch in Zukunft noch aufwenden wird, nicht in einer Weise verwendet werden dürfen, daß sie sich letztlich umwandeln in eine Herausforderung gegen diesen Staat und gegen seine verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Grundlagen.

(Beifall bei der CSU und SPD)

Daher bin ich mit dem Herrn Minister der Meinung, daß hier auch Maßnahmen ergriffen werden müssen, um neben der strafrechtlichen Beurteilung der Sache eine entsprechende **disziplinarrechtliche Ahndung** herbeiführen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß noch folgendes. Ich glaube, die Debatte in diesem Hohen Hause, insbesondere die Gedankengänge, die die Vertreter der Staatsregierung heute vorgetragen haben, die aber auch der Herr Abgeordnete von Knoeringen zum Ausdruck gebracht hat, haben meines Erachtens eindeutig und zweifelsfrei gezeigt, daß sich dieses Parlament nicht scheut, daß sich aber auch die in diesem Parlament vertretenen politischen Parteien nicht scheuen, mit den Studenten, mit den jungen Menschen in diesem Staat zu diskutieren; daß sie einzugehen bereit sind auf die Probleme, von denen natürlich auch wir wissen, daß sie diskutiert und nach Möglichkeit innerhalb einer vernünftigen Zeit gelöst werden müssen.

Was nicht hingenommen werden kann — und das habe ich schon am Schluß meiner Ausführungen zum Justizetat gesagt —, ist die Herausforderung des Staates als solchem. Wenn sich in diesem Lande Kräfte regen — der Herr Staatsminister des Innern hat es bereits eindringlich dargestellt —, deren erklärtes und offenes Ziel es ist, diesen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zu beseitigen, deren erklärtes und offenes Ziel es ist, an die Stelle dieses freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates

eine Räterepublik zu setzen, dann ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht aller Abgeordneten dieses Hauses, mit aller Kraft einem solchen Versuch entgegenzutreten.

(Beifall bei CSU und SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Staatsminister des Innern, Dr. Merk. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Merk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich jetzt nicht noch einmal in die Diskussion, in die Analyse und Wertung einschalten. Der Herr Ministerpräsident wird für die Staatsregierung insgesamt das Ergebnis der Aussprache zusammenfassen. Ich möchte mich nur auf zwei Fakten konzentrieren, die in der Diskussion durch den Kollegen Dr. Seidl aufgeworfen wurden.

Zur Frage des Gründonnerstags: Ich gebe zu, es war unbefriedigend, daß rund eine Stunde mit Ausschreitungen im Buchgewerbehaus in der Redaktion der „Bild-Zeitung“ vergangen ist, bis die Aktionen mit Erfolg zurückgedrängt werden konnten. Auch wenn ich nicht behaupten möchte, daß eine andere Lösung nicht möglich gewesen wäre, so muß ich trotzdem für die Polizei sagen, daß ein Vorwurf, zumindest ein schwerwiegender Vorwurf, unberechtigt wäre. Wir müssen uns in die Situation vom Gründonnerstag versetzen. Natürlich sind wir heute allesamt klüger als wir es am Gründonnerstag abend waren.

Auch wenn ich gesagt habe, daß es sich hier um Aktionen gehandelt hat, die seit langem vorgeplant waren, so waren wir auf Grund unserer Erkenntnisse doch der Meinung, daß die Aktivität in diesem Bereich im Mai kommen würde. Ich will jetzt keine bestimmten Tage nennen; wir werden es wahrscheinlich noch selber erleben. Daß es schon die Ostertage sein würden und das **auslösende Moment** das Attentat auf Dutschke sein werde, war nicht vorhersehbar. Es war auch für die Polizeibeamten zum Teil bereits der Osterurlaub bewilligt. Dazu kam die besondere Belastung des Osterverkehrs sowohl für die Beamten der staatlichen Polizei als auch für die kommunale Polizei. Es ist unmöglich — ich muß das betonen —, ständig eine Hundertschaft zu jeder Tages- und Nachtzeit bereitzuhalten, die bei jedweden Anlaß sofort einsatzbereit wäre. Die Überfallkommandos, die sofort hindirigiert wurden, und die vor den Demonstranten dort waren, waren außerstande, etwas zu tun, wenn sie nicht von der Schußwaffe Gebrauch machen wollten. Dazu bestand aber wieder vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit her keine Veranlassung.

(Beifall bei CSU und SPD)

Deshalb mußte in Kauf genommen werden, daß eine bestimmte Zeit vergeht, bis aus den übrigen Polizeibeamten, die gerade Schichtwechsel hatten und im Moment nicht im Dienst waren, die aus den Wohnungen herbeigeholt wurden, wieder eine einsatzfähige Hundertschaft bereitgestellt bzw. die Bereitschaftspolizei ihrerseits alarmiert und eingesetzt werden konnte.

(Staatsminister Dr. Merk)

Ich möchte nochmals sagen: Ich will nicht behaupten, daß ein noch **rascheres Eingreifen** nicht möglich gewesen wäre. Aber zu einem schwerwiegenden Vorwurf besteht ganz bestimmt kein Anlaß. Mängel der Organisation liegen hier nicht zugrunde, sondern es ist bei der staatlichen wie bei der kommunalen Polizei einfach ein Faktum, daß nicht jederzeit, zu jeder Tages- und Nachtstunde sofort eine volle Hundertschaft beliebig an jeden Ort gebracht werden könnte. Soviel zum Gründonnerstagabend.

Zur Strafprozeßordnung: Lieber Kollege Dr. Seidl, die Rechtsanwaltsnovelle vom Jahre 1964 hinsichtlich der Strafprozeßordnung in Ehren! Sie wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, in dem wir in einem gewissen Hochgefühl der Selbstsicherheit vielfach die Meinung vertreten haben, daß es zu einer ernsthaften Gefährdung unserer nach dem Krieg neu aufgebauten Demokratie nie mehr kommen könne. Man hat weit mehr **Angst vor dem Staat** selber und vor **möglichem Machtmißbrauch** durch staatliche Organe gehabt als vor den Feinden und Gegnern des Staates.

(Beifall bei der CSU)

Und lassen Sie mich ganz offen sagen: Es ist für die Polizei im Grunde genommen demoralisierend, wenn sie in einer solchen Situation, wie wir sie die ganzen Ostertage hindurch hatten, wo sich verfassungs- und staatsfeindliche Tendenzen und Kräfte zeigten, einen auf frischer Tat Betroffenen aufgreifen und nach Personalfeststellung usw. wieder laufen lassen muß — ich betone: muß —, obwohl man haargenau weiß, daß er kehrt macht und sich — wie es auch geschah — beim Einsatzleiter der Polizei durch Megaphon-Zuruf zurückmeldet, sich zu neuen Aktionen bereit findet und dann als Rädelsführer weiter agiert. Das ist demoralisierend.

(Beifall bei CSU und SPD — Zuruf des Abg. Dr. Seidl)

— Nein, nach der Strafprozeßordnung habe ich keine Handhabe. Denn es besteht weder Fluchtgefahr — er denkt gar nicht daran; er will ja da bleiben! — noch Verdunklungsgefahr — er macht es ja offen; er brüstet sich sogar damit —, und Wiederholungsgefahr reicht nicht aus. Bei den Sittlichkeitsdelikten ist die Wiederholungsgefahr eine Handhabe, um den Betreffenden nach der Verhaftung vor der Aburteilung festsetzen zu können. Das ist aber nicht der Fall, wenn sich einer offen gegen diesen Staat wendet und alles daransetzt, was in seiner Macht steht, um diese staatliche Ordnung aus den Angeln zu heben. Die Wiederholungsgefahr reicht nicht aus.

(Abg. Dr. Seidl: Artikel 18 des Polizeiaufgabengesetzes!)

— Herr Kollege Dr. Seidl, ich gehe sofort darauf ein. Ich finde jedenfalls diese Situation, durch die Strafprozeßnovelle geschaffen, unbefriedigend.

Nun kommen Sie mit Artikel 18 des PAG. Da können Sie einen Demonstranten, der aus seiner Einstellung gar kein Hehl macht, der am Ostermon-

tag wieder dabei ist, nachdem man ihn am Karfreitag und -samstag festgesetzt hat, 24 Stunden festhalten. So ist es nach dem PAG. Ist es eines Staates würdig, dann einem Rat zu folgen, wie er ebenfalls gegeben wurde: Dann faßt ihn, haltet ihn 24 Stunden fest; dann müßt ihr ihn laufen lassen. Packt ihn sofort wieder, haltet ihn wieder 24 Stunden fest, dann könnt ihr ihn noch einmal laufen lassen und wieder packen? Das ist einer rechtsstaatlichen Ordnung nicht mehr würdig.

(Beifall bei CSU und SPD)

Ich bin hier wirklich der Meinung, daß noch einmal überlegt werden muß, ob einige Bestimmungen der Strafprozeßordnung der Weisheit letzter Schluß waren.

(Beifall bei CSU und SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Das Wort hat Herr Staatsminister der Justiz, Dr. Held.

Staatsminister Dr. Held: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf dem Herrn Kollegen Dr. Merk herzlich danken, daß er zu den Fragen der Strafprozeßordnung schon so weitgehend Stellung genommen hat. Ich darf nur noch auf folgendes hinweisen, und zwar deshalb, weil es offenbar vergessen worden ist, was ich in meinen Ausführungen zum Weisungsrecht gesagt habe.

Ich habe erklärt: „Als die ersten Ausschreitungen größeren Maßes bekanntgeworden waren, habe ich die bayerischen Staatsanwaltschaften angewiesen, erstens Anträge auf beschleunigte Aburteilung in oben geschildertem Schnellverfahren in den Fällen zu stellen, die sich hierfür eignen.“ Welche sich hierfür eignen, hat Herr Kollege Dr. Seidl selbst freundlicherweise noch einmal ausgeführt und auch darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine sehr, sehr beschränkte Zahl handeln kann. Zweitens habe ich angeordnet, in allen einschlägigen Fällen dem Justizministerium sofort zu berichten, damit die Sachbehandlung auch von mir überwacht werden kann.

Nur noch ein Wort zur Strafprozeßordnung. Ich habe keine Kritik geübt. Ich werde in der Interpellation gefragt: „Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, auf eine rasche Aburteilung hinzuwirken?“ Wenn diese Frage von den Interpellanten an mich gestellt wird, bin ich verpflichtet, auch zu sagen, welche Schwierigkeiten dem entgegenstehen, und das habe ich getan.

Dann noch etwas: Es ist, ähnlich wie bei der Haushaltsaussprache, auf die steigende Zahl der Untersuchungshäftlinge hingewiesen worden. Dem Herrn Abgeordneten Dr. Seidl ist leider insofern ein Fehler unterlaufen, daß er sich nur auf den Stichtag in der Anlage bezogen hat und nicht auf Seite 1268, wo genau zu sehen ist, daß seit 1962 die Zahl der Untersuchungshäftlinge in ständigem Sinken begriffen ist.

Das wollte ich zur Richtigstellung sagen.

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Herrmannsdörfer.

Herrmannsdörfer (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unruhen erschüttern seit geraumer Zeit unseren Staat.

(Zuruf: Ui, ui!)

— Dieses „Ui“ möchte ich eigentlich überhört haben. Wenn Sie das noch mit einem „Ui“ quittieren, zeigt das, daß Sie den Ernst der Lage nicht verstehen. Das tut mir sehr, sehr leid.

(Zurufe: Langsam, langsam! — und Widerspruch)

Ich bin dankbar, daß diese Interpellation Gelegenheit gibt, die anstehenden Fragen in diesem Hause zu erörtern, bin aber einigermaßen erschüttert, daß bei diesem ernstesten Diskussionsthema die Reihen des Parlaments so gelichtet sind. Es handelt sich um ein Thema, das eigentlich das bedeutendste ist, das in den letzten Jahren hier besprochen worden ist.

(Beifall bei der NPD — Widerspruch bei der CSU und SPD)

Zur Sache selbst muß ich feststellen, daß wir in der Diskussion bisher keinen Schritt weitergekommen sind.

(Zuruf von der CSU: Doch! — Das ist vermessend!)

Wir haben vom Herrn Innenminister Dr. Merk und vom Justizminister Dr. Held gehört, daß die Gesetze jetzt gegenüber denjenigen, die unseren Staat über den Haufen rennen wollen, endlich zur Anwendung kommen. Das ist aber doch eine reine Selbstverständlichkeit. Ich bin nicht hierhergekommen, um mir eine Selbstverständlichkeit anzuhören, sondern um über den Gegenstand zu diskutieren.

(Sehr richtig! und Beifall bei der NPD)

Wir haben ja aus den Zeitungsberichten die genauen Wortlaute der Erklärungen der Rädelsführer. Erinnern Sie sich nur an das, was Herr Rechtsanwalt Mahler gesagt hat: „Wir müssen gegen rechtswidrige Angriffe dieses Staates“ — wenn die Polizei eingreift, ist das natürlich für diese Herrn ein rechtswidriger Angriff — „standhalten! Das bedingt die Gefahr, daß Menschen ums Leben kommen.“

Als nach den Osterunruhen wieder eine Diskussion an der Freien Universität stattfand, hat sich tatsächlich einer der Studenten aufgerafft zu fragen: „Herr Mahler, Sie haben damals den Tod bereits einkalkuliert; warum haben Sie das nicht früher gesagt?“ — Darauf hat Mahler geantwortet: „Ich habe niemanden für so dumm gehalten, daß man das ausführlich und ausdrücklich erklären muß.“ Ich aber möchte nicht, daß Herr Mahler unseren Staat für so dumm hält, daß wir erst dann einschreiten, wenn die ganze Maschinerie bereits abrollt.

(Beifall bei der NPD)

Alle diese Dinge — Bestrafung der Schuldigen, vorbeugende Maßnahmen — sind eigentlich noch kein Rezept gegen das, was hinter den Dingen steht.

Es hätte mich gefreut, wenn einer meiner Vordner einmal diese Art von Selbstkritik an den Tag gelegt hätte, die hier geübt werden muß. Denn

(Zuruf von der CSU: Üben Sie doch Selbstkritik!)

Herr von Knoeringen — wo ist er? —

(Zahlreiche Zurufe)

Herr von Knoeringen hat gesagt, man solle mit den Studenten diskutieren und sie anhören. Für Herrn von Knoeringen ist das offenbar etwas Neues. Wenn Sie unsere Wahlversammlungen in Baden-Württemberg erleben würden, würden Sie uns täglich in Unterhaltungen mit **Politologen** begriffen sehen. Es ist immer so, und das ist erfreulich und macht mir riesenhaften Spaß, es Ihnen mitteilen zu können, daß nicht die NPD-Politiker auf dem Kreuz liegen, sondern die Herren Politologen, vor denen Herr von Knoeringen so viel Respekt hat.

(Beifall bei der NPD)

Was sagen denn diese jungen Leute, wenn man schon hinhören soll? Hören Sie bitte hin: Sie sagen Ihnen genau: „Dieser Staat ist nicht mehr glaubwürdig; er wird manipuliert. Wir haben kein Vertrauen mehr in diesen Staat.“ Sie nennen auch die einzelnen Fakten. — Ich hätte erwartet, daß Sie eben darauf zu sprechen kommen! Sie sagen: **Wahlrechtsmanipulationen** machen den Staat unglaubwürdig, meine Herren vom Establishment. Wenn Sie nichts weiter aufzubieten haben,

(Zahlreiche Zurufe und Widerspruch)

keine Leistungen aufzubieten haben, werden Sie auch mit Wahlrechtsmanipulationen nicht über die Runden kommen.

(Unruhe und Widerspruch)

Meine Damen und Herren, ich spreche schon gar nicht mehr pro domo; für mich ist das längst passé.

(Abg. Kiesl: Was haben Sie denn bisher geleistet? Einen Gesetzentwurf von der SPD geschrieben; sonst nichts!)

— Ob Sie ein Wahlrecht in der oder der Richtung machen, das ist mir völlig gleichgültig. Denn wir treten unter jedem Wahlrecht an, weil man eine politische Richtung, die den **gesunden Menschenverstand** vertritt, einfach nicht durch Manipulation beseitigen kann.

(Unruhe und Heiterkeit — Abg. Kiesl: Welche Gesetze haben Sie denn eingebracht?)

— Herr Kiesl, schauen Sie sich das Volksschulgesetz einmal an, an dem Sie jetzt so lange herumlaborieren! Sie haben es seit 22 Jahren nicht fertig gebracht, dem Lande Bayern eine effektive und moderne Volksschule zu geben.

(Starke Unruhe und zahlreiche Zurufe von der CSU, u. a.: Da brauchen wir Sie nicht dazu!)

— Was sollen Ihre Zwischenrufe, Herr Kiesl; wir sind inzwischen so geübt, daß Sie damit überhaupt nicht ankommen.

(Herrmannsdörfer [NPD])

(Zurufe von CSU und SPD u. a.: Herrlich! —
Das werden wir schon sehen! — Wir werden
Ihnen noch Gelegenheit geben!)

Ich habe eben von Wahlmanipulationen gesprochen.

(Zuruf des Abg. Vöth)

Etwas anderes steht auch auf dem Katalog der Studenten; sie sagen: Mit der **Parteifinanzierung** verfälscht Ihr die Demokratie! — Unsere Auffassung in dieser Beziehung kennen Sie ja seit langem. Wir sagen genau das, was draußen von diesen Leuten kommt, die den positiven Teil jener ganzen Demonstrationen stellen, von jenen Studenten, die wirklich darüber nachdenken, was im Staate faul und schief ist. Gerade von denen können Sie genau das hören, was wir auch sagen: Eine Partei, die sich nicht mehr aus eigenen Kräften erhalten kann, soll von der politischen Bühne abtreten!

(Beifall bei der NPD)

Noch etwas sage ich dazu —

(Mehrere Zurufe aus den Reihen der CSU)

— Ich verstehe Sie nicht, weil Sie durcheinandersprechen.

Noch etwas sage ich dazu: Wenn Sie ein bißchen Selbstkritik an den Tag legen würden, würden Sie überlegen, daß ein ganz großer Teil von Ihnen, wenn Sie diese Maschinerie mit den riesigen Finanzen nicht für sich und unter sich zur Verfügung hätten, gar nicht in diesem Parlament säße. Denken Sie endlich über sich selbst einmal nach, es wird Ihnen gut tun!

(Abg. Vöth: Glauben Sie das wirklich, was Sie da sagen? — Weitere Zurufe und Unruhe
— Glocke des Präsidenten)

— Herr Vöth, es tut mir unendlich leid —

(Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Herr Abgeordneter, ich muß an Sie die Frage richten, ob Sie die Vorwürfe der Studenten wiederholen, oder zur Interpellation Stellung nehmen wollen.

(Beifall)

Herrmannsdörfer (NPD): Hochzuverehrender Herr Präsident! Ich bin —

(Abg. Weishäupl: Das ist Ironie; das lassen wir uns nicht gefallen!)

— Nein, Herr Weishäupl! —

(Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Ich darf um mehr Ruhe bitten; der Redner hat das Recht, seine Ansichten, mögen sie vom Hause geteilt werden oder nicht, hier darzulegen.

Herrmannsdörfer (NPD): Herr Weishäupl hat nicht recht; ich habe das so gemeint, wie ich es gegenüber dem Herrn Vizepräsidenten Dr. Hoegner soeben ausgesprochen habe.

Ich möchte dem Herrn Präsidenten mitteilen, daß ich soeben zu Punkt 2, zweiter Halbsatz, der Interpellation spreche, nämlich: „Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, Ausschreitungen und Straftaten zu verhüten?“ — Es ist aber die Auffassung meiner Fraktion, daß sie sich in den Kern dieser Dinge begeben muß, daß wir die tiefen Ursachen suchen müssen, die ich Ihnen hier aufzeige.

Eine der weiteren Ursachen ist die Vergiftung der politischen Atmosphäre in unserem Land

(Widerspruch — Abg. Vöth: Üben Sie doch Selbstkritik!)

durch die Vergangenheitsbewältigung.

(Abg. Kiesel: Das ist die beste Selbstkritik, die Sie üben können!)

— Ich bitte die Herren Ihrer Fraktion, die Ausführungen dem Redner zu überlassen. Aber es ist für mich sehr interessant, bei jeder kleinen Bemerkung, die ein NPD-Politiker auf dem Podium macht, zu sehen, wie Sie wie von einer Tarantel gestochen in die Höhe springen und Ihren Protest anmelden.

(Weitere Zurufe und Unruhe)

Was würden Sie sagen, wenn Sie einmal bei uns draußen stünden und in der Gewerkschaftszeitung lesen müßten: Das ist ein Massenmörder von morgen — meine Wenigkeit — und das sind diejenigen, „die wieder frech ihr Haupt erheben“, und all diese Dinge. Was ist zum Beispiel im Bayerischen Jugendring zu hören — sehen Sie Herr Vöth; ich bin vorbereitet; gerade ist mir dieses Schreiben überreicht worden —, wo Herr Kumpfmüller wegen eines Vorgangs, der die NPD betrifft, schreibt: „Der Bayerische Jugendring hat volles Verständnis dafür, daß der Kreisjugendring Cham in keiner einzigen Frage mit Mitgliedern der NPD zusammenarbeiten will. Dies entspricht durchaus den auf Landesebene gefaßten Beschlüssen.“

(Beifall bei der CSU und SPD)

Hier sehen Sie Ihre Toleranz!

(Abg. Kiesel: Sie haben Grund dazu!)

Das Charakteristische, was ich hier feststelle und was nach zehn Jahren der Geschichtsschreiber einmal feststellen wird, ist, daß hier im stenographischen Protokoll steht: „Beifall“ — für Ihre Intoleranz, die Sie hier an den Tag legen. Und die vergiftet doch unseren Staat.

(Beifall bei der NPD)

Und da bin ich beim Thema. Solange die Vergangenheitsbewältigung nicht aufhört, wird auch diese vergiftete Atmosphäre in unserem Lande sein. Ich habe es hier an diesem Podium schon einmal gesagt, daß unser deutsches Volk Anspruch auf das höchste Gut hat, das ist der innere Rechtsfriede; und der ist so lange nicht da, als wir diese einseitige Bewältigung betreiben. Auch Chruschtschow hat das in einem Beispiel, wo er den Finnen den Vorschlag machte, jetzt einmal mit der Vergangenheit und deren Bewältigung aufzuhören, im Jahre 1962 oder 1963 gesagt: „Ich hasse diese Leute, die nur aus den Müllkübeln der Vergangenheit leben.“

(Herrmannsdörfer [NPD])

— Und ich bitte Sie dringend, machen Sie diesen Müllkübel der Geschichte endlich einmal zu.

(Unruhe)

Herr von Knoeringen hat von den **Computern** gesprochen und der kolossalen technischen Entwicklung, die vor uns liegt. Da darf ich Ihnen sagen, daß meine Partei diese Dinge voll in sich aufgenommen hat. Wir sind — das wird auch der Chronist einmal feststellen — die modernste Partei, die es zur Zeit in der politischen Landschaft der Bundesrepublik gibt.

(Heiterkeit — Abg. Weishäupl: . . . ist sehr gefährlich!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich nicht einmal zutrauen dürfen, in Diskussionen mit den Studenten sich so verständlich zu machen, daß sie dort imponieren, kann ich nicht befinden, daß Sie zu den modernsten in unserem Lande zählen.

(Beifall bei der NPD und Zurufe)

Ein weiterer Punkt dieser Erscheinungen, die mit vollem Recht kritisiert werden, ist das **Monopol** von **Presse, Rundfunk und Fernsehen** und die aus diesem Monopol herauswirkende Manipulation. Ich weiß nicht, ob es Ihnen vergönnt ist, dieses Maß von Verständnis aufzubringen, das hier notwendig ist, wenn ich Ihnen sage, daß die NPD-Fraktion während ihrer eineinhalbjährigen Tätigkeit im Bayerischen Landtag bis jetzt zehn Minuten Sendezeit im Bayerischen Rundfunk trotz entgegenstehender gesetzlicher Regelung gehabt hat. Das ist Manipulation! Das ist undemokratische Diskriminierung und Knebelung einer Minderheit. Und ich möchte dazu sagen, ich möchte gar nicht einmal, daß Sie damit aufhören! Ich möchte Sie nicht dazu überreden, daß Sie jetzt die NPD nach allen Grundsätzen fördern;

(Heiterkeit)

denn — ich sage Ihnen nur Wahrheiten; und hier ist eine der reizendsten für mich und der unangenehmsten für Sie —: die **Meinungsumfragen** der letzten Zeit haben ergeben, daß das Potential der NPD, wenn heute gewählt würde, 14 oder 19,6 Prozent sein würde. Und das trotz des Verschweigens, trotz des Meinungsterrors. Und drum bitte ich alle, die hier zuhören — und ich habe hier eine gewisse Blickrichtung —: Fahren Sie mit dieser **Verschweigungstaktik** fort; denn sie ist offenbar die Erfolgstaktik, die uns weiterbringt!

(Beifall bei der NPD)

Die Unglaublichkeit des Staates ist der Kern dessen, was bei den Studenten vorgeht. Und hier ein paar Beispiele, die die Innenpolitik verlassen und auf die Außenpolitik übergehen. Wir haben eine **NATO** und das Bekenntnis unserer Regierenden seit 15 Jahren zur Wiedervereinigung. Aber niemand hat bis jetzt dem Deutschen Volke mit aller Klarheit gesagt: NATO einerseits und Wiedervereinigung andererseits **schließen sich gegenseitig** aus! Dazu muß man sich einmal aufraffen, wenn man Politiker ist. Und dann darf man sich nicht

wundern, daß die Jugend mit diesen Vorstellungen des „sowohl — als auch“ einfach nicht mehr einverstanden sein kann, wo sich im Raume so hart die Sachen stoßen

(Abg. Weishäupl: Eine nicht beweisbare Behauptung!)

Ein anderes ist die Bereitwilligkeit — derzeit besonders von Ihrer Partei, Herr Weishäupl —, den **Sperrvertrag** zu unterschreiben. Wer den Sperrvertrag unterschreibt, der schreibt jedenfalls die Wiedervereinigung ab, weil die Abstimmung der beiden Interessensphären genau an der Demarkationslinie, an der Elbe-Werra-Grenze erfolgt. Die Studenten erwarten von Ihnen, daß Sie „entweder“ — „oder“ sagen, daß Sie entweder sagen, wir wollen jetzt Wiedervereinigung — dann setzen wir uns mit allen Mitteln dafür ein — oder daß Sie sagen, wir wollen einen Sperrvertrag oder eine NATO — dann wollen die Studenten, daß Sie mit diesem Geplauder endlich aufhören.

(Abg. Vöth: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? Haben Sie schon einmal etwas davon gehört, daß die Wiedervereinigung nur sinnvoll ist, wenn sie unter der Sicherung der Freiheit zu vollziehen ist! — Weiterer Zuruf: Das ist zu schwierig!)

— Sehr geehrter Herr Dr. Vöth, natürlich habe ich davon gehört! Und darum möchte ich besonders Sie darauf hinweisen, daß die geschichtliche Entwicklung derzeit so ist — das ist heute noch viel zu wenig zur Sprache gekommen —, daß der Kommunismus bereits in unserem Lande stark ist und daß er sich zur Machtergreifung vorbereitet, um die **rote Wiedervereinigung** herbeizuführen. Das ist doch eigentlich auch ein Kernproblem, das uns alle angeht! Wie weit ist es mit diesen Kräften auf der extremen Linken und der kommunistischen Seite?

Diese Liste ließe sich nach Belieben fortsetzen. Aber kehren wir zurück zu den ganz spezifisch studentischen Fragen. Hier steht die **Gestaltung unserer Hochschulen** im Vordergrund. Auch die positiv denkenden Studenten machen sich Gedanken, wie wir das in Zukunft gestalten können. Und da muß festgestellt werden, daß unsere Studenten heute an den Hochschulen unter Verhältnissen studieren, die eines Kulturstaates unwürdig sind.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

— Die Bildungsexplosion war bereits im Gutachten vom Jahre 1957 beschrieben; aber kein Mensch hat etwas getan, um die Dinge abzustellen — —

(Abg. Nüssel: Unerhörte Verdrehung!)

— Sie haben natürlich immer etwas unternommen und oft darüber geredet — aber eine Abhilfe, die uns die Dinge vom Halse geschafft hätte — — Die Studentenunruhen wären nicht geboren, wenn wir in der Vergangenheit mehr getan hätten. Auch hier stoßen Sie einfach auf die Ablehnung und die intensive Kritik dieser Leute. Wenn Sie denen sagen, wir haben doch das Maximale getan, dann machen die die Rechnung auf, 280 Milliarden haben wir bisher für die Bundeswehr ausgegeben und 60 Mil-

(**Herrmannsdörfer** [NPD])

liarden für die Stationierungskosten — aber wir stehen mit der deutschen Sicherheit wieder dort, wo wir am Anfang der NATO standen.

(Abg. Weishäupl: Die Unruhe ist doch recht international!)

— Herr Weishäupl, das ist die große Beschwich-tigung: „Es ist international!“. Jedesmal wird bei einem bestimmten Tatbestand auf diese Beschwich-tigung nicht lange zu warten sein. Wir haben unsere spezifisch deutschen Probleme, die wir mit aller Deutlichkeit anzusprechen haben. Und das tun wir.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht mit Bla-Bla!
Abg. Vöth: Was soll der Hinweis auf die Bundeswehr? Den habe ich nicht verstan-den!)

— Ich habe eben dartun wollen, Herr Vöth, daß Sie — und wenn Sie es hätten, müßten Sie her-aufgehen und es erläutern — kein Verteidigungs-konzept haben, weder für die Bundeswehr noch für die NATO. Wenn Sie es haben, sind Sie der „Deus ex machina“, dann werden Sie vergoldet — —

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Ich kann diese Art der Behandlung der Interpellation nicht weiter dulden. Sie stellen sich her und machen ständig Vorwürfe gegenüber der deutschen Politik, ohne darauf einzugehen, wie man die Ausschreitungen der Studenten durch das Parlament beseitigen kann.

(Beifall)

— Ich sehe mich, wenn Sie so weiterfahren, ge-zwungen, Ihnen das Wort zu entziehen.

Herrmannsdörfer (NPD): Herr Präsident, wenn ich zu den Studentenunruhen Stellung nehmen muß und so Stellung nehmen möchte, daß wirklich der Kern der Sache berührt wird, dann muß ich mir jetzt bald Ihren Wortentzug gefallen lassen.

(Zuruf von der SPD: Wo liegt der Kern-punkt?)

Wir müssen uns doch, meine Damen und Herren, mit der deutschen Wirklichkeit beschäftigen. Die Studenten tun es! Ich habe Ihnen einige Beispiele genannt, daß die doppelgleisige, diese zweigleisige Betrachtung, hier NATO und hier Wiedervereini-gung und beides zusammen nicht geht. Das war ein Beispiel. Ich verlasse nun diesen Gegenstand; denn ich lege größten Wert darauf, daß ich fort-fahren kann, in künftigen Debatten zu sagen: „Hochzuverehrender Herr Präsident!“

(Zuruf von der SPD: Zur Sache!)

Eine weitere tiefere Ursache: Unsere Jugend hat keine Vorbilder. Unsere Jugend ist erzogen in der **Negation** der Begriffe „Nation und Vaterland“, in der **Abneigung** gegen staatliche Ordnung und jeg-liche Autorität. Was haben die Erwachsenen dieser Jugend zu bieten?

(Unruhe bei der CSU und SPD)

Schrankenlosen Materialismus, Wohlstandsdenken — arbeite weniger, verdiene mehr!

(Zuruf von der SPD: Was tun Sie denn?)

„Mangels eigener geistiger Vorbilder“, so wurde heute schon hier gesagt, „greifen diese jungen Menschen zu Mao, zu Ho-Tschi-Minh, zu Lenin, zu Marx, zu Rosa Luxemburg, zu Karl Liebknecht.

(Zuruf von der SPD: Und zu Loritz!)

Das sind alles Vorbilder, die sich der Diktatur verschrieben haben. Die Studentenunruhen sind auf diese Weise die direkte Frucht des Bestrebens, den Menschen vom Vaterland und von der Nation los-zureißen. Auch das müssen Sie einmal ganz klar sehen.

(Beifall bei der NPD)

Wer nämlich das **Nationalbewußtsein** und das **Staatsbewußtsein** ausrottet, indem er es lächerlich macht oder verächtlich, rottet zugleich die Fähig-keit aus zur Hingabe an überindividuelle

(Lebhafter Widerspruch bei SPD und CSU)

Ordnungen, ebenso zur Hingabe an Staat und Na-tion. Er zerstört auf diese Weise die Fähigkeit und die Neigung zum Zusammenwirken in dieser demo-kratischen Gesellschaft. Hier bin ich dann ganz am Kern der Aussage, die zu diesen Unruhen zu treffen ist. Was Sie heute zu sehen leugnen, das haben Ihre Widersprüche bewiesen. Hier tut sich eines kund: das Versagen der Bonner Parteien, der bis-her etablierten Parteien in diesem Punkt.

(Unruhe)

Diese Parteien von gestern haben genau — das muß ich Ihnen jetzt noch bestätigen — jene Studenten-unruhen, die sie verdient haben. Es ist Ihr Werk, daß wir diese Zustände in diesem Lande vorfinden, und darum genügt es nicht, daß Sie die Polizei dar-auf ansetzen oder die Staatsanwaltschaft oder den Richter. Da müssen Sie sich jetzt gefälligst an den Kern der Dinge machen. Wenn Sie es nicht tun, ist es auch recht, nämlich deswegen, weil dann der Weg für eine nationale Reformation um so schneller für die NPD frei wird.

(Unterbrechender Widerspruch und zahlrei-che Zwischenrufe)

Sie sollten eigentlich nicht übersehen, daß ich Ihnen dauernd Mittel an die Hand gebe, bei deren Praktizierung Sie es vermöchten, die NPD hintan-zuhalten. Es ist schon eine eigenartige und auch hier wieder schizophrene Situation, daß Sie dieses mein Entgegenkommen gar nicht bemerken.

(Beifall bei der NPD — Abg. Vöth: Das liegt nicht beim Empfänger, sondern beim Sen-der!)

Erster Vizepräsident Dr. Hoegner: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Böddrich.

Dr. Böddrich (SPD): Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Die außerparlamentarische oder zum Teil auch antiparlamentarische Opposition hat einen neuen Verbündeten in diesem Hause be-kommen.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Böddrich [SPD])

Aus dieser Rede kann man gar keinen anderen Schluß ziehen.

(Zuruf von der SPD: Eine Rede war das?)

Wenn hier auch von vielen Dingen der Bundespolitik gesprochen worden ist, hat man sich doch kaum auf konkrete Fälle bezogen. Man hat allgemeine pauschale Vorwürfe erhoben, wie wir das gewohnt sind. Man hat das gesunde Volksempfinden strapaziert. Ich darf daran erinnern, daß diese Worte vom gesunden Volksempfinden vorhin gebraucht worden sind.

(Abg. Dr. Pöhlmann: Der gesunde Menschenverstand!)

— Der gesunde Menschenverstand ist etwa dem gleichgesetzt. Ich würde sagen: Unter Berufung auf einen solchen gesunden Menschenverstand, den man verschieden interpretieren kann, hat man auch schon Minderheiten ausgerottet. Ich bin nicht der Meinung, daß das eine sehr differenzierte Argumentation war, die hier vorgetragen wurde.

(Sehr gut! bei der SPD)

Es wurde vorhin hier das nette Wort gesagt: „Wenn wir den Studenten nicht mehr **imponieren** könnten, seien wir nicht modern.“ Imponieren bedeutet aber noch lange nicht modern sein. Das ist ein Angebergehabe, auf das wir Demokraten in diesem Hause gern verzichten.

(Beifall bei SPD und CSU)

Etwas anderes: Sie sagten, wir sollten Sie weiter verschweigen, damit Sie stark würden. Wissen Sie: Wo nichts zu diskutieren ist, ist es halt auch sehr schwer, darüber zu reden. Und wenn keine Argumente kommen,

(Beifall bei SPD und CSU)

kann man sich nicht auseinandersetzen. Das ist die Schwierigkeit. Da habe ich gar keine Sorge, daß wir mit den Fragen, die die Gesellschaft an uns stellt, nicht fertig werden. Ich möchte sagen: Ihr Grundsatz, der in Ihrem „Parlamentsspiegel“ steht und der auch hier wieder zum Ausdruck gekommen ist „das Alte muß weichen, wenn das Neue kommt“ ist ein faschistischer Grundsatz, der bedeutet, daß man sich nicht in der Diskussion auseinandersetzt, sondern daß man den anderen verdrängt oder daß man ihn mit Gewalt von dem trennt, was er sich errungen hat.

(Zahlreiche Zurufe. — Beifall bei der SPD und CSU)

So kann man es auch Ihren Äußerungen entnehmen. Was Sie sagen, das interessiert mich hier wenig. Außerdem brauchen Sie einen Popanz, auf den Sie schlagen müssen, sonst könnten Sie politisch gar nicht existieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die politische Grundhaltung, aus der Sie glauben, daß Sie groß werden. Wenn Sie aber annehmen, wir hätten Angst vor Ihnen, auch wenn Sie mal 15 Prozent der Stimmen bekommen, so täuschen Sie sich. Damit werden wir immer noch

fertig, und wenn Sie uns hier drohen, Sie kämen mit ein paar Mandaten mehr, glauben Sie, daß sie deshalb in Ihrer Argumentation besser werden?

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen davon, daß der Staat verächtlich gemacht wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Pöhlmann)

— Herr Pöhlmann, Sie haben vorhin geäußert, der Staat werde verächtlich gemacht. Das, was Herr Herrmannsdörfer hier erzählt hat, das war eine Verächtlichmachung dieses Staates.

(Beifall bei SPD und CSU)

Zu einem anderen Bereich, auf den ich noch kommen will, möchte ich hier erst eine Vorbemerkung machen.

(Zuruf von der NPD: Zum Thema!)

— Zum Thema! Sehr wohl! Das menschliche Leben ist für einen Sozialdemokraten kein Nummernschicksal, auch kein Kollektivschicksal, gebunden an bestimmte Begriffe, die Sie hier verwendet haben, sondern es ist eine einmalige Existenz mit dem Recht auf Selbstverwirklichung und auf Selbstbestimmung. Kein ideologisches Ziel rechtfertigt den Tod von Menschen. Deshalb ist für uns das **Prinzip der Gewaltlosigkeit** immer ein Gebot unserer Politik gewesen. Selbst in einer Zeit, in der die Machtübernahme des Faschismus auf der Straße unter den Augen der Justiz vorbereitet wurde, haben wir diese Haltung bewahrt. Goebbels war es, der nach dem 20. Juli 1932, nach dem Sturz der Preußischen Regierung, sprach: „Die blutscheuen Sozis haben ihre letzte Chance verpaßt!“ Aber in dieser Haltung — Gewaltlosigkeit und Argumentation — werden wir festhalten, solange es diese Partei geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Unter diesem Aspekt möchte ich noch eines sagen: Die im ganzen **besonnene Haltung** der bayerischen Polizei war keine Schwäche, sondern war getragen von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein demokratischer Einrichtungen und demokratischer Führungen.

(Beifall bei SPD und CSU)

Hier haben deutlich der Oberbürgermeister und der Innenminister koordiniert zusammengewirkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Pöhlmann)

Sie waren ja gar nicht dabei. Sie haben nichts gesehen. Wir waren zum Teil unter der Jugend, haben beobachtet und versucht, Einfluß auf den Verlauf der Demonstrationen zu gewinnen, abzuwiegeln und mit den Menschen zu reden.

(Beifall bei SPD und CSU)

Eine andere Frage: An dem Donnerstagabend war die Polizei anwesend, aber das Kräfteverhältnis war so gegeben, daß, wie der Herr Innenminister zu Recht hier gesagt hat, man hätte schießen müssen. Es hat auch gar nicht lange gedauert, dann war die Bereitschaftspolizei da. Ich muß Ihnen, meine Herren von der NPD, sagen: Ihre Unterstellung von vorhin, daß der Polizeipräsident von München viel-

(Dr. Böddrich [SPD])

leicht nicht bereit war zu handeln, ist die **Diffamierung**, die aus Ihren Kreisen allen Demokraten entgegengebracht wird.

(Beifall bei SPD und CSU)

Ruhe und Ordnung sind durchaus Bürgertugenden im öffentlichen Leben und zu bejahen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Nur wenn man sie absolut setzt, kommt man zu einem Staatssystem, das keine andere Meinung mehr duldet und das unter dem Vorwand von Ruhe und Ordnung Andersdenkende unterdrückt. Das hatten wir, das wollen wir nicht mehr! Im öffentlichen Leben spielt aber auch die **geistige Unruhe** eine wichtige Rolle. Dem Referat von Waldemar von Knoeringen brauche ich nichts weiter hinzuzufügen. Alle notwendigen Veränderungen gehen von der geistigen Unruhe aus. In dem Sinn ist auch die Kritik der Studenten, wenn sie sich in demokratischen Formen vollzieht, notwendig und mahnt uns, uns selber dauernd zu kontrollieren.

(Beifall von CSU und SPD)

Es scheint mir, daß wir uns in diesem Hause über die Ursachen der Studentenbewegung noch lange werden unterhalten müssen. Wir werden in den Ausschüssen zu beraten haben, wie wir Reformen durchführen können, die von unserem Land als Notwendigkeit anerkannt werden. Nun meine Bitte an den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus: Wir werden nicht mehr die Geduld haben, auf KMK-Beschlüsse zu warten, sondern der Freistaat Bayern wird seine Hochschulreform selbst vorantreiben. Wir werden nicht warten können. Es werden dort — so ist anscheinend die Vorstellung — irgendwann einmal Zukunftsbeschlüsse mit Scheck auf Petrus gefaßt werden. Wir sollen aber diese Aufgabe in unserem Land selbst in die Hand nehmen, um die Unruhe abbauen und viele notwendige Reformen in der Gesellschaft selber erreichen zu können. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen: Ein Teil dieser gesellschaftlich notwendigen Reformen ist erst durch die Aktionen der Studenten ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden. Das müssen wir uns vorhalten lassen. Eines ist aber auch interessant, nämlich wie die öffentlichen Massenmedien reagiert haben. Ich kann mich an die Zeit erinnern, wo wir selbst mit Reformvorschlägen vorstellig waren, damals noch in anderen Formen. Da ist man von der Hierarchie, speziell von der Universität, nicht gehört worden. Die Studenten von heute haben mit relativ geringem Aufwand weit mehr an öffentlichem Bewußtsein geschaffen. Das muß uns alarmieren. Denn das bedeutet, daß auch die Parlamente mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten müssen, um zu zeigen, daß wir als frei gewählte Volksvertreter durchaus die Initiative in der Hand haben.

(Beifall)

Ich darf an dieser Stelle aber auch noch einen anderen Gedanken vortragen. Auch die jungen Arbeiter, die bei allen Unruhen der Studenten und bei der ganzen Aufregung um die akademische Jugend fast in Vergessenheit zu geraten scheinen, haben

Probleme, Nöte und Sorgen. Nicht nur ein Teil der Bevölkerung zeigt hier öffentliche Unruhe, sondern auch bei diesen Menschen herrscht sowohl in ihrem engeren Lebensbereich, in der Familie, als auch an den Arbeitsplätzen spürbare Unruhe. Wir sollten die Diszipliniertheit dieser jungen Menschen nicht überstrapazieren. Sie gehen heute nicht auf die Straße, weil sie vom demokratischen Staat erwarten, daß er sich ihrer Probleme auch ohne solche Aktionen annimmt.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir aufgefordert sind, neuen Radikalismen entgegenzuwirken, die sich auch in anderen Bevölkerungsgruppen entwickeln können. Wir müssen durch eine zielbewußte Politik solchen Störungen vorbeugen.

Ich möchte noch einen Satz anschließen. Wer heute mit den Studenten redet und ernsthaft argumentiert, leistet meiner Meinung nach für unseren Staat einen wertvollen Beitrag. Ich hoffe nicht, daß der Herr Innenminister, vorhin gesprächsbereite Politiker — ich hoffe, daß sich ihre Zahl noch weiter vermehrt — als sich anpassende Opportunisten bezeichnen wollte.

(Zuruf)

— Ihn habe ich damit auch nicht gemeint, gerade ihn nicht. Wenn der Tenor der war, daß er glaubt, es könne vielleicht so etwas geschehen, so würde ich das auch verurteilen. Ich bin der Meinung, daß sich ein Politiker einmal Pfiffe und Buh-Rufe gefallen lassen soll. Es bricht ihm kein Stein aus der Krone. Im Gegenteil: Er wird dadurch nur merken, daß nicht alle so denken, wie er selbst. Das schadet nicht. Denn wir haben uns vielleicht zu sehr daran gewöhnt, daß man uns ziemlich freundlich — wenn wir uns nicht gerade gegenseitig gehakelt haben — begegnete. Ich glaube, einmal einem solchen Hexenkessel standgehalten zu haben, stärkt durchaus die Kampfkraft des einzelnen Politikers und seine Selbstkritik.

Herr Kultusminister, ich hätte Sie gern am Königsplatz gesehen. Sie wären ausgepiffen worden, aber Sie hätten es ruhig ertragen. Die Präsenz des Staatsministers für Unterricht und Kultus hätte ich für dringend notwendig gehalten.

(Beifall)

Wir werden als Politiker — in der Zukunft kommen auf die Parteien unruhige Zeiten zu — Unruhe erleben. Man hatte uns zum Teil ja auch von dieser Seite des Hauses, von der NPD, Unruhe angekündigt. Aber wenn wir mit einer gewissen Gelassenheit, die darauf fußt, daß 20 Jahre harte Arbeit nicht umsonst waren, zur Bevölkerung sprechen, dann bin ich überzeugt, daß beim Kampf der Argumente, bei der Offenheit der Diskussion und mit der Bereitschaft, andere Meinungen anzuhören; solange sie sich im Rahmen von Recht und Ordnung halten, wir in diesem Staat durchaus die entsprechende Führungsrolle weiter haben können, die uns die Wähler anvertraut haben.

(Beifall bei SPD und CSU)

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Staatsminister Dr. Huber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bemerkungen der letzten beiden Herren Diskussionsredner geben mir Anlaß, mich jetzt gleich zu Wort zu melden. Ich möchte zunächst zu dem Vorwurf Stellung nehmen, es sei nicht rechtzeitig erkannt worden — das ist kein Vorwurf, der auf Bayern allein bezogen war, sondern er betraf das ganze Bundesgebiet, wenn ich es richtig verstanden habe —, was zum Ausbau unserer wissenschaftlichen Einrichtungen notwendig ist. Ich wiederhole hier eine Zahl, die ich unlängst bei meiner Haushaltsrede erwähnt habe, zugegebenermaßen in Abwehr gegenüber Angriffen, die wegen zu hoher Ausgaben auf dem Gebiet der Kulturpolitik geführt worden sind. Ich habe damals gesagt: Gegenüber 1955 wurden die **Ausgaben für die Wissenschaft** von 122 auf 769 Millionen DM jährlich gesteigert. Das ist eine Steigerung von 628 Prozent! Ich habe hinzugefügt, ich denke, daß das Hohe Haus mir zustimmt, daß dieses ungewöhnliche Wachstum des Wissenschaftsbereichs auf Kosten des allgemeinen Bildungswesens allmählich ein Verhältnis erreicht hat, das, ohne diesen Bereichen Schaden zuzufügen, nicht mehr verändert werden kann. Ich habe das dem Hohen Hause mit Ehrlichkeit unterbreitet.

Ich stelle jetzt noch einmal heraus: Eine Steigerung von 628 Prozent in dem Zeitraum von 1955 bis 1968! Wenn man weiß, welche anderen großen Aufgaben zu bewältigen sind, dann müssen wir, die wir gemeinsam die Mittel bewilligt haben, Vorwürfe dieser Art mit Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei CSU und SPD)

Herr Kollege Böddrich, ich entdecke in dem, was Sie gebracht haben, einen gewissen Gegensatz zu dem, was Herr Kollege von Knoeringen sagte. Herr von Knoeringen hat davon gesprochen, daß jetzt eigentlich die **Universitätsreform** — ich habe das wörtlich notiert — bei diesen Auseinandersetzungen, bei diesen Demonstrationen längst in den Hintergrund getreten sei und daß nur mehr

(Zuruf des Abg. Hochleitner)

— ich zitiere, ich will vollständig zitieren, Herr Kolege Hochleitner — ein kleiner Kreis ernsthaft darüber diskutiere. Es ist gar nicht meine Meinung, daß wir der Diskussion ausweichen sollen. Ich sage das, damit Sie mich nicht falsch verstehen. Ich reihe jetzt nur aneinander, was Sie, Herr von Knoeringen, gesagt und was Sie, Herr Böddrich, ausgeführt haben. Kollege von Knoeringen hat auch gesagt: „Erwarten wir nicht Diskussionen von Fraktionsvorsitzenden“, wenn ich richtig verstanden habe, auf den großen Plätzen in München, „um diese Probleme zu lösen, sondern gehen wir alle gemeinsam an die Erörterungen heran, die notwendig sind.“

Und dann haben Sie, Herr Kollege Dr. Bödderich, zweierlei getan, was ich jetzt angreifen möchte. Sie haben erstens gesagt, diese Probleme der Studenten oder diese Probleme, die jetzt anstehen, seien durch die Studenten in die Öffentlichkeit gerückt worden. Und dann erhoben Sie den Vorwurf,

daß ich gestern abend nicht auf dem Königsplatz neben den 12 oder 13 anderen Rednern gesprochen habe.

Meine Damen und Herren! Zunächst einmal muß ich mich der Darstellung entschieden widersetzen, daß die Probleme der **Hochschulreform** und die damit im Zusammenhang stehenden **gesellschaftspolitischen Probleme** durch Studentendemonstrationen oder gar durch das Auftreten radikaler Demonstranten erst in den Vordergrund der Öffentlichkeit gerückt worden wären und politisches Gewicht bekommen hätten.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie! Ich bitte, mit dem Vorwurf deshalb vorsichtig zu sein, weil doch wir alle, die Minister Ihrer Partei genau so wie die Minister der CDU/CSU, seit langem darum ringen, und zwar auch mit den Universitäten und Hochschulen, um zu zeitgerechten und notwendigen Lösungen zu kommen. Die Demonstrationen, die sich in den Kartagen abgespielt haben, haben mit der Notwendigkeit von Hochschulreformen mit Sicherheit nichts zu tun gehabt.

(Beifall bei der CSU)

Das war doch völlig offenkundig

(Abd. Weishäupl: Springer-Problem!)

in der Stoßrichtung der Aktionen, die unternommen worden sind. Im übrigen wäre es auch sinnlos gewesen. Gerade am 10. April hat die **Kultusministerkonferenz**, von der Sie vorher im Bewußtsein davon sprachen, daß dort so viele sozialdemokratische Minister und Senatoren wie CDU/CSU-Minister sitzen

(Abg. Dr. Böddrich: Das macht mir nichts aus!)

— weil es Ihnen nichts ausmacht, darf ich auf diesen Umstand deutlich hinweisen, Herr Kollege Dr. Böddrich —, von der Sie in dieser Form gesprochen haben, Beschlüsse für die **strukturelle Neuordnung** der Hochschule gefaßt. Ich habe einen erheblichen Teil dessen, was dort ausgesprochen worden ist, schon kurz vorher zum Gegenstand meiner eigenen Ausführungen vor diesem Hohen Hause im Rahmen der Etatdebatte gemacht. Wenn Sie — ich kann nur einige wenige Stichworte herausgreifen — die Einführung der Präsidialverfassung nehmen, die Stärkung der Entscheidungsfähigkeit der akademischen Selbstverwaltung, die Zusammenfassung von Lehrstühlen und Instituten zu größeren funktionsfähigen Einheiten, denen in Zukunft Personal und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wenn Sie die Forderung nehmen, daß in den akademischen Organen eine funktionsgerechte Mitsprache der an der Forschung und Lehre beteiligten Gruppen einschließlich der Studenten gesichert werden soll, wenn Sie die Festlegung der Lehrverpflichtungen nach Art und Umfang mit verstärkter Beteiligung des Mittelbaues nehmen, die sachgerechte Bestimmung der Aufgaben der Assistenten, um — ich zitiere wörtlich — einer unangemessenen Abhängigkeit von einzelnen Lehrstuhlinhabern entgegenzuwirken, wenn Sie die Notwendigkeit der Straffung und Objektivierung der Habilitationsverfahren nehmen, die Neuordnung des Berufungs-

(Staatsminister Dr. Huber)

verfahrens mit der Ausschreibung an Stelle der bisherigen Erstellung von Berufungslisten, wenn Sie die in diesen Dokumenten beschriebenen Einzelregelungen über eine Studien- und Prüfungsreform nehmen, dann muß ich für die Kultusminister, und zwar sowohl für die der CDU/CSU als auch für die der SPD zugehörigen, in Anspruch nehmen, daß hier ganz wesentliche Probleme der inneren strukturellen Neuordnung unserer Universitäten angesprochen worden sind. Es wird unsere **gemeinsame Aufgabe** sein, dies nun auch gesetzgeberisch zum Vollzug zu bringen. Ich rechne damit, daß das Hohe Haus zum ehestmöglichen Zeitpunkt bereit sein wird, auch die Konsequenzen zu ziehen.

(Abg. Gabert: Wann wird das sein, Herr Minister?)

— Herr Kollege Gabert, wenn ich auf Termine abstelle, so nenne ich jetzt nur vier Termine. Allein für die beiden nächsten Wochen habe ich von mir aus Termine festgelegt für ein Gespräch mit den **AStA-Vorsitzenden**, für ein Gespräch mit der **Bayerischen Hochschulplanungskommission**, die unter dem Vorsitz von Professor Autrum steht, für ein Gespräch mit den bayerischen **Rektoren** und außerdem — das darf ich noch hinzufügen — für ein Gespräch mit den **kulturpolitischen Sprechern** und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionen im Bundesgebiet in Fragen der Hochschulreformen. Das ist allein ein auf die nächsten 14 Tage bezogenes Programm.

Wir hatten uns auf der letzten Kultusministerkonferenz mit den Fragen der inneren strukturellen Neuordnung unserer Universitäten beschäftigt. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß damit nur ein Teilaspekt aufgegriffen ist. Denn das andere Problem ist das Hinlenken des sogenannten **Gymnasiastentromms** auf andere mögliche Bildungseinrichtungen und das Zuordnen von geeigneten Berufsbildern zu diesen zu schaffenden und auszubauenden Bildungseinrichtungen. Mit diesen Problemen wird sich die Kultusministerkonferenz, wenn meinen Wünschen entsprochen wird, noch vor den parlamentarischen Sommerferien beschäftigen. Ich wiederhole jedenfalls meine Erklärung, daß ich nun mit den Rektoren und auch nach Anhörung der Studierenden versuchen will, Reformen, die in den universitären Bereichen in Bayern möglich sind, möglichst rasch durchzuführen. Ich wiederhole meine Entschlossenheit, dann an eine Hochschulgesetzgebung, die das regelt, was von Staats wegen geregelt werden muß, heranzugehen, und zwar möglichst rasch. Ich bitte Sie aber nach wie vor um Ihr Verständnis, meine Damen und Herren, daß ein Teil von Problemen bleibt, die in zweckmäßiger und sinnvoller Weise nur in Übereinstimmung unter den Ländern im Bereich der ganzen Bundesrepublik geregelt werden. Ich würde meinen, daß man sich darüber verständigen kann.

Ich darf nun noch ein letztes sagen, und damit meine ich nicht Sie, Herr Dr. Böddrich: Ich habe es doch als etwas ungewöhnlich empfunden, daß gestern ein Redner auf dem Königsplatz den Vorwurf

erhoben hat, ich sei nicht da und an meiner Stelle seien andere da. Ich bin doch versucht, eine solche Äußerung im Hinblick auf das, was ich mir selbst an Programmen zu Gesprächen vorgenommen habe, zumindest versucht, in den Bereich einer billigen **Effekthascherei** vor einigen tausend Menschen zu verweisen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! So kann man sachgerechte Probleme nicht lösen.

(Zuruf: Unglaublich!)

Es ist verhältnismäßig einfach, vor drei-, vier- oder fünftausend Menschen unfreundliche Dinge zu sagen. Aber ich bitte doch zu sehen: Ich habe die Termine festgelegt für die Gespräche mit den Studenten, mit den Rektoren, mit der bayerischen Hochschulplanungskommission, mit der Kommission der CDU/CSU aus allen Ländern nicht unter dem Druck von irgendwelchen Studenten. Bei diesen Gesprächen im Ablauf von 14 Tagen werden die Probleme ernsthaft und sachlich erörtert. Ich muß Ihnen aber sagen: In einer auf zehn Minuten begrenzten Redezeit auf dem Königsplatz in München die Hochschulreform zu erörtern oder darzulegen, ist sachlich nicht möglich.

(Starker Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Herr Abgeordneter Kies!

Kies (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von der äußersten rechten Seite dieses Hauses veranlassen mich, doch noch einmal auf die Unruhen selbst einzugehen. Der Berliner Mordanschlag und die Ausschreitungen im ganzen Bundesgebiet, die zu einem vorläufigen **Höhepunkt der Radikalisierung** geführt haben, haben weite Teile der Bevölkerung beunruhigt, und die Bevölkerung wird auch nach wie vor noch durch diese Vorfälle beunruhigt. Zu viele Menschen wissen heute noch aus eigener Erfahrung, wohin es führt, wenn eine freie, offene Gesellschaft zum Schlachtfeld radikaler politischer Bewegungen wird. Die Zeiten von Weimar sind nicht vergessen, wo die Kommunisten und die Nazis sich offene Straßenschlachten lieferten, wo der blutige Aufruhr, Brandschatzungen und Überfälle an der Tagesordnung waren. Nicht vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind auch die Jahre des Zerfalls und des Niedergangs einer parlamentarischen Epoche. Die Wahlerfolge der Kommunisten und der Nazis wuchsen damals in dem Maße, in dem das Chaos im Inneren des Staates fortschritt, bis sich schließlich und endlich die Waagschale zugunsten derer senkte, die schon damals Ruhe und Ordnung wieder herzustellen versprochen, in Wahrheit aber — meine Damen und Herren, wir wissen es — auf die Beseitigung der Freiheit zielten. Die Lehren der Weimarer Zeit können auch heute nicht ernst genug genommen werden.

Auch heute machen wir wieder die Erfahrung, daß die Unruhen von links das Anwachsen der Gefahr von rechts ungeheuer begünstigen, und ich stehe nicht an zu sagen, daß gerade Kräfte des

(Kiesel [CSU])

Rechtsextremismus diese Unruhen zu einer ungeheuren **Demagogie** nützen.

(Beifall)

Niemand sollte sich darüber wundern, daß ungezügelte Demonstrationen, die nicht nur zufällig sondern tendentiell zur Störung von Ruhe und Ordnung, zur Zerstörung beispielsweise fremden Eigentums, zur Beschädigung öffentlicher Sachen und Anlagen und zur Körperverletzung führen, bei der Bevölkerung tiefe Mißbilligung erregen. Wenn fortlaufend und mit gezielter Absicht Gebäude beschädigt und in Brand gesteckt werden, wenn beispielsweise Schaufenster eingeworfen und Kraftfahrzeuge umgestürzt werden, wenn alles dies nicht nur gelegentlich, sondern planmäßig geschieht, wenn beispielsweise auch Kirchen, Gottesdienste und akademische Feiern zu Schauplätzen wilder Herausforderung gemacht werden, dann ist nach meinem Dafürhalten die **Toleranzschwelle** überschritten. Auch das freiheitlichste Gemeinwesen muß Grenzen setzen, wenn es nicht zur Beute seiner Widersacher werden will.

Niemand, meine Damen und Herren, kann in unserer Gesellschaft das Recht haben, seine Interessen und was er als solche ausgibt, mit Gewalt und Terror durchzusetzen. Jeder muß den Weg demokratischer Willensbildung einhalten, der freilich mühsamer ist als wilder Straßenkampf. Es ist zweifellos schwerer, seine Auffassung am Markt der demokratischen Meinungsbildungen zu verkaufen als auf der Straße. Es erweisen sich gerade die, die heute das Wort „Demokratie“ am häufigsten im Mund führen, als ihre gefährlicheren Feinde. Ihnen scheint der Widerspruch zu entgehen, daß sie ständig Demokratie fordern und zugleich fortwährend gegen diese Demokratie durch Gewalttaten verstoßen.

Die absichtlich begangenen **Ungesetzlichkeiten** einer kleinen Gruppe von Leuten — das sollten wir immer wieder herausstellen; Pauschalurteile wie „die Studenten“ und „die jungen Leute“ sind einfach schlichtweg unrichtig —, die Ungesetzlichkeiten einer kleinen Gruppe von Leuten, die **permanente Provokation**, die diese Gruppe nach ihrem eigenen Zeugnis will, müssen Unmut, Ärger und Ablehnung bei allen hervorrufen, die der Meinung sind, daß unser Staat nicht bloß für einige da ist.

Fortlaufende Provokationen, meine Damen und Herren, rufen aber auch — und das haben wir heute wieder einmal demonstriert bekommen — irrationale Kräfte auf den Plan. Dieser Zusammenhang ist für mich so augenscheinlich, daß ihn eigentlich auch die berufsmäßigen Provokateure von links nicht übersehen könnten. Wenn sie gleichwohl fortfahren zu agitieren, so drängt sich für mich sogar der Verdacht auf, daß diese Erzeugung rechtsradikaler Bewegungen geradezu in ihrer Absicht liegt, um mit dem Finger darauf deuten zu können und einen Vorwand für die alte These von der faschistischen deutschen Gesellschaft zu haben.

(Zuruf von der NPD: Das glauben Sie selber nicht!)

Im Gegensatz zu den linken Demonstranten — das gebe ich freimütig zu — verhalten sich die Rechtsradikalen heute vergleichsweise, ich möchte sagen, gesittet.

(Abg. Dr. Pöhlmann: Wer sind sie denn?)

— Herr Dr. Pöhlmann, ich stelle die Schuhe nur hin. Wenn sie Ihnen passen, soll es mir nur recht sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Pöhlmann)

Dieser Umstand, meine Damen und Herren, darf jedoch nicht über die Gefährlichkeit des Rechtsradikalismus

(Abg. Dr. Pöhlmann: Wer ist denn das?)

hinwegtäuschen. Ihre gegenwärtige Zurückhaltung ist Taktik und kein Beweis verminderter Aktivität.

(Beifall)

Solange ihr politisches Geschäft so trefflich durch andere besorgt wird, haben sie keinen Grund, die öffentliche Aufmerksamkeit durch spektakuläre Handlungen auf sich zu lenken.

(Abg. Dr. Pöhlmann: Auch durch Sie!)

Ihre stille Hoffnung ist es — und das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch —, daß die Entwicklung eines Tages auf einen Punkt zutriebe, der es ihnen möglich macht, sich dem Volk als letzte Alternative anzubieten — wie gehabt!

Diese Hoffnung, meine Damen und Herren, wird sich aber als trügerisch erweisen. Die Erfahrung lehrt — und das lehrt auch die Weimarer Zeit —, daß radikale Tendenzen auf die Dauer nur in innerlich schwachen Demokratien gedeihen können. Im Gegensatz zu Weimar verfügen wir heute in der Bundesrepublik über handlungsfähige Regierungen und funktionsfähige Parlamente.

Nach Monaten abwartender Zurückhaltung ist es nun aber Zeit, den **Auswucherungen** der Demonstrationen entschlossen entgegenzutreten. Ich möchte jetzt im einzelnen auf die Möglichkeiten, die sich hier bieten, nicht mehr eingehen, weil ich glaube, daß der Herr Staatsminister des Innern dazu schon sehr ausführlich Stellung genommen hat.

Ich möchte mir aber noch gestatten, auf einige **Vorkommnisse in München** einzugehen. Dazu möchte ich zunächst noch einmal, auch für meine Fraktion, wiederholen, daß ich glaube, es steht uns gut an, wenn wir in dieser Zeit der Polizei unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Die Polizeikräfte haben in einem schwierigen und, wie sich gezeigt hat, sogar lebensgefährlichen Einsatz zum Schutze der Demokratie und zum Schutze unserer Verfassung ihren Mann gestellt, und das kann man nicht nachdrücklich und oft genug betonen.

Ich möchte aber jetzt noch einmal auf einige Äußerungen prominenter Münchner Politiker eingehen. Der Herr Kollege Dr. Böddrich hat vorhin in diesem Hause noch einmal gesagt, er hätte gerne bei der Kundgebung gestern abend auf dem Königsplatz den Herrn Kultusminister gesehen. Herr

(Kiesel [CSU])

Dr. Böddrich, Sie werden mir gestatten, daß ich Ihnen zunächst einmal sage, es ist nicht so, als ob unsere Partei dort nicht vertreten gewesen wäre. Es waren nicht nur der Staatsminister des Innern und der unserer Partei angehörende Parlamentspräsident, mein Kollege Deimer und verschiedene andere Kollegen, denen es möglich war, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, dort. Ich schätze und begrüße auch die Diskussion und den Dialog mit den Studenten grundsätzlich, auch in Kundgebungen.

In München scheint sich das Prinzip „Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an“ breit-zumachen. Mit ihm gehen immer mehr prominente Politiker um, wie der Oberbürgermeister dieser Landeshauptstadt, als er gestern die Abwesenheit des Kultusministers rügte. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, Herr Kollege Dr. Böddrich, daß ich dieses Prinzip verabscheue.

(Beifall bei der CSU)

Es zeigt sich ein mangelndes staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein. Das sollte man sehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Glauben Sie im Ernst, daß in dieser **Bewährungsprobe** der Demokratie, die wir in dieser Existenzfrage der Erhaltung unseres Staates durchzustehen haben, für Ihre politische Partei oder für unsere politische Partei aus einer Auseinandersetzung dieser Art und aus dem gegenseitigen Sichbekriegen etwas herauspringen kann? Ich halte es für ungut, wenn ich in dieser Situation den Splitter im Auge des demokratischen Mitstreiters suche, der einer anderen politischen demokratischen Partei angehört, aber den Balken in meinem eigenen Auge noch nicht einmal ahne.

Nun, meine Damen und Herren, ein letztes: Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß ich eine gewisse Ergriffenheit verspürte, als Herr Kollege von Knoeringen über die Ursachen der Unruhen sprach. Mein Kollege Messner wird über diese Frage noch ausführlicher sprechen. Ich möchte mir aber doch nicht versagen, dazu noch einige Worte zu sagen. Die Analyse, meine Damen und Herren, erscheint mir perfekt, die Analyse, die darin gipfelt, daß die Ursache dieser Unruhen letztlich wohl in einer **Not des Menschen** liegt, dem man das Menschenbild und die Wertordnung geraubt hat oder zusehends raubt. Aber, meine Damen und Herren, ich komme mir vor wie einer, der einer Operation zusieht. Herr von Knoeringen hat es vorzüglich verstanden, den Bauch des Patienten „Mensch“ aufzuschlitzen und auch die Diagnose zu stellen. Aber ich vermisse die Lösung. Ich glaube, darüber müßten wir uns noch sehr ernsthaft unterhalten.

(Frau Abg. Laufer: Das hat er aber gesagt!)

— Jawohl, das akzeptiere ich, Frau Kollegin Laufer. Da werden wir uns aber vor allem auch ernsthaft mit den Leuten in Ihren Reihen unterhalten müssen, die zweifellos ein unterschiedliches **Welt- und Ordnungsbild** haben werden. Denn hier stellt sich die grundsätzliche Frage: Erkenne ich das

Weltbild als ein transzendental gebundenes oder als ein der Welt immanentes. Ich meine, daß man über diese Grundsatzfrage wohl diskutieren soll. Vergessen Sie aber bitte nicht, daß das gerade auch in Ihrer Partei in den letzten Jahren ein wenig verpönt war. Man hat nämlich diese Diskussion gern mit der Verweltanschaulichung der Politik abgetan und der Pragmatik das Wort gesprochen. Ich habe zwar auch schon meine 38 Lenze, aber hier in diesem Hohen Hause gehöre ich der jüngeren Generation an. Wir sind zweifellos vom Pragmatischen her mehr geschult. Ich begrüße die Aussage des Herrn von Knoeringen, daß wir auch die andere Seite der grundsätzlichen Diskussion nicht außer acht lassen sollten, und ich freue mich auf diese Auseinandersetzung.

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Messner.

Messner (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ende der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts ist der junge Rechtsanwalt Danton in die französische Nationalversammlung gewählt worden, und als ihn Robespierre das erstmal reden hörte, sagte er den klassischen Satz: „Dieser Mann ist gefährlich, der glaubt, was er sagt.“ Lassen Sie mich von dieser interessanten Aussage eine Brücke schlagen zu dem Herrn Rudolf Dutschke, dem Chefideologen des SDS, von dem ich persönlich den Verdacht hege, daß er in die Fußstapfen von Danton zu treten bereit ist. Ich wünsche und hoffe allerdings, daß er nicht so endet wie Danton.

Meine Damen und Herren, ich bin dem geschätzten Kollegen von Knoeringen ungewöhnlich verbunden für den Versuch der Darstellung der Ursachen, die uns heute mit der Interpellation zur Frage der inneren Sicherheit beschäftigen. Denn die **innere Sicherheit** gestattet notwendigerweise den Rückschluß, daß sie unmittelbar gekoppelt ist mit innerer Ordnung. Wenn man von innerer Ordnung spricht, ist es sicher gestattet, zu überlegen, was dieser inneren Ordnung zugrundeliegen könnte oder zugrundeliegen sollte. Zunächst doch wohl die Überlegung, welche menschliche Vorstellung, welche Anschauung von der Welt uns bewegt und aus welcher Anschauung — Sie können auch Weltanschauung sagen — wir bereit sind, die Verantwortung für morgen zu übernehmen, die Verantwortung für morgen zu tragen nach dem Sprichwort „Der Tapfere erschrickt nach der Tat.“

Meine Damen und Herren! Herr von Knoeringen hat versucht, über das **Menschenbild** einige Aussagen zu vollziehen. Mir scheint es nützlich und hilfreich, darauf hinzuweisen, daß sich zwischen ihm und meiner Partei einige nicht unwesentliche, aber auch nicht unnötig zu dramatisierende **Gegensätze** aufzeigen lassen. Zunächst einmal ist es der, daß wir in der CSU nicht bereit sind, an den autonomen Menschen zu glauben, das heißt also an jenen, der in der Lage wäre, sich selbst zu erlösen. Wenn man von der Überlegung ausgeht, daß der Mensch nicht autonom ist, dann ergibt sich natürlich notwendigerweise eine Vorstellung von der Welt, eine Ord-

(Messner [CSU])

nungsvorstellung für diese Welt, die ganz erheblich von der Vorstellung jener abweicht, die glauben, daß man qua Intellekt in der Lage sei, an der weiteren Entwicklung des Menschen und seines Bildes beteiligt sein zu können.

Wenn überhaupt, so kann meine Partei den Staat nur begreifen als eine **Notordnung Gottes**. Diese Notordnung Gottes jungen Menschen in einer Weise zu interpretieren, daß Mißverständnisse mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können, ist zugegebenermaßen sehr, sehr schwer. Die jungen Menschen, die rebellieren, die ich nicht nur in den Reihen der Studenten sehen möchte und die auch nicht nur in den Reihen der Studenten zu verifizieren sind, sehen sich doch folgender unwiederholbarer einmaliger gegenwärtiger Situation gegenüber: Im Bereich der Theologie, in der historisch-kritischen Forschung sind uns Neuigkeiten im echtsten Sinn des Wortes auf Grund der kritischen Forschung zuge wachsen, die es durchaus verständlich machen und verständlich erscheinen lassen, daß der eine oder der andere noch nicht im gesicherten Bereich des Glaubens sich aufhaltende junge Mensch zu Zweifeln genötigt wird, die er selber nicht zu vertreten hat, sondern die wir heraufbeschworen haben.

Ich will nur einige wenige Beispiele geben, um zu verdeutlichen, was ich meine, wobei ich Sie um freundliche Nachsicht bitte, daß ich mich kurz fassen muß, damit wir den heutigen Abend nicht allzu lange hier verbringen müssen. Denken Sie an zwei gravierende Beispiele: Die historisch-kritische Schule hat einwandfrei herausgearbeitet, daß beim Prozeß Jesu der häufig apostrophierte Hohe Priester Kaiphas bereits 70 Jahre zuvor gestorben ist. Das ist ein Faktum, das unbestritten ist und das es natürlich nicht gerade einfach macht, zu glauben, daß die uns dargebotenen Quellen unkritisch und solid zu übernehmen sein sollten.

Das zweite Beispiel: Wenn heute ein junger Mensch im Religionsunterricht mit der Tatsache konfrontiert wird, daß das Neue Testament nicht von den Jüngern Jesu, sondern von Redakteuren — ehrenwerten Redakteuren! — stammt, die Christus nicht mehr persönlich begegnet sind, sondern ihre Berichte aus zweiter, möglicherweise aus dritter Hand bezogen haben, wenn er also mit einer solchen Bewußtseinslage konfrontiert wird, bedeutet das seelische und natürlich auch intellektuelle Erschütterung höchster Potenz. Der junge Mensch wird von uns erzogen, präformiert, geformt, geprägt im Blick darauf, daß er gehalten ist, die Wirklichkeit zu verändern. Bitte, vergessen Sie nicht, Politiker sind aufgerufen, die Wirklichkeit zu verändern. Sie geben diesen Aufruf weiter. Was heißt das aber? Die Wirklichkeit verändern heißt doch, sich für die Gegenwart mit der Vergangenheit sorgfältig genau, differenziert und kritisch auseinanderzusetzen. Da kann man nicht schwarzweiß malen, da muß man sich Mühe geben. Wenn diese Wirklichkeit verändert werden soll, immer im Blick darauf, daß sie von einem Menschenbild und

von einer Anschauung der Welt getragen ist, die glaubt, daß es Ordnungsvorstellungen Gottes in dieser Zeit zu verwirklichen gilt, dann heißt das nicht mehr und nicht weniger, als daß der junge Mensch im Grunde genommen zunächst den Zweifel und der Kritik ausgeliefert wird. Ich bin mit Herrn von Knoeringen völlig in Übereinstimmung, wenn er von der Überlegung ausgeht, daß ein Politiker, der sich seiner Sache jederzeit sicher ist, mit Sicherheit kein sonderlich guter Politiker sein kann. Das heißt aber nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nicht auch, wie Martin Luther es einmal genannt hat, tapfer gehandelt, sogar gesündigt werden muß. Luther hat es einmal vermocht zu sagen, die Fürsten dieser Welt müßten mehr sündigen als der normale Mensch. Lassen Sie mich eine Transfiguration zur gegenwärtigen Verantwortung von Politikern auch in diesem Hohen Hause herausstellen und sagen: Sicherlich sind wir gehalten, kritisch zu sein, meditativ und reflektiv zu überlegen, welches Handeln das rechte sein kann. Aber ebenso sind wir gehalten, tapfer zu handeln und notfalls zu sündigen, wenn auch sicherlich nicht so, wenn Sie mir ein etwas journalistisch verfremdetes Beispiel gestatten darzustellen.

(Unruhe)

Dieses Beispiel lautet; wenn Sie vielleicht noch einen Augenblick zuhören, wäre ich dankbar: Wenn eine Person einen Polizeibeamten schlägt — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hanauer: — Ich wollte Ihnen nur Gehör verschaffen.

Messner (CSU): Ich bedanke mich sehr, Herr Präsident. Ich darf mir erlauben, den Satz zu wiederholen: Wenn eine Person einen Polizeibeamten schlägt, so handelt es sich um Körperverletzung; wenn 50 Personen das gleiche tun, handelt es sich um eine Demonstration!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Demonstrationen, mit denen auseinanderzusetzen uns aufgegeben ist, sind — bitte übersehen Sie das nicht, und es ist verschiedentlich bereits darauf hingewiesen worden — meinem Verständnis zufolge im Grunde genommen nur das Vehikel, auf dem sich in Wirklichkeit etwas anderes vollziehen soll. In Wirklichkeit wünscht eine ganz stattliche Anzahl von Demonstranten, daß dieser Staat, und zwar dieser parlamentarische Rechtsstaat, abgelöst wird. Die „New York Times“ hat am Freitag der vergangenen Woche einen, wie ich glaube, sehr interessanten Vergleich gezogen. Sie sagte nämlich, nach 1945, nach Kriegsende, hätten sich die Deutschen, Junge, Mitteljunge und Ältere, mit Respekt, Entschlossenheit, Zähigkeit und auch Demut bemüht, eine Demokratie in diesem Lande zu verwirklichen. An dieser Verwirklichung der Pläne waren Studenten nicht unwesentlich beteiligt, schon deshalb nicht, weil sich eine stattliche Anzahl von ihnen heute als Abgeordnete in den verschiedenen Landesparlamenten und im Bundsparlament, etwa in meinem Jahrgang, aufhält und Verantwortung trägt. Wenn man, so fährt die „New York Times“

(Messner [CSU])

fort, die Situation heute zu analysieren versucht, hätte man den Eindruck, daß es sich darum handle, daß die Studenten, und zwar die Radikalen unter ihnen, im Grunde genommen den Versuch machen, einen utopischen demokratisch-sozialistischen Staat an die Stelle des parlamentarischen Rechtsstaates zu setzen, der einer marxistischen Prägung nicht ermangle.

Das heißt also, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Grunde genommen könnte man wiederum auch journalistisch sagen: Es ist manchem jungen Menschen in diesem Staat offenkundig zu langweilig, der Bewegungsspielraum zu eng. So scheint es. Es wird dabei aber übersehen, daß der Bewegungsspielraum sehr wohl gegeben ist, daß er aber natürlich mit Engagement zu bezahlen ist, mit einem Engagement an Zeit und Geld, mit einem Engagement nicht selten auch von physischer Kraft und physischem Einsatz.

Meine sehr verehrten geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine Frage: Dutschke und Freunde glauben daran, daß der Mensch sich selbst erlösen kann. Ich möchte meinen, daß man diesen Glauben noch verstehen kann, wenn man ihr Alter in das Kalkül nimmt. Ich meine aber auch andererseits, daß es notwendig wäre, ihnen darzustellen, welche Rolle ein verantwortungsbewußter — gleichgültig, in welchem Lager er sich befindet, wenn er sich nur im demokratischen Lager aufhält — junger Mensch spielen könnte. Es wird nicht selten von den Parteien — und ich glaube, nicht zu Unrecht — geklagt, daß die Talente spärlich gesät seien, daß nur wenige über vieles entscheiden, daß die Delegation der Verantwortung auf einzelne und deren Machtzuwachs enorm steige und wachse. Ich frage mich, wenn solche Klagen vorgetragen werden, immer wieder: Warum ändert Ihr es nicht? Ihr werdet es sicher nicht in der antiparlamentarischen Opposition ändern können, Ihr werdet es nur ändern können, wenn Ihr bereit seid, in die bestehenden demokratischen, auf dem Boden des Rechtsstaates sich befindlichen Parteien einzutreten,

(Beifall bei der CSU)

dort Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und nicht gleich zu glauben, wenn man ein bißchen andienen muß, daß das unter der Würde eines jungen Menschen sei. Es soll 21jährige Abiturienten geben, die, wenn man sie frage, was sie sich vorstellen, zunächst einmal rückfragen, wann und wie hoch denn eine Pension zu erwarten sei. Wenn dieses Leben, meine sehr verehrten Anwesenden, risikolos verlaufen, ohne irgendwelche Hypotheken vonstatten gehen soll, dann ist es in der Tat langweilig. Das muß es allerdings nicht.

Lassen Sie mich noch einige wenige Worte zu den geäußerten Vorwürfen — oder sollte man höflicher und liebenswürdiger „Vorhaltungen“ sagen — z. B. gegen den Herrn Kultusminister sagen.

(Abg. Sichler: Ist schon gesagt worden!)

— Ich möchte meinen, in einer Wiederholung liegt eine gewisse Kraft, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich sagen, daß der Herr Kultusminister, gerade auch mit den Kollegen unserer Fraktion, in den vergangenen Monaten ernste und sorgfältige Gespräche geführt hat, wie man denn die Schwierigkeiten im Hochschulbereich auf Dauer beseitigen könne, wohl wissend, daß diese Schwierigkeiten nicht nur sehr sorgfältig bedacht werden sollten, sondern von der Analyse her auch einer gewissen Reflexion zu unterziehen sind. Es nützt nichts, wenn man sagt, wir wollen eine Beteiligung, ein Mitspracherecht bei der Berufung von Professoren. Es nützt nichts, wenn man sagt, wir wollen beteiligt werden bei der Frage des Studienganges. Es nützt auch nichts, wenn man die Professoren, die sich sicherlich nicht selten — das war schon zu meiner Zeit so — manchmal als Halbgötter gebärden, ein wenig von ihrem Thron in die richtige Ausgangslage bringen will, wenn man nicht gleichzeitig klar und deutlich den Versuch unternimmt, eine Rangfolge herzustellen, die zugleich sichterstellt, daß nicht die Majorität der Lernenden die Minorität der Lehrenden sozusagen majorisiert.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, machen wir es uns klar und sagen wir es deutlich, daß sich ein Student im zweiten und dritten Semester natürlich anmaßt, aber, ich glaube, zu Unrecht anmaßt, darüber ein Urteil zu haben, wer auf welchen Lehrstuhl gehört.

In der Frage der **Ingenieurschulen** haben wir, wie Sie wissen, bereits recht handfeste Ergebnisse zu erwarten, die dieses Hohe Haus in absehbarer Zeit beschäftigen werden — ein weiterer Beweis dafür, daß bei uns zu Lande Offenheit durchaus vorhanden ist.

Ein letzter Satz sei mir gestattet — und dies nur mit Rücksicht auf die Zeit —; ich würde mich sehr gern noch ein wenig mit Herrn von Knoeringens Philosophie und Metaphysik der Politik im 20. Jahrhundert im Blick auf die Verantwortung für morgen auseinandersetzen. Vielleicht kann man das zu gegebener Zeit machen und sich vorher auch noch besser vorbereiten. Ich freue mich ganz herzlich und habe Anlaß, dem Herrn Bayerischen Ministerpräsidenten dafür zu danken, daß er sich ohne Umstände und innerhalb kürzester Frist bereit erklärt hat, bei einer Veranstaltung der CSU mit Studenten zu sprechen, wobei der Herr Ministerpräsident als Bedingung allein ein Minimum an Wohlerzogenheit gefordert hat.

(Beifall bei der CSU)

Insofern findet also der Dialog mit denen, die man als junge Rebellen bezeichnen dürfte, durchaus statt. Er sollte sich aber nicht auf der Oberfläche aufhalten, sondern zu den Tiefen vorstoßen und in den Blick nehmen, daß wir uns nicht am Festhalten an den Grundsätzen jenes parlamentarischen Rechtsstaates beirren lassen dürfen, von denen der Herr Staatsminister des Innern, wie ich

(Messner [CSU])

glaube, zu Recht, behauptet hat, daß er zu keiner Zeit in den vergangenen heißen Frühlingstagen gefährdet gewesen wäre. Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Ich darf mich zunächst bei den Kollegen, die sich zu Wort gemeldet hatten, aber ihre Wortmeldungen im Interesse des gesamten Hauses zurückgezogen haben, sehr herzlich bedanken,

(Beifall)

und ich darf mich bei den drei weiteren Rednern dafür bedanken, daß sie sich einer freiwilligen Beschränkung auf etwa 5 Minuten unterworfen haben.

Als erster Herr Kollege Pöhlmann!

Dr. Pöhlmann (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese fünf Minuten, die allerdings nur vom Herrn Präsidenten loyalerweise „in etwa“ angegeben wurden, hatte ich vorhin auf zehn Minuten bemessen. Aber ich will mich wirklich so kurz fassen, wie es mit Rücksicht darauf, daß der Herr Ministerpräsident noch zeitgerecht zu Wort kommen will, möglich erscheint.

Es ist nach den Ausführungen des Herrn Herrmannsdörfer von einigen Rednern etwas zum Ausdruck gekommen, was vollkommen absurd ist; und zwar etwas in der Richtung, daß die NPD keine klare Haltung zu diesen Gewaltakten einnehme. Ich darf dazu nur sagen, wir haben sofort ein entsprechendes Schreiben an den Herrn Innenminister und einen entsprechenden Antrag an das Landtagsamt gerichtet. Nur den will ich zitieren, wenn es erlaubt ist:

Die Staatsregierung wird ersucht, unter nachdrücklichster Anwendung der bestehenden Gesetze alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Angriffe linksradikaler Elemente gegen geschützte Rechtsgüter und gegen die Staatsordnung schlechthin zu unterbinden.

Ich möchte meinen, daß in dieser Richtung nichts mehr gesagt werden muß.

Ich habe schon zu einem früheren Zeitpunkt gesagt: Demonstrationsfreiheit — eine Selbstverständlichkeit, aber niemals eine Randalierfreiheit! Und zur Anwendung von Gewalt — das ist verschiedentlich zum Ausdruck gekommen — glaube ich, daß es keiner besonderen Hervorhebung bedarf, wenn wir das sagen, was der Kollege Seidl erklärt hat, daß es nämlich hier ein ideologischer Kampf sei. Dann müssen wir doch feststellen, daß das, was von Dutschke oder sonst jemandem im SDS hier herangetragen wird, in irgendeiner Form eine Art Speerspitze einer Ideologie aus dem Osten ist. Und da kann doch unsere Aufgabe nur sein, zu sagen, wollen wir hier retirieren, oder sagen wir: wir haben hier eine Staatsauffassung, die feststeht und die sich durchsetzen wird. Es ist doch vollkommen klar, daß wir beispielsweise — wenn ich diese

Einschaltung machen darf — eine verbotene KPD haben, also ein Parteiverbot, aber wir andererseits nicht sagen können, bei einer Richtung aus dieser Ecke, die jetzt sogar die Gewalt predigt, legen wir einen zurückhaltenden Maßstab an — ich würde sagen: Alles, was mit Gewalt versucht, die Ordnung des Staates anzugreifen. Das möchte ich schon sagen, weil ich den Eindruck hatte, daß das etwas zerredet worden ist. Wir haben mehr erlebt, als sich jetzt vor unseren Augen bildlich gezeigt hat. Es waren doch wirkliche Straßenschlachten in unseren Städten. Bei dem Polizeieinsatz ging es doch nicht etwa nur darum, daß man etwa die Leute etwas wegtreibt, sondern es war ein ungeheurer Einsatz, eine Straßenschlacht — besser kann man es gar nicht ausdrücken. Und da muß ich sagen, da gibt es überhaupt keinen Weg zu einer Diskussion mit Leuten, die mit Gewalt diesen Staat umstürzen wollen, da gibt es nur eines, nämlich diesen Versuch der Gewalt unter allen Umständen unter schärfster Anwendung unserer gesetzlichen Möglichkeiten auszuschalten.

Dabei bin ich beim ersten Punkt, der hier in Rede stehen könnte. Von der letzten Rede des Herrn Innenministers bin ich insofern nicht befriedigt, weil offen geblieben ist, was der Anlaß dafür war, daß im Buchgewerbehaus alles kurz und klein geschlagen werden konnte, weil die Polizei, obwohl sie vom Pfortner und einem Bildredakteur schon vor 12 Uhr alarmiert war, erst mehr als eine Stunde später gekommen ist mit dem Ergebnis, daß einige Zeitungen geschrieben haben, die Polizei habe in München „toten Hund“ gespielt. Sie hat einfach nichts getan. Dazu vermisste ich eine befriedigende Erklärung. Die kann nicht darin bestehen — es erscheint mir sogar recht bedenklich, was der Herr Innenminister dazu gesagt hat —, daß er erklärt, man könne nicht immer eine Hundertschaft in Reserve haben. Das würde bedeuten, daß man selbst bei angekündigten Gewaltakten nicht davon ausgehen kann, daß rechtzeitig ein Schutz wesentlicher Rechtsgüter gewährleistet ist. Da frage ich mich wirklich, was soll denn jetzt geschehen, wenn so etwas nicht angekündigt ist. Ist es dann wirklich die letzte gültige Erklärung des Herrn Innenministers, daß er sagt, ja, wir können da nicht immer so rasch darauf vorbereitet sein, wenn so etwas eintritt, dann ist eben ein bestimmter Zeitablauf da. Wenn wir uns das in der praktischen Ausführung vorstellen, würde das heißen, daß man zuschauen muß, wie in einer Gewaltaktion größten Ausmaßes, wie wir es dort erlebt haben, zunächst alles kaputt geht — und dann sagt die Polizei höchstens, wir haben alles getan, was wir tun konnten.

Auch die Pauschalbezeichnung „Polizei“ scheint mir aufklärungsbedürftig. Von den Polizeibeamten, die in dieser Straßenaktion stehen, glaube ich sehr wohl, daß sie ihre Pflicht getan haben. Aber ich möchte meinen, daß man diese Polizeibeamten in einer ganz anderen Art und Weise in eine solche Situation hineinschicken sollte, nämlich mit einer absoluten Rückendeckung derer, die hinter ihnen stehen.

(Beifall bei der NPD)

(Dr. Pöhlmann [NPD])

Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten mit Studenten diskutiert. Das tun wir nun jeden Abend in Baden-Württemberg, wie Sie vielleicht auch. Ich habe auch mit Polizeibeamten gesprochen, die dort dabei waren. Es ist kein Geheimnis, daß diese Polizeibeamten zu einem erheblichen Teil das Gefühl hatten, daß die politische Führung der Polizei nicht so hinter ihnen stand, wie das notwendig gewesen wäre. Eine ganz kleine Sache: Schauen Sie, die SDS-Führung hat den eigenen Leuten empfohlen, Helme aufzusetzen, damit also, wenn etwas darauffällt, das nicht so schlimm ist. Aber unsere Polizeibeamten schickt man nach wie vor mit der Mütze dorthin, mit langen Hosen, mit Halbschuhen, vollkommen unzureichend ausgerüstet. Wenn ein Privatmann irgendeine schwere Tätigkeit macht, tut er sie auch nicht im Sonntagsanzug. Ganz abgesehen von der psychologischen Situation, die doch auch von Bedeutung ist.

Ich sehe schon eine Flamme; darf ich fragen, ist's die Fünfminuten- oder Zehnminuten-Flamme?

(Zuruf: Zehn Minuten!)

Was ist künftig zu tun? Es fällt mir jetzt sehr schwer, das noch in wenigen Sätzen zu sagen. Gegen die Gewalt mit allem Nachdruck vorzugehen! Aber im übrigen sind, was ich schon wiederholt festgestellt habe, die Ursachen auszuräumen! Und da erinnern Sie sich bitte an unsere Debatte zur politischen Bildung und daran, was ich damals gesagt habe. Fangen wir einmal nicht bei den Leuten an, die man heute „Dutschkisten“ nennt, sondern fangen wir bei unseren Schülern an, die jetzt noch klein sind, und fragen wir uns: Wie ist es möglich, daß daraus eine solche Opposition diesem Staat erwächst? — Politische Bildung an den Schulen, eine wirkliche Erziehung für diesen Staat, wie es in der Verfassung steht, in der Liebe zur Heimat und zum Deutschen Volk! Studenten wünschen wir uns, die auf die Barrikaden gehen, für deutsche Probleme! Das wäre eine Studentenschaft, die wir erwarten, und nicht eine, die dagegen demonstriert!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. von der Heydte.

Dr. Dr. von der Heydte (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar kurze Bemerkungen aus der Sicht des Hochschullehrers: Ich bitte zunächst, in allen Debatten doch nicht von den Studenten schlechthin zu sprechen; es sind nicht die Studenten insgesamt, die demonstrieren.

(Zuruf von der CSU: Ein kleiner Teil ist es!)

Es ist eine ganz kleine Gruppe. Als Hochschullehrer, der die Studenten kennt — der diese Studenten besser kennt als mancher Demoskop — verwahre ich mich gegen ein solches Pauschalurteil ganz energisch! Es ist auch kein „**revolutionärer Kern**“ in dieser Studentenschaft vorhanden! Es handelt sich um Randerscheinungen. Diese Randerscheinungen werden erst dann gefährlich, wenn vom Kern her kein Widerstand geleistet wird.

Ein weiteres **Pauschalurteil** ist — ich zitiere den Kultusminister eines anderen Landes —, vom „Graben zwischen Professoren und Studenten“ zu sprechen. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, dieser Graben besteht nicht! Das Gespräch zwischen Professoren und Studenten ist nicht nur möglich, sondern es ist vorhanden. Der ganze Kern einer modernen Hochschule ist ja die Diskussion und liegt in diesem Gespräch: Ohne das ständige Gespräch gibt es heute keine moderne Universität; und dieses Gespräch geht auch über die Hochschulreform.

(Abg. Weishäupl: Es gibt doch viele Professoren, die keinen Kontakt zu ihren Studenten haben!)

— Richtig! Manche Professoren finden keinen Kontakt zu den Studenten, aber es gibt auch manche Studenten, die nicht zu den Professoren finden. Wir wollen aber hier keine Pauschalurteile abgeben.

Schließlich noch eine ganz kurze Bemerkung über das Wort von der **politischen Opportunität**. Auch das scheint mir ein sehr gefährliches Wort zu sein. Gleiche Anwendung der für alle geltenden Gesetze im Rechtsstaat kann niemals politisch inopportun sein! Diese Anwendung des Gesetzes ist auch keine polizeistaatliche Maßnahme, wie manche Zeitungen behaupten, denn der Polizeistaat beginnt erst dort, wo die Polizei sich über das Gesetz hinwegsetzt,

(Abg. Dr. Hoegner: Sehr richtig!)

oder vom Gesetz befreit ist, nicht aber, wenn sie im Dienste des Gesetzes steht! Auch das möchte ich ausdrücklich hervorheben.

Meine Damen und Herren, darf ich mit einer Bemerkung schließen: Die Diskussion hat, so scheint mir, gezeigt, daß wir alle erkannt haben, daß die Überwindung der gegenwärtigen Situation nicht die Angelegenheit einer Partei ist, sondern daß alle demokratischen Kräfte aufgerufen sind, diese Lage zu meistern. Wer die Situation benutzt, um billige parteipolitische oder auch nur persönliche Erfolge einzuheimsen, nach Popularität bei der studentischen Jugend zu haschen oder Ressentiments abzureagieren, verrät die gemeinsame Sache!

(Bravo! und Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Ich danke für die Kürze der Ausführungen.

Als nächster spricht der Herr Abgeordnete Schöfberger.

Schöfberger (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Niemand hat in diesem Hause während der Aussprache zur Interpellation den Rechtsbrechern, den Gewalttätern, den Umstürzern, den Anarchisten das Wort geredet. Niemand hat sich dem Verdacht ausgesetzt, er täte es versteckt oder offen. Niemand will den demokratischen Rechtsstaat schutz- und trutzlos einer Gefahr preisgeben, die wir alle erkannt haben. Soweit sind wir uns einig.

(Schöfberger [SPD])

Die Regierung des Freistaates Bayern hat vor Volk und Verfassung die Pflicht und Schuldigkeit auf die innere Sicherheit bedacht zu sein, die geplanten Aktionen rechts- und linksextremer Gruppen scharf im Auge zu behalten, Ausschreitungen und Straftaten zu verhüten und auf eine wirksame Aburteilung hinzuwirken. Auch über diese Notwendigkeit sind wir uns einig. Ich habe nicht die geringsten Zweifel, daß die Bayerische Staatsregierung diese Aufgaben mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln meistern wird. Wenn es aber nur darum gegangen wäre, meine Damen und Herren, das Arsenal der polizeirechtlichen, strafrechtlichen und verfassungsschützenden Mittel abzuschreiten, hätten wir unser Tagewerk eher vollbracht als fünf Minuten nach 1/2 8 Uhr.

Aus der ersten Antwort des Herrn Kultusministers geht hervor, daß er für eine Verbesserung oder „Verböserung“ des Disziplinarrechts an unseren Universitäten eintritt. Ich möchte mich ausschließlich mit der Frage des Disziplinarrechts auseinandersetzen, weil ich dieses Mittel für äußerst problematisch halte.

Ich bestreite nicht, Herr Kollege Dr. Seidl, daß der Ruf nach Zwangsexmatrikulation oder nach Stipendienentzug sehr populär ist, und daß man ihm näher treten kann. Manche Verfechter dieser Maßnahmen sagen, vielleicht mit Recht: Wie dumm ist dieser Staat eigentlich, daß er umstürzlerischen Studenten weiterhin seine Hochschulen öffnet und zur Verfügung stellt. — Ich bestreite auch nicht, daß von diesen disziplinarischen Maßnahmen eine gewisse abschreckende Wirkung ausgehen könnte. Man muß dabei allerdings bedenken, daß die Disziplinarstrafe selten allein steht, sondern meist im Verbund mit einer Kriminalstrafe einherschreitet. Bei der Schwere der Delikte, die mit empfindlichen Kriminalstrafen belegt sind, kann auch eine Disziplinarstrafe nicht mehr abschrecken. Heute wurde schon gesagt, daß bei einer gewissen revolutionären Einstellung eines Studenten die abschreckende Wirkung jeder Strafe verpufft. Student Teufel ist eben ohne viel Aufhebens in die Ordnungshaft gegangen. Überzeugungstäter, meine ich, lassen sich sehr selten abschrecken, wenn auch heute bezweifelt wurde, daß es sich um Überzeugungstäter handelt.

(Zuruf von der CSU: Das sind die wenigen, Herr Kollege!)

Aber darum geht es mir nicht ausdrücklich. Ich muß vielmehr auf die rechtsstaatlichen Bedenken gegen eine Ausweitung der Disziplinargewalt an den Universitäten zu sprechen kommen.

Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang und in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit etwas weiter aushole. Die Disziplinarstrafen der vorgesehenen Art und Härte, nämlich Zwangsexmatrikulation und Stipendienentzug, gleichen verdächtig den Kriminalstrafen, auch wenn das Bundesverfassungsgericht sagt, der Rechtssatz „ne bis in idem“ sei auf keinen Fall verletzt. Die Disziplinarstrafen haben sich erst im

Laufe eines Schrumpfungsprozesses, den das Strafrecht im 19. Jahrhundert durchmachte, vom Kriminalrecht gelöst. Sie sind zwar formell nicht mehr Kriminalstrafe, aber ihrer Wirkung nach sind sie es sicher. Es ist eine tatsächliche Doppelbestrafung, wenn man heute irgendeinen Vorfall, irgendein Delikt, sowohl kriminalrechtlich als auch disziplinar ahndet.

Es handelt sich ja auch der Wirkung nach um eine Doppelbestrafung, wenn zum Beispiel der Beamte zuerst zu Gefängnis verurteilt wird und dann seine Beamtenstellung auf Lebenszeit verliert und sich einen anderen Beruf suchen muß.

Das Wesen des Disziplinar-„Unrechts“ liegt in einer berufs- und standesethischen Treuebindung begründet. Ich möchte den Herrn Kultusminister fragen: Wo ist im Hochschulbereich eigentlich diese berufs- und standesethische Treuebindung zu sehen? Besonders dann, wenn der Student bestraft werden soll, nachdem er außerhalb des Hochschulbereiches etwas pexiert hat. Ich selbst will für die Studenten außerhalb des Hochschulbereiches keine Sonderrechte, aber auch keine Sonderpflichten. Ich bin der Ansicht, daß das Kriminalstrafrecht ausreicht. Wenn wir uns darauf verstehen, so könnte etwa § 48 des Bundesbeamtengesetzes in ein kommendes Hochschulgesetz eingebaut werden. Danach verliert der Beamte, wenn er etwa zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und mehr verurteilt wird, die Beamteneigenschaft automatisch. So könnte man das mit der Zwangsexmatrikulation auch regeln. Darüber hinaus glaube ich aber, daß das Disziplinarrecht geeignet ist, tatsächliche Doppelbestrafungen einzuführen.

Das Disziplinarrecht kann nur der Pflichtenmahnung dienen, niemals aber im Hochschulbereich der Vergeltung und ganz sicherlich auch nicht der Selbstreinigung. Denn allzuleicht würde man einen Studenten, der aus einer Jugendsünde heraus ein Vergehen oder Verbrechen begeht, zeitlebens von seinen Berufsausbildungsmöglichkeiten ausschließen.

Das Bundesverwaltungsgericht gibt mir recht, wenn es beim Fall des Masurenschlagens und des Farbentragens sagt: So etwas spielt sich außerhalb der Universität ab und kann deshalb disziplinarisch nicht geahndet werden.

(Zuruf von der CSU: Aber die Demonstration!)

— Ich will jetzt nicht das Masurenschlagen mit Demonstrationen verwechseln. Aber wenn man der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts überhaupt folgen will, muß man konsequent sein und das Disziplinarrecht auf universitätsinterne Vorgänge beschränken.

Ein schweres Bedenken möchte ich zum Schluß vortragen. Eine Zwangsexmatrikulation würde in die Freiheit der Wahl der Ausbildungsstätte eingreifen, und diese Freiheit ist nun einmal grundgesetzlich gesichert, nämlich in Artikel 12. Diese Freiheit kann natürlich eingeschränkt werden, aber nur auf Grund eines Gesetzes — nach dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit. Solange wir kein Hoch-

(Schöfberger [SPD])

schulgesetz haben, muß ich fragen: Wo ist das Gesetz, nach dem wir diese Freiheit einschränken könnten? Die Disziplinarordnung der Universität ist zwar Satzungsrecht, autonomes Recht, aber doch kein vom Parlament erlassenes Gesetz, also auch keine Grundlage für die Verhängung von Disziplinarstrafen, die das Grundrecht im Rechtsstaat beeinträchtigen, wenn wir der Verfassung treu sein wollen.

Was wir sicher nicht tun können, ist der Rückgriff auf das sogenannte besondere **Gewaltverhältnis**, auf Anstalts- und Hausstrafen. Das, glaube ich, entspricht nicht der modernen Auffassung von der Universität. Wir dürfen also in Disziplinarmaßnahmen, besonders in der Zwangsexmatrikulation, kein Heilmittel sehen. Es geht um die Bekämpfung von Gewalttätigkeiten — ja! Aber ich glaube, wir müssen uns andere Mittel überlegen als dieses voreilig herangezogene Mittel der verschärften Disziplinarmaßnahmen, insbesondere das der rechtswidrigen Zwangsexmatrikulation. Ich glaube, daß das kein Mittel ist, das uns weiterhilft.

(Zuruf von der CSU: Welche Abhilfe schlagen Sie vor?)

— Ich hätte gern mehr gesagt, wenn mir die Zeit geblieben wäre; aber das Licht hat ja ständig aufgeleuchtet.

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Staatsminister Dr. Huber: Ich werde mich sehr kurz fassen. Aber es sind Fragen an mich gestellt worden, und ich fühle mich deshalb verpflichtet, darauf zu antworten. Es ist von einer **Verböserung des Disziplinarrechts** gesprochen worden. Es geht nicht um eine Verböserung des Disziplinarrechts, sondern es geht schlicht und einfach darum, die bestehenden Disziplinausschüsse funktionsfähig zu erhalten und sie vor einer Lahmlegung zu schützen. Sie sprachen auch, Herr Kollege Schöfberger, von einer berufs- und standesethischen Treuebindung; das war die von Ihnen gebrauchte Formulierung. Ich möchte dazu sagen: Es gibt eine Gemeinschaft der Lehrenden und der Lernenden an den Universitäten. Die Studenten verlangen mehr Rechte, und ich bin bereit, über eine Verbesserung der Rechtsposition der Studierenden in den einzelnen akademischen Gremien durchaus in Gespräche einzutreten. Aber wenn es eine Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden gibt, wenn eine Verbesserung der Rechte der Studenten verlangt wird und, meine Damen und Herren, wenn der Steuerzahler für jeden einzelnen Studenten im Durchschnitt 10 000 DM ausgibt, dann, glaube ich, sollte man neben dem Recht auch von Pflichten reden.

(Beifall bei der CSU)

Ich muß die Frage stellen: Will man denn das Disziplinarrecht in Zukunft im Ernst auf die Ausübung von Hausrechten — fast hätte ich wieder

gesagt: Hausmeisterrechten — in den Universitätsgebäuden beschränken? Ich muß die Frage sehr klar und deutlich stellen: Will man, daß in der Zukunft gegen keinen Studenten mehr etwas unternommen werden kann, der sich als Verfassungsumstürzler oder als Gewalttäter außerhalb des Universitätsgebäudes betätigt? Wenn man das will, möge man das offen sagen. Ich muß Ihnen sagen: Ich halte das Disziplinarrecht — ich will keine Verschlechterung des Disziplinarrechts, sondern ein Wirksambleiben seiner Möglichkeiten — rechtlich für möglich, und weil es rechtlich möglich ist, muß ich gerade in dieser Stunde sagen: Ich halte es im Interesse des Staates auch für notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Goppel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst, was mir sicherlich nicht ansteht, darauf hinweisen, daß dieser Nachmittag, wie ich glaube, eine große Stunde auch unseres Parlaments gewesen ist.

(Beifall)

Ich möchte allen Diskussionsteilnehmern und auch den Zuhörern danken, daß wir diese Angelegenheit, die sicherlich den Staat nicht erschüttert hat, die uns aber doch alle irgendwie in Spannung versetzt hat, in dieser Würde und mit diesem Ernst behandelt haben. Ich darf zusammenfassend wohl sagen, daß die Diskussion und die Antworten der Herren Minister eindeutig ergeben haben, daß die **Sicherheit im Staat** gewährleistet ist, und zwar auch in den Fällen, Herr Kollege Pöhlmann, die Sie angesprochen haben. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß wir natürlich nicht auf unmittelbar und kurzfristig angekündigte größere Aktionen sofort alle Bereitschaftspolizei einsetzen können, daß aber der Polizeiapparat in den Gemeinden und beim Staat so steht und so vorbereitet ist, daß er jederzeit in diesen schweren Fällen eingreifen kann, wie er es auch bewiesen hat. Ich glaube, Sie erlassen es mir, daß ich auf Ausrüstungsfragen näher eingehe. Das ist eine Angelegenheit von Ausschüßberatungen und sonstigen Gelegenheiten, bei denen wir uns damit befassen.

Ich möchte sagen: Die Sicherheit des Staates ist gewährleistet. Auch die Justiz — das haben wir gesehen — ist in der Lage, dem Gesetz Beachtung zu verschaffen und gegen Gewalttäter rechtzeitig, wenn Sie wollen beschleunigt, und nachhaltig einzugreifen.

Ich darf gerade im Anschluß an die letzte Diskussion zwischen dem Kollegen Schöfberger und dem Kultusminister darauf hinweisen, daß nach der übereinstimmenden Meinung dieses Hohen Hauses die Universitäten auch dafür verantwortlich sind, daß ihre Mitglieder unter Beachtung aller akademischen Freiheit und aller menschlichen und staatsbürgerlichen Rechte die gute Ordnung innerhalb und außerhalb der Universität einhalten.

(Beifall bei CSU und SPD)

(Ministerpräsident Goppel)

Ich hätte dem nun fast nichts mehr hinzuzufügen, ich möchte aber doch eins sagen: Nach dieser rein tatsächlichen Feststellung sollten wir noch einmal an all jene Beamten denken, die an diesen Feiertagen, während andere in Erholung und in Ferien fuhren, unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gearbeitet und sich eingesetzt haben, um diesen unseren Staat, der ja unser aller Staat ist, vor solchen Gewalttätigkeiten zu schützen. Ich möchte auch hier von der Staatsregierung her allen nochmals ein Wort des Dankes und der Anerkennung sagen, wie ich es schon getan habe.

(Beifall von CSU und SPD)

Ich möchte diesem Dank aber auch die Überzeugung anfügen, daß wir nicht pauschal von den Studenten gesprochen haben und sprechen, sondern daß wir sehr wohl — das ist bei allen Rednern zum Ausdruck gekommen — den Kern, den Vorraum und den großen Raum zu unterscheiden wissen. Das muß auch gesagt werden, weil sicherlich die Mehrzahl und sogar die allermeisten der Studenten bei den Dingen nicht mitwirken. Vielleicht sollten sie aktiver dagegenwirken; aber das ist keine Sache, die hier und heute zu behandeln wäre.

Ich möchte ein Drittes anfügen. Ich schließe mich insoweit auch den anderen Rednern an, und ich stimme mit Herrn von Knoeringen überein, daß es in diesem Augenblick gar nicht mehr um die Fragen der Hochschulreform oder um andere inneruniversitäre Angelegenheiten ging und geht. Sonst müßten auch die Äußerungen all jener, die heute den Umsturz, die Rätezeit, die Direktationen und die unmittelbare Demokratie und wie diese Markuseianismen alle heißen, vertreten, etwas anderes sagen. Sie haben aber im Gegenteil auf direkte Fragen, ob ihnen damit schon abgeholfen wäre, genau das Gegenteil gesagt. Damit sind sie nicht zufrieden. Es geht denen ja meist auch gar nicht um das Studieren, sondern um andere Dinge, die sie ausüben wollen, aus welchen Gründen, das wollen wir im Moment einmal dahingestellt sein lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wofür ich aber heute ganz besonders dankbar bin, ist doch der im wesentlichen geglückte Versuch, den Dingen an die Wurzeln zu kommen und auch einmal uns bewußt zu machen, was denn nun eigentlich der Grund für diese Dinge ist. Es ist die Aussage gekommen, **unsere Bildung habe versagt**; denn sonst hätte das Ergebnis unserer staatspolitischen Erziehung in unseren Schulen nicht eine solche Sache sein können. Ich glaube, man sollte auch das gar nicht in dem Sinne sagen, sonst müßte ja unsere ganze Jugend — ich weiß nicht zu wieviel Tausenden und Millionen — auf die Straße gehen. Ich glaube, das ist eine Behauptung, die hier nicht stehen bleiben kann, Herr Kollege Pöhlmann.

(Abg. Dr. Pöhlmann: Unpolitisch, allgemein!)

— Sie haben die politische Bildung angesprochen. Ich muß das wieder zurückdressieren.

Viel interessanter war wirklich das, was Herr von Knoeringen aufgezeigt hat. Meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren! Ich habe nur eines bei den ganzen Ausführungen auch des Herrn Kollegen Herrmannsdörfer nicht verstanden, daß er sich nämlich so sehr mit den Vorwürfen und Inkriminationen dieser ganzen Gruppe identifiziert und gesagt hat, darin läge doch eigentlich der Grund.

(Beifall)

Ich sage das jetzt nicht, weil ich diese letzten Minuten zerreden will, aber ich meine, wir sollten als Demokraten, die wir hier stehen und Verantwortung tragen, uns allezeit auch bewußt sein, daß man diese Dinge so nicht in die Objektivität schieben kann. Denn wer macht den Staat unglaubwürdig? — Doch der, der ihn nur kritisiert, der den Weg nicht geht, den die Verfahrens- und Verhaltensordnung vorschreibt, nur der, der immer sagt: Ihr habt versagt und ihr habt dies nicht getan, und laßt uns mal ran! Hier meine ich, sollten wir auch die Barriere ziehen. Und dann würde ich bitten — nicht um jetzt zu tadeln und zu klagen, sondern nur deshalb, damit wir nicht in falsche Identifikationen kommen. Wo ist denn dieser Staat, und das frage ich, im ganzen Bewußtsein, im Verfahren und im Ergebnis denn wirklich so unglaubwürdig, daß man ihn ablehnen muß.

(Beifall bei SPD und CSU)

Ich frage: Wer wird manipuliert? Wer hat keine Möglichkeit, sich in diesem Staat zu betätigen? Eben ist Herr Kollege Schöffberger noch hier aufgestanden und hat gesagt, er wolle noch nicht einmal das Disziplinarverfahren für Vorfälle außerhalb der Universität. So wenig wird hier an eine Manipulation, an ein Einschränken der Rechte gedacht, die uns allen von uns selbst gegeben sind. Ich würde also diese Dinge, vor allem gerade angesichts der Tatbestände zurückschrauben, Herr Herrmannsdörfer. So kann man nicht sagen: Wir haben mit euch nichts zu tun! Wir wollen genau das Gegenteil, aber was ihr sagt, ist vollständig richtig und darum machen wir es jetzt. Und jetzt kommt der berühmte Vorwurf; den zu Herzen zu nehmen ich Sie bitte, daß man immer sagt: es schaukle sich rechts und links gegenseitig hoch. Hier Vorsicht für alle Demokraten am Platze sein zu lassen, möchte ich Sie auch bitten!

Nun etwas Weiteres: Ich glaube, wir sollten das, was Herr von Knoeringen von den geistigen Ursachen dieser unserer Lage gesagt hat, sehr stark zu Herzen nehmen. Ich glaube nämlich wie er, daß eines der wesentlichsten Elemente bei dieser unserer Jugend die Tatsache ist, daß sie keinen sicheren Wegweiser in die Zukunft hat, daß sie Angst hat und daß sie selbst unsicher ist. Gerade deswegen — er hat es „Irritation“ genannt, sie ist irritiert, aufgehetzt, unruhig, unsicher —, gerade deswegen trete sie mit diesem Absolutheitsanspruch auf, weil sie es sich selbst erst einmal so laut vorsagen muß, daß, was sie will, richtig ist. Daher kommt ihre ganze Absolutheitshaltung und ihr Anspruch, daß sie das einzig Richtige habe. In diese Angst hinein geht die ganze Sache. Ich stimme Ihnen vollständig bei: Wir können uns, Herr Kollege Messner und Herr von Knoeringen, natürlich über die Wurzeln unterhalten. Wir kön-

(Ministerpräsident Goppel)

nen aufzeigen, woher das alles kommt, wie enthöhlt, wie entleert alle unsere Begriffe geworden sind. Irgendwo aber hat sich dieser Staat, wir, mit all den Rechten und Pflichten eine Verhaltensordnung und Verfahrensweise gegeben, mit der wir weiterkommen können. Sie können sagen, das stamme aus dem 19. Jahrhundert, das seien noch die Überbleibsel irgendeines liberalen, bourgeoisen oder bürgerlichen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit. Aber manchmal hat Herr von Knoeringen auch die Geschichte seiner eigenen Partei übersprungen. Das ist kein Vorwurf. Ich nehme es so, weil Gott sei Dank die Erkenntnis da ist, daß man nicht alles einfach auf mechanistische Unterbauten und Oberbauten, auf Wirkungen von allen möglichen Verwissenschaftlichungen zurückführen kann, sondern weil wir heute als Menschen in diesem Staat einzeln und in der Gemeinschaft gefordert sind, und das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU und SPD)

Da bin ich auch der Meinung, daß es nicht mehr um überlebte Wertordnungen geht — ich habe es mir aufgeschrieben —, sondern daß wir gerade herausgefordert sind, nun wenigstens das Letzte zu halten, was uns menschlich in dieser sicherlich zu befürchtenden Manipulationszeit bevorsteht. Das kommt nicht nur von Computern her, das kommt nicht nur von all den kybernetischen Maschinen- und Regleranlagen her, die erdacht werden. Das kommt auch von der rein medizinischen und biologischen Seite her, wo man anfängt, nun in die letzten Geheimnisse mit Laser-Strahlen und Mikroskopen einzudringen und den Menschen an seinen Genen zu verändern, damit wir dann den wirklich programmierten Menschen einmal haben könnten. Hier setzt unsere Verantwortung als Politiker gegenüber der Wissenschaft und die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber dem Menschen ein, um dies lebendig zu machen.

(Beifall bei SPD und CSU)

Und dies alles auch in dieser Gemeinsamkeit, für die ich Ihnen danke, Herr von Knoeringen, daß Sie sie so dargestellt haben. Haben wir jetzt vor 50 Jahren so dumm geredet oder vor 10 Jahren noch dies gefordert, so geht es heute wirklich um unsere Mitbürger, um unsere Mitmenschen. Dafür danke ich Ihnen. Das ist der Ansatzpunkt, den wir haben müssen. Dann bleibt doch wohl eines, daß jeder Mensch dafür verantwortlich ist, sich selbst zu verwirklichen, daß er das aber nicht kann, indem er seinen Nebenmenschen unterdrückt. Hier setzt sofort die Reaktion, die Gegenaktion von Gewalt, von Recht und von Macht ein. Das meine ich sollte diese Stunde für uns alle mitbringen, daß wir die rechtmäßige Macht, die wir brauchen, nicht in Gewalt ausarten lassen, sondern daß wir sie mit dem Rechte führen und anwenden. Dann, davon bin ich überzeugt, geht auch unsere Jugend mit, dann können wir diese Leere ausfüllen, die sicherlich vorhanden ist, die auch in übertriebenen Konzernen sich ausdrücken kann, wo jeder nicht mehr aus und ein kann. Das fängt aber nicht erst bei den Verlagsdingen an, das fängt unter Umständen schon

beim Belegen von Wohnungen und beim Vergeben von Aufträgen und all diesen Dingen an.

Wir sind also alle wirklich aufgefordert, in aller Offenheit und Rechtllichkeit dem Recht zu dienen und der Gemeinschaft. Herr von Knoeringen hat nach den politischen Formen gesucht. Ich habe es nun nicht mehr allein gewußt, ich habe mich bei dem Professor erkundigt. Er hat es mir richtig gesagt. Wir sollten die uralte römische Formel uns wieder vor Augen halten, die da lautet: Gerechtigkeit ist der fortdauernde Wille, Gott zu verehren, dem Staat zu dienen, selbst gerecht zu leben und jedem das Seine zuzuteilen.

Wenn wir in dieser Stunde mit diesem Grundsatz als politische Formel in die Zukunft gehen, dann ist mir weder vor Polizei, noch vor Staatsgesinnung, noch vor Parlament, noch vor unserem eigenen Verhalten bange, auch nicht vor unserer Jugend, die ich von hier aus herzlich und aufrichtig bitte, mit uns zusammen diesem unserem Staat zu dienen für die Generationen, die auch nach unserer Jugend noch in diesem Staate leben wollen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei CSU und SPD)

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Ich habe die Frage zu stellen, ob im Rahmen der Interpellation Anträge gestellt werden? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Interpellation abgeschlossen.

Ich möchte nicht versäumen, mich bei Ihnen zu bedanken, daß Sie so lange ausgeharrt haben und daß die Diskussion in einer so sachlichen und ruhigen Weise, aber auch, wie ich glaube, profund durchgeführt wurde. Abgesehen von notwendigen und peripheren Diskrepanzen, die auch bei dieser Diskussion zu Tage treten mußten, zeigte sie doch eine Einmütigkeit und Geschlossenheit des gesamten Parlaments, eine Geschlossenheit, auf die diejenigen wohl achten werden, die auf das Parlament schauen, bauen und vertrauen, aber die auch diejenigen nicht übersehen können, die glauben, das Parlament sei nicht mehr virulent oder fast gar nicht mehr existent. Für uns wird dieser Tag keine Episode sein, sondern eine Verpflichtung, die Gedanken in ihrer ganzen Tiefe und Breite weiter zu erörtern und zu durchleuchten zu versuchen und als Richtlinie für unsere weitere Arbeit zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, sich noch in Erinnerung zu rufen, daß wir uns am Montag um 15 Uhr zu einer sehr kurzen Sitzung für die bekannten ersten Lesungen treffen werden. Anschließend werden die Ausschüsse tagen.

Am Dienstag, dem 30. April, werden wir uns wieder um 10 Uhr treffen, vorausgesetzt, daß nicht noch die Ausschußberatungen eine kleine Verzögerung des Beginns notwendig machen. Das ist aber keine Berechtigung, darauf zu spekulieren. Auf der Tagesordnung steht als Beginn 10 Uhr.

Damit ist die Sitzung für heute geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 20 Uhr 03 Minuten)